Landeshauptstadt Hannover - GB - Datum 18.03.2016

Einladung

zur 39. Sitzung des Gleichstellungsausschusses am
Montag, 4. April 2016, 15.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
3. "Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt"
(Informationsdrucks. Nr. 0349/2016) 0
4. Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030"
(Drucks. Nr. 0508/2016 mit 1 Anlage) bereits übersandt
5. Situation der Frauenhäuser
6. Anfragen und Anträge
7. Bericht des Dezernenten
8. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
9. Verschiedenes

Schostok

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover - GB - Datum 05.04.2016

PROTOKOLL

39. Sitzung des Gleichstellungsausschusses am Montag, 4. April 2016,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn	15.00 Uhr
Ende	16.12 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Beigeordnete Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Gamoori	(SPD)	
Ratsfrau Barth	(CDU)	
Ratsherr Farnbacher	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Gill	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	15.00 - 16.07 Uhr
Ratsherr Küßner	(CDU)	
Ratsfrau Nolte-Vogt	(Bündnis 90/Die Grünen)	
(Ratsfrau Pollok-Jabbi)	(DIE LINKE.)	
Ratsherr Römer	(SPD)	
Ratsfrau Scholvin	(SPD)	

Beratende Mitglieder:
(Frau Dr. Gubaydullina)
Frau Krüger-Pöppelwiehe
(Herr Moormann)
Frau Mücke-Bertram
Frau Prokisch

Grundmandat:

(Ratsherr Böning)	(DIE HANNOVERANER)
(Ratsfrau Bruns)	(FDP)

Verwaltung:

Stadtbaurat Bodemann	
Frau Kämpfe	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Amelt	Büro Oberbürgermeister
Frau Baden-Prahl	Büro Oberbürgermeister
Frau Barluschke	Referat für Frauen und Gleichstellung
Frau Diers	FB Personal und Organisation
Frau Greve	Gesamtpersonalrat
Frau Kannenberg	Referat für Frauen und Gleichstellung
Frau Krüger	FB Jugend und Familie
Frau Mentner	Gesamtpersonalrat
Frau Serbent	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Herr Wiedemann	Büro Oberbürgermeister

Gäste:

Frau Dietrich	Frauenhaus Hannover - Frauen helfen Frauen e. V.
Frau Schimpf	Frauenhaus Hannover - Frauen helfen Frauen e. V.
Frau Rexhausen	Frauen- und Kinderschutzhaus Hannover e. V.
Frau Vesper	Frauenhaus der AWO in der Region Hannover

Presse:

Frau Rinas	HAZ

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
3. "Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt" (Informationsdrucks. Nr. 0349/2016)
4. Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030" (Drucks. Nr. 0508/2016 mit 1 Anlage)
5. Situation der Frauenhäuser
6. Anfragen und Anträge
7. Bericht des Dezernenten
8. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
9. Verschiedenes

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
Frau Markowis eröffnete die 39. Sitzung des Gleichstellungsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Die vorliegende Tagesordnung wurde bestätigt.

TOP 2.
Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
Es wurden keine Fragen vorgetragen.

TOP 3.
"Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt"
(Informationsdrucksache Nr. 0349/2016)

Frau Krüger informierte mit einer Powerpoint Präsentation über das Projekt "Mädchen in der Stadt", welches im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes "Mein Hannover 2030" durchgeführt wurde. Das Projekt umfasste knapp 30 Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet und hatte unter anderem zum Ziel, Mädchen in ihrer Selbstständigkeit und Mobilität zu fördern und deren Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung zu stärken. Das Projekt unterteilte sich in vier Module: Den Mobilitätstag, eine Stadtrallye, den Mädchendemokratietag und dezentrale Veranstaltungen als begleitende Aktion. Es haben ca. 500 Mädchen im Alter von 6 bis 20 Jahren am Projekt teilgenommen. Alle Aktionen fanden ein großes Interesse, besonders interessiert seien die Mädchen an politischen Themen gewesen. Die Ergebnisse der unterschiedlichen Veranstaltungen wurden in einer Steuerungsgruppe, die sich aus Mitarbeiterinnen des Referates für Frauen und Gleichstellung, dem Fachbereich Jugend und Familie / Bereich Kinder- und Jugendarbeit, dem Mädchenhaus KOMM e. V., dem Verein für Erlebnispädagogik und Jugendsozialarbeit e. V. und dem Kreisjugendwerk der AWO Region Hannover zusammensetzte, ausgewertet und zu drei Themenfeldern zusammengefasst: 1. Mobilität und Umwelt, 2. Mitbestimmung, Teilhabe und Beteiligung und 3. Arbeit. Diese Ergebnisse seien in das Stadtentwicklungskonzept "Mein Hannover 2030" eingeflossen, erklärte Frau Krüger und betonte, dass auch in neuen Arbeitsgruppen an diesem Thema gearbeitet wird und der Austausch mit den beteiligten Kooperationspartnerinnen weiterhin gegeben sei. Alle wichtigen Informationen seien in der Broschüre "Dokumentation von Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt" zusammengefasst. Diese wurde dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Herr Küßner bedauerte, dass nur 500 Mädchen an diesem Projekt teilgenommen hätten und betonte, dass die Beteiligung der Mädchen in der Stadtpolitik sehr wichtig sei. Er bedankte sich besonders beim Kooperationspartner Politik zum Anfassen e. V. für das Begleiten dieses Projektes.

Frau Prokisch bedankte sich für die Broschüre und die Auswertungen. Sie fragte, wie an die teilnehmenden Personen herangetreten worden sei und ob dies nur über die Anfrage in Einrichtungen erfolgte. Weiterhin interessierte sie sich für die Ergebnisse der drei Themenfelder mit der Fragestellung, inwieweit bei der Betrachtung der Auswirkungen vermittelt worden sei, welche Themen bis 2030 umgesetzt werden können bzw. wie dies zukunftsfähiger gestaltet werden könne.

Frau Nolte-Vogt dankte für das Engagement aller Beteiligten und hofft auf eine ebenfalls große Beteiligung an einem neuen Projekt "Jugendgerechte Kommune", für das die Stadt Hannover mit weiteren Kommunen bundesweit ausgewählt worden ist.

Frau Krüger gab an, dass mit diesem Projekt wesentlich mehr Mädchen erreicht worden seien als bei bisherigen Projekten. Die Werbung sei u. a. über Schulen erfolgt. Über dieses Projekt sei bereits seit November 2014 sowohl träger- als auch bereichsübergreifend informiert und über die entsprechenden Multiplikatorinnen weitergegeben worden. Zu den Auswirkungen erläuterte sie, dass beim Mädchendemokratietag durch die Politik und Frau Kämpfe als Gleichstellungsbeauftragte darüber berichtet worden sei, wie es weiter gehen wird. Es besteht weiterhin Kontakt und Informationsaustausch durch den Mädchenarbeitskreis und andere Arbeitsgruppen. Wichtig sei es, Transparenz zu schaffen.

Frau Markowis dankte für die Präsentation. Die Informationsdrucksache wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 4.
Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030"
(Drucks. Nr. 0508/2016 mit 1 Anlage)
Frau Markowis begrüßte zu diesem TOP Frau Baden-Prahl, die für Rückfragen zur Verfügung stand.

Frau Nolte-Vogt bemängelte, dass es in der Broschüre kaum Informationen zum Thema Gleichstellung geben würde, obwohl dies als Querschnittsthema für den gesamten Prozess formuliert gewesen sei und bat, bei der weiteren Umsetzung stärker darauf zu achten.

Frau Jeschke gab an, dass ihre Partei dem Integrierten Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030" ablehnend gegenüber steht und ergänzte, dass sie auch den Schwerpunkt Gleichstellungspolitik nicht als ausreichend behandelt sehen würde. Der Stadtentwicklungsdialog sei zwar erforderlich, aber sie hoffe, dass der Prozess in den nächsten Jahren noch an Substanz gewinnen wird.

Herr Gill erwiderte, dass er durchaus Informationen zum Thema Gleichstellung gefunden hätte und dies gut erläutert sei. Er begrüßte die Drucksache.

Frau Note-Vogt merkte an, dass das Thema "Gleichstellung mitdenken" als Querschnittsthema im Bericht nicht zu finden sei.

Frau Baden-Prahl erklärte, dass der Punkt Gleichstellung ein wichtiges Thema in den Veranstaltungen gewesen sei und bedauerte, dass der Ausschuss dies als nicht ausreichend behandelt empfunden hätte. Sie wollte dies überprüfen, war aber der Meinung, dass das Thema Gleichstellung an verschiedenen Stellen im Bericht erwähnt worden sei. Sie betonte, dass dieses Thema bei der weiteren Umsetzung und im Rahmen der Referenzprojekte im Blick behalten wird.

Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.
Situation der Frauenhäuser
Frau Markowis begrüßte Frau Dietrich und Frau Schimpf vom Frauenhaus Hannover - Frauen helfen Frauen e. V., Frau Rexhausen vom Frauen- und Kinderschutzhaus e. V. und Frau Vesper vom Frauenhaus der AWO Region Hannover.

Frau Dietrich bedankte sich für die Einladung und das Interesse. Sie berichtete über die Arbeit des vergangenen Jahres, die Schwerpunkte haben dabei auf den Bereichen Integration und Inklusion gelegen. Zur Information wurde im Ausschuss eine Tischvorlage verteilt. In 2015 wurde der rollstuhlgerechte Anbau im Frauenhaus Hannover in Betrieb genommen. Die Konzentration lag bei der inhaltlichen Öffnung auf der Zielgruppe der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder mit Behinderungen, da bei dieser Zielgruppe spezielle Bedarfe zu decken sind. Die Angebote seien zugänglicher gemacht worden durch die Schaffung von sechs rollstuhlgerechten Plätzen. Weiterhin seien auch spezielle Hilfsmittel wie Hör- und Sehhilfen angeschafft worden. Für das nächste Jahr seien offene Gruppenangebote, auch in Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen, geplant.

In 2015 seien 19 Frauen und 2 Kinder mit deutlichen Behinderungen aufgenommen worden gab Frau Dietrich an. Auch Frauen mit psychischen Erkrankungen können durch den erfolgten Anbau besser betreut werden. Die Aufenthaltsdauer liege grundsätzlich zwischen sechs Wochen und sechs Monaten, tatsächlich liege die Verweildauer oft deutlich höher. Es werden auch ehemalige Bewohnerinnen weiterhin beraten. In 2015 habe die Auslastung bei

ca. 95 % gelegen, empfehlenswert sei eine Auslastung bis maximal 75 %. Eine Hauptursache für den langen Aufenthalt sei die Wohnungsknappheit in Hannover. Eine Unterstützung zur Verkürzung des Aufenthaltes der Frauen in den Einrichtungen sei wünschenswert, dies sei beispielsweise durch eine Quotierung bei der Wohnraumvergabe oder durch die Erweiterung der Frauenhausplätze in dezentralen Wohnungen möglich.

Frau Rexhausen ergänzte, dass im Frauen- und Kinderschutzhaus ein sehr großer Renovierungsbedarf bestünde und kritisierte, dass die zu lange Verweildauer der Frauen in den Einrichtungen auf die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre zurück zu führen sei.

Frau Vesper wies ebenfalls auf die prekäre Wohnungssituation in Hannover hin, welche eine erhebliche Belastung darstelle. Große Hemmnisse bei der Wohnungssuche seien schlechte Sprachkenntnisse der Frauen und Schufaeinträge. Sie betonte, dass der Bedarf in einer Form der Begleitung, nicht der Betreuung, bestehe, dies sei durch eine zweite Wohnstufe möglich, bei der die Frauen eigenständig in einer Wohnung leben.

Herr Gill fragte nach der Auslastungsquote, da die Angaben der Tischvorlage von den genannten Zahlen abweichen würden. Weiterhin interessierte er sich dafür, wie viele Frauen mit Behinderung und mit Migrationshintergrund im letzten Jahr in den Frauenhäusern aufgenommen worden seien.

Frau Dietrich erläuterte, dass es sich bei den Angaben in der Tischvorlage um Empfehlungen handele, die tatsächliche Auslastung sei aber weitaus höher.

Herr Küßner berichtete über seine Eindrücke beim Besuch in den Frauenhäusern. Er fragte, welche Unterstützung benötigt wird und welche Maßnahmen zur Umsetzung erforderlich wären.

Frau Schimpf ergänzte Bezug nehmend auf die Belegungsquote, dass immer ein rollstuhlgerechter Platz freigehalten wird, daher die Auslastung nicht bei 100 % läge, aber durch die lange Verweildauer der Frauen zu wenig Plätze kurzfristig zur Verfügung stünden.

Frau Rexhausen berichtete, dass im Frauen- und Kinderschutzhaus im Gegensatz zum Frauenhaus Hannover die Unterbringung nicht in Wohneinheiten sondern in Etagenzimmern erfolgen würde Es teilen sich maximal 15 bis 20 Personen zwei Toiletten und zwei Duschen, der Wohnraum sei insgesamt sehr beengt. Der Anteil der Migrantinnen liege im Durchschnitt bei 80 bis 85 %.

Frau Vesper nannte für ihre Einrichtung einen Migrantinnenanteil von durchschnittlich 80 bis 90 %.

Frau Schimpf führte aus, dass mit einem entsprechendem Angebot an Wohnungen die größtmögliche Hilfestellung gegeben werden könne.

Frau Nolte-Vogt interessierte sich für die durchschnittliche Aufenthaltsdauer. Sie fragte weiterhin, ob die fehlenden Plätze klassische Frauenhausplätze seien oder der Bedarf eher bei begleitetem Wohnen, z. B. in Form von Wohnprojekten, zu sehen sei.

Frau Dietrich antwortete, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in ihrer Einrichtung ca. sechs Monate betrage, ein längerer Aufenthalt aber mittlerweile nicht mehr die Ausnahme sei. Frau Rexhausen berichtete von einer ehemals durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 22 bis 30 Tagen, die inzwischen mehrere Monate betrage. Frau Vesper gab an, dass in ihrer Einrichtung die Verweildauer bis zu 1 1/2 Jahre betrage, die sei bedingt durch die psychische Verfassung der Frauen.

Frau Dietrich erklärte, dass kein Bedarf an neuen Frauenhäusern bestünde, sondern eher flexible Plätze benötigt werden, die unter dem Dach des Frauenhauses stehen, aber dezentral angesiedelt sind.

Frau Rexhausen merkte an, dass eine nachgehende Beratung der Frauen auch beim einer eigenen Wohnung erfolgen würde. Es sei wichtig, die Frauen aus den beengten Wohnsituationen zu holen. Es wird oft kein direkter Schutz mehr benötigt aber weiterhin Begleitung. Frau Schimpf führte ergänzend aus, dass diese schwierigen Situationen auch durch die vielfältigen rechtlichen Veränderungen in den letzten fünf bis zehn Jahren entstanden sind.

Frau Markowis dankte für die ausführliche Berichterstattung.

TOP 6.
Anfragen und Anträge
Anfragen und Anträge lagen nicht vor.

TOP 7.
Bericht des Dezernenten
Es gab keinen Bericht des Dezernenten.

TOP 8.
Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
Frau Kämpfe wies darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage der CDU-Ratsfraktion zu den Frauenfördermitteln 2014 vorab zur Kenntnis versandt worden ist. Weitere Rückfragen dazu haben sich nicht ergeben. Sie machte weiterhin auf die Tischvorlage zu den Kleinen Projekten, die vom Referat für Frauen und Gleichstellung im Jahr 2015 bewilligt worden sind, aufmerksam. Es haben sich ebenfalls keine weiteren Fragen ergeben. Frau Kämpfe berichtete über die Frauenvollversammlung am 08.03.2016 im Sprengelmuseum mit ca. 400 Frauen zum Thema Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Das Thema ist auf großes Interesse gestoßen, so dass hier weitergehende Arbeitsschwerpunkte gesetzt werden sollen.

TOP 9.
Verschiedenes
Frau Markowis wies darauf hin, dass die nächste Sitzung im Gobelinsaal stattfinden wird. Sie schloss die Sitzung um 16.12 Uhr.

Uwe Bodemann
Baudezernent

Renate Barluschke (GB)
für das Protokoll



Mädchen in der Stadt_Gleichstellungsausschuss_04.04.2016.pdf



Druckversion.pdf

Mein HANNOVER 2030
Jeden Tag eine gute Stadt

„Mädchen in der Stadt“

Gleichstellungsausschuss, 04. April 2016



Kooperationspartnerinnen

AG Geschlechterdifferenzierung § 78 SGB VIII

+

Unter- AG Mädchenarbeit

+

Mädchenarbeitskreis Hannover (MAK)

↓

Steuerungsgruppe

Jugendwerk AWO Region Hannover

vej

Mädchenhaus Komm

Landeshauptstadt Hannover

Ziele

- Mädchen in ihrer Selbständigkeit und Mobilität fördern
- Kennenlernen von (Hilfs-)Einrichtungen und Angeboten für Mädchen
- Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung von Mädchen stärken
- Partizipation von Mädchen fördern und ihnen im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses „Mein Hannover 2030“ eine Stimme geben
- Selbstorganisations- und Aneignungsprozess fördern

Der Dialog

Mobilitätstag – Sicher mit Bus und Bahn

Rallye „Da kann ich hin, wenn…“ – Orte für Mädchen in Hannover

Mädchen – Demokratie- Tag

Begleitende Aktivitäten

→ etwa 30 Veranstaltungen

Mobilitätstag – Sicher mit Bus und Bahn

(im April 2015)

- Wie bewege ich mich sicher mit Bus und Bahn durch die Stadt?
- Wie und Wo möchte ich öffentlichen Raum mitgestalten?
- Wie will ich mich 2030 durch die Stadt bewegen?
- Wie funktioniert eigentlich der ÖPNV?

üstra

Violetta
Fachberatungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen



Rallye „Da kann ich hin, wenn…“ – Orte für Mädchen in Hannover

(im Mai 2015)

- Rallye zum Kennenlernen von stadtweiten Angeboten und Einrichtungen für Mädchen und Frauen

Wie will ich mich durch die Stadt bewegen?

Wie will ich in Hannover leben?

Welche (Hilfs-)Einrichtungen und Angebote gibt es für mich?

Und was brauche ich dafür?

Broschüre „Da kann ich hin, wenn… Orte für Mädchen in Hannover“

Mädchen – Demokratie- Tag

(im Juni 2015)

- Demokratie realitätsnah erleben und selbst ausprobieren
- politische Bildung
- Drei Handlungsfelder: Arbeit, Mobilität und Teilhabe
- Gründung von Fraktionen
- Antragsentwicklung mit Ratspolitikerinnen

Diskussion und Abstimmung der Anträge im Mädchenrat unter der Leitung von der Bürgermeisterin Frau Kramarek

Politik zum Anfassen











- Wie möchtest du 2030 arbeiten?
- Würdest du mit Kindern zu Hause bleiben?
- Wie viel Stunden möchtest du arbeiten?
- Wie möchtest du Dich 2030 durch die Stadt bewegen?
- Wo wirst du jetzt schon gefragt?
- Wählst du den/die KlassensprecherIn/SchülersürecherIn?
- Wo möchtest du 2030 mitreden?
- Was bestimmst Du zu Hause?
- Wie einigt ihr euch im Freundeskreis?

Begleitende Aktivitäten
(von März bis Juli 2015)

- Vielfältige dezentrale Aktionen im gesamten Stadtgebiet
- Themenfelder wie:
  - Sport und Bewegung
  - Kreativität
  - Kultur
  - Selbstbehauptung
  - Ernährung
  - Sexualität

→ Wichtiger Bestandteil der Beteiligungsstrategie








MEHR FUN
WENIGER ALKOHOL



Ergebnisse und Erkenntnisse

- 500 Mädchen, im Alter von 6 bis 20 Jahren, gesamtes Stadtgebiet
- Hohes Interesse an Beteiligung und Mitbestimmung
- Hohes Interesse an politischen Themen
- Hohes Wirksamkeit der vielfältigen Methoden und Formate
- Erbrachte finanzielle und personelle Ressourcen
  - Gesamt ca. 10.000,00 € (Referat für Frauen und Gleichstellung, Projektmittel 51.5 und aus dem Stadtentwicklungsdialog)
  - viel Arbeitszeit und Engagement aller Beteiligten, knapp 1 ½ Jahre

Ideen und Wünsche der mädchen für Hannover 2030

Themenfelder:

- Mobilität und Umwelt
- Mitbestimmung, Teilhabe und Beteiligung
- Arbeit

1. Themenfeld Mobilität und Umwelt

- Kostenlose WLAN- Zugänge an öffentlichen Plätzen und im ÖPNV
- In der Stadt sollen die Busse mit Solarenergie fahren
- Kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn für Menschen, die wenig Geld haben
- Barrierefreie Zugänge zur Bahn
- Funktionierende Fahrstühle und Rolltreppen im gesamten ÖPNV
- Möglichkeit günstiger Fahrräder zu bekommen
- Mehr Fahrradständer an den Schulen
- Die Fahrradwege sollten besser gekennzeichnet sein

2. Themenfeld: Mitbestimmung, Teilhabe und Beteiligung

- Regelmäßige Demokratietage im Rathaus – Gespräche mit PolitikerInnen
- Eltern, LehrerInnen und PolitikerInnen sollen mehr zuhören
- „Wir wollen daran beteiligt werden die Stadt zu verschönern“
- Eigene Orte im öffentlichen Raum
- Aufgeschobene Kaffees in jedem Stadtteil
- Kinder- und Jugendzeitung
- Mädchenangebote erhalten und ausbauen
- Forderung der Mädchen nach kostenlosen Veranstaltungen und Aktionen

3. Themenfeld: Arbeit

- Gerechtigkeitskontrolleure am Arbeitsplatz
- Pro Schuljahr zwei Zukunftstage und drei Berufsparcours
- Kennenlernen von nichttypischen Frauenberufen

Beteiligungsstrategie

- Viele KooperationspartnerInnen
- Vielfältige Methoden und Angebote
- Große räumliche Ausrichtung und Wirkung
- Bereichs- und trägerübergreifende MultiplikatorInnen
- Die begleitenden Aktionen
  - Direkter Bezug zwischen der erlebten Gegenwart und der mittel- bis langfristigen Zukunft
  - Spaß und Lust an Beteiligung

Ausblick

- „Jugend lebt Stadt – Jugendgerechtes Hannover“
- Unter-AG Mädchenarbeit/AG Geschlechterdifferenzierung nach § 78 SGB VIII
- Mädchenarbeitskreis Hannover (MAK)

Mein HANNOVER 2030
Jeden Tag eine gute Stadt

Vielen Dank

Landeshauptstadt Hannover

Landeshauptstadt Hannover - GB - Datum 05.04.2016

PROTOKOLL

39. Sitzung des Gleichstellungsausschusses am Montag, 4. April 2016,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn	15.00 Uhr
Ende	16.12 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Beigeordnete Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Gamoori	(SPD)	
Ratsfrau Barth	(CDU)	
Ratsherr Farnbacher	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Gill	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	15.00 - 16.07 Uhr
Ratsherr Küßner	(CDU)	
Ratsfrau Nolte-Vogt	(Bündnis 90/Die Grünen)	
(Ratsfrau Pollok-Jabbi)	(DIE LINKE.)	
Ratsherr Römer	(SPD)	
Ratsfrau Scholvin	(SPD)	

Beratende Mitglieder:
(Frau Dr. Gubaydullina)
Frau Krüger-Pöppelwiehe
(Herr Moormann)
Frau Mücke-Bertram
Frau Prokisch

Grundmandat:

(Ratsherr Böning)	(DIE HANNOVERANER)
(Ratsfrau Bruns)	(FDP)

Verwaltung:

Stadtbaurat Bodemann	
Frau Kämpfe	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Amelt	Büro Oberbürgermeister
Frau Baden-Prahl	Büro Oberbürgermeister
Frau Barluschke	Referat für Frauen und Gleichstellung
Frau Diers	FB Personal und Organisation
Frau Greve	Gesamtpersonalrat
Frau Kannenberg	Referat für Frauen und Gleichstellung
Frau Krüger	FB Jugend und Familie
Frau Mentner	Gesamtpersonalrat
Frau Serbent	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Herr Wiedemann	Büro Oberbürgermeister

Gäste:

Frau Dietrich	Frauenhaus Hannover - Frauen helfen Frauen e. V.
Frau Schimpf	Frauenhaus Hannover - Frauen helfen Frauen e. V.
Frau Rexhausen	Frauen- und Kinderschutzhaus Hannover e. V.
Frau Vesper	Frauenhaus der AWO in der Region Hannover

Presse:

Frau Rinas	HAZ

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
3. "Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt" (Informationsdrucks. Nr. 0349/2016)
4. Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030" (Drucks. Nr. 0508/2016 mit 1 Anlage)
5. Situation der Frauenhäuser
6. Anfragen und Anträge
7. Bericht des Dezernenten
8. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
9. Verschiedenes

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
Frau Markowis eröffnete die 39. Sitzung des Gleichstellungsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Die vorliegende Tagesordnung wurde bestätigt.

TOP 2.
Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
Es wurden keine Fragen vorgetragen.

TOP 3.
"Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt"
(Informationsdrucksache Nr. 0349/2016)

Frau Krüger informierte mit einer Powerpoint Präsentation über das Projekt "Mädchen in der Stadt", welches im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes "Mein Hannover 2030" durchgeführt wurde. Das Projekt umfasste knapp 30 Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet und hatte unter anderem zum Ziel, Mädchen in ihrer Selbstständigkeit und Mobilität zu fördern und deren Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung zu stärken. Das Projekt unterteilte sich in vier Module: Den Mobilitätstag, eine Stadtrallye, den Mädchendemokratietag und dezentrale Veranstaltungen als begleitende Aktion. Es haben ca. 500 Mädchen im Alter von 6 bis 20 Jahren am Projekt teilgenommen. Alle Aktionen fanden ein großes Interesse, besonders interessiert seien die Mädchen an politischen Themen gewesen. Die Ergebnisse der unterschiedlichen Veranstaltungen wurden in einer Steuerungsgruppe, die sich aus Mitarbeiterinnen des Referates für Frauen und Gleichstellung, dem Fachbereich Jugend und Familie / Bereich Kinder- und Jugendarbeit, dem Mädchenhaus KOMM e. V., dem Verein für Erlebnispädagogik und Jugendsozialarbeit e. V. und dem Kreisjugendwerk der AWO Region Hannover zusammensetzte, ausgewertet und zu drei Themenfeldern zusammengefasst: 1. Mobilität und Umwelt, 2. Mitbestimmung, Teilhabe und Beteiligung und 3. Arbeit. Diese Ergebnisse seien in das Stadtentwicklungskonzept "Mein Hannover 2030" eingeflossen, erklärte Frau Krüger und betonte, dass auch in neuen Arbeitsgruppen an diesem Thema gearbeitet wird und der Austausch mit den beteiligten Kooperationspartnerinnen weiterhin gegeben sei. Alle wichtigen Informationen seien in der Broschüre "Dokumentation von Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt" zusammengefasst. Diese wurde dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Herr Küßner bedauerte, dass nur 500 Mädchen an diesem Projekt teilgenommen hätten und betonte, dass die Beteiligung der Mädchen in der Stadtpolitik sehr wichtig sei. Er bedankte sich besonders beim Kooperationspartner Politik zum Anfassen e. V. für das Begleiten dieses Projektes.

Frau Prokisch bedankte sich für die Broschüre und die Auswertungen. Sie fragte, wie an die teilnehmenden Personen herangetreten worden sei und ob dies nur über die Anfrage in Einrichtungen erfolgte. Weiterhin interessierte sie sich für die Ergebnisse der drei Themenfelder mit der Fragestellung, inwieweit bei der Betrachtung der Auswirkungen vermittelt worden sei, welche Themen bis 2030 umgesetzt werden können bzw. wie dies zukunftsfähiger gestaltet werden könne.

Frau Nolte-Vogt dankte für das Engagement aller Beteiligten und hofft auf eine ebenfalls große Beteiligung an einem neuen Projekt "Jugendgerechte Kommune", für das die Stadt Hannover mit weiteren Kommunen bundesweit ausgewählt worden ist.

Frau Krüger gab an, dass mit diesem Projekt wesentlich mehr Mädchen erreicht worden seien als bei bisherigen Projekten. Die Werbung sei u. a. über Schulen erfolgt. Über dieses Projekt sei bereits seit November 2014 sowohl träger- als auch bereichsübergreifend informiert und über die entsprechenden Multiplikatorinnen weitergegeben worden. Zu den Auswirkungen erläuterte sie, dass beim Mädchendemokratietag durch die Politik und Frau Kämpfe als Gleichstellungsbeauftragte darüber berichtet worden sei, wie es weiter gehen wird. Es besteht weiterhin Kontakt und Informationsaustausch durch den Mädchenarbeitskreis und andere Arbeitsgruppen. Wichtig sei es, Transparenz zu schaffen.

Frau Markowis dankte für die Präsentation. Die Informationsdrucksache wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 4.
Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030"
(Drucks. Nr. 0508/2016 mit 1 Anlage)
Frau Markowis begrüßte zu diesem TOP Frau Baden-Prahl, die für Rückfragen zur Verfügung stand.

Frau Nolte-Vogt bemängelte, dass es in der Broschüre kaum Informationen zum Thema Gleichstellung geben würde, obwohl dies als Querschnittsthema für den gesamten Prozess formuliert gewesen sei und bat, bei der weiteren Umsetzung stärker darauf zu achten.

Frau Jeschke gab an, dass ihre Partei dem Integrierten Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030" ablehnend gegenüber steht und ergänzte, dass sie auch den Schwerpunkt Gleichstellungspolitik nicht als ausreichend behandelt sehen würde. Der Stadtentwicklungsdialog sei zwar erforderlich, aber sie hoffe, dass der Prozess in den nächsten Jahren noch an Substanz gewinnen wird.

Herr Gill erwiderte, dass er durchaus Informationen zum Thema Gleichstellung gefunden hätte und dies gut erläutert sei. Er begrüßte die Drucksache.

Frau Note-Vogt merkte an, dass das Thema "Gleichstellung mitdenken" als Querschnittsthema im Bericht nicht zu finden sei.

Frau Baden-Prahl erklärte, dass der Punkt Gleichstellung ein wichtiges Thema in den Veranstaltungen gewesen sei und bedauerte, dass der Ausschuss dies als nicht ausreichend behandelt empfunden hätte. Sie wollte dies überprüfen, war aber der Meinung, dass das Thema Gleichstellung an verschiedenen Stellen im Bericht erwähnt worden sei. Sie betonte, dass dieses Thema bei der weiteren Umsetzung und im Rahmen der Referenzprojekte im Blick behalten wird.

Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.
Situation der Frauenhäuser
Frau Markowis begrüßte Frau Dietrich und Frau Schimpf vom Frauenhaus Hannover - Frauen helfen Frauen e. V., Frau Rexhausen vom Frauen- und Kinderschutzhaus e. V. und Frau Vesper vom Frauenhaus der AWO Region Hannover.

Frau Dietrich bedankte sich für die Einladung und das Interesse. Sie berichtete über die Arbeit des vergangenen Jahres, die Schwerpunkte haben dabei auf den Bereichen Integration und Inklusion gelegen. Zur Information wurde im Ausschuss eine Tischvorlage verteilt. In 2015 wurde der rollstuhlgerechte Anbau im Frauenhaus Hannover in Betrieb genommen. Die Konzentration lag bei der inhaltlichen Öffnung auf der Zielgruppe der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder mit Behinderungen, da bei dieser Zielgruppe spezielle Bedarfe zu decken sind. Die Angebote seien zugänglicher gemacht worden durch die Schaffung von sechs rollstuhlgerechten Plätzen. Weiterhin seien auch spezielle Hilfsmittel wie Hör- und Sehhilfen angeschafft worden. Für das nächste Jahr seien offene Gruppenangebote, auch in Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen, geplant.

In 2015 seien 19 Frauen und 2 Kinder mit deutlichen Behinderungen aufgenommen worden gab Frau Dietrich an. Auch Frauen mit psychischen Erkrankungen können durch den erfolgten Anbau besser betreut werden. Die Aufenthaltsdauer liege grundsätzlich zwischen sechs Wochen und sechs Monaten, tatsächlich liege die Verweildauer oft deutlich höher. Es werden auch ehemalige Bewohnerinnen weiterhin beraten. In 2015 habe die Auslastung bei

ca. 95 % gelegen, empfehlenswert sei eine Auslastung bis maximal 75 %. Eine Hauptursache für den langen Aufenthalt sei die Wohnungsknappheit in Hannover. Eine Unterstützung zur Verkürzung des Aufenthaltes der Frauen in den Einrichtungen sei wünschenswert, dies sei beispielsweise durch eine Quotierung bei der Wohnraumvergabe oder durch die Erweiterung der Frauenhausplätze in dezentralen Wohnungen möglich.

Frau Rexhausen ergänzte, dass im Frauen- und Kinderschutzhaus ein sehr großer Renovierungsbedarf bestünde und kritisierte, dass die zu lange Verweildauer der Frauen in den Einrichtungen auf die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre zurück zu führen sei.

Frau Vesper wies ebenfalls auf die prekäre Wohnungssituation in Hannover hin, welche eine erhebliche Belastung darstelle. Große Hemmnisse bei der Wohnungssuche seien schlechte Sprachkenntnisse der Frauen und Schufaeinträge. Sie betonte, dass der Bedarf in einer Form der Begleitung, nicht der Betreuung, bestehe, dies sei durch eine zweite Wohnstufe möglich, bei der die Frauen eigenständig in einer Wohnung leben.

Herr Gill fragte nach der Auslastungsquote, da die Angaben der Tischvorlage von den genannten Zahlen abweichen würden. Weiterhin interessierte er sich dafür, wie viele Frauen mit Behinderung und mit Migrationshintergrund im letzten Jahr in den Frauenhäusern aufgenommen worden seien.

Frau Dietrich erläuterte, dass es sich bei den Angaben in der Tischvorlage um Empfehlungen handele, die tatsächliche Auslastung sei aber weitaus höher.

Herr Küßner berichtete über seine Eindrücke beim Besuch in den Frauenhäusern. Er fragte, welche Unterstützung benötigt wird und welche Maßnahmen zur Umsetzung erforderlich wären.

Frau Schimpf ergänzte Bezug nehmend auf die Belegungsquote, dass immer ein rollstuhlgerechter Platz freigehalten wird, daher die Auslastung nicht bei 100 % läge, aber durch die lange Verweildauer der Frauen zu wenig Plätze kurzfristig zur Verfügung stünden.

Frau Rexhausen berichtete, dass im Frauen- und Kinderschutzhaus im Gegensatz zum Frauenhaus Hannover die Unterbringung nicht in Wohneinheiten sondern in Etagenzimmern erfolgen würde Es teilen sich maximal 15 bis 20 Personen zwei Toiletten und zwei Duschen, der Wohnraum sei insgesamt sehr beengt. Der Anteil der Migrantinnen liege im Durchschnitt bei 80 bis 85 %.

Frau Vesper nannte für ihre Einrichtung einen Migrantinnenanteil von durchschnittlich 80 bis 90 %.

Frau Schimpf führte aus, dass mit einem entsprechendem Angebot an Wohnungen die größtmögliche Hilfestellung gegeben werden könne.

Frau Nolte-Vogt interessierte sich für die durchschnittliche Aufenthaltsdauer. Sie fragte weiterhin, ob die fehlenden Plätze klassische Frauenhausplätze seien oder der Bedarf eher bei begleitetem Wohnen, z. B. in Form von Wohnprojekten, zu sehen sei.

Frau Dietrich antwortete, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in ihrer Einrichtung ca. sechs Monate betrage, ein längerer Aufenthalt aber mittlerweile nicht mehr die Ausnahme sei. Frau Rexhausen berichtete von einer ehemals durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 22 bis 30 Tagen, die inzwischen mehrere Monate betrage. Frau Vesper gab an, dass in ihrer Einrichtung die Verweildauer bis zu 1 1/2 Jahre betrage, die sei bedingt durch die psychische Verfassung der Frauen.

Frau Dietrich erklärte, dass kein Bedarf an neuen Frauenhäusern bestünde, sondern eher flexible Plätze benötigt werden, die unter dem Dach des Frauenhauses stehen, aber dezentral angesiedelt sind.

Frau Rexhausen merkte an, dass eine nachgehende Beratung der Frauen auch beim einer eigenen Wohnung erfolgen würde. Es sei wichtig, die Frauen aus den beengten Wohnsituationen zu holen. Es wird oft kein direkter Schutz mehr benötigt aber weiterhin Begleitung. Frau Schimpf führte ergänzend aus, dass diese schwierigen Situationen auch durch die vielfältigen rechtlichen Veränderungen in den letzten fünf bis zehn Jahren entstanden sind.

Frau Markowis dankte für die ausführliche Berichterstattung.

TOP 6.
Anfragen und Anträge
Anfragen und Anträge lagen nicht vor.

TOP 7.
Bericht des Dezernenten
Es gab keinen Bericht des Dezernenten.

TOP 8.
Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
Frau Kämpfe wies darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage der CDU-Ratsfraktion zu den Frauenfördermitteln 2014 vorab zur Kenntnis versandt worden ist. Weitere Rückfragen dazu haben sich nicht ergeben. Sie machte weiterhin auf die Tischvorlage zu den Kleinen Projekten, die vom Referat für Frauen und Gleichstellung im Jahr 2015 bewilligt worden sind, aufmerksam. Es haben sich ebenfalls keine weiteren Fragen ergeben. Frau Kämpfe berichtete über die Frauenvollversammlung am 08.03.2016 im Sprengelmuseum mit ca. 400 Frauen zum Thema Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Das Thema ist auf großes Interesse gestoßen, so dass hier weitergehende Arbeitsschwerpunkte gesetzt werden sollen.

TOP 9.
Verschiedenes
Frau Markowis wies darauf hin, dass die nächste Sitzung im Gobelinsaal stattfinden wird. Sie schloss die Sitzung um 16.12 Uhr.

Uwe Bodemann
Baudezernent

Renate Barluschke (GB)
für das Protokoll



Mädchen in der Stadt_Gleichstellungsausschuss_04.04.2016.pdf

Mein HANNOVER 2030
Jeden Tag eine gute Stadt

„Mädchen in der Stadt“

Gleichstellungsausschuss, 04. April 2016



Kooperationspartnerinnen

AG Geschlechterdifferenzierung § 78 SGB VIII

+

Unter- AG Mädchenarbeit

+

Mädchenarbeitskreis Hannover (MAK)

↓

Steuerungsgruppe

Jugendwerk AWO Region Hannover

vej

Mädchenhaus Komm

Landeshauptstadt Hannover

Ziele

- Mädchen in ihrer Selbständigkeit und Mobilität fördern
- Kennenlernen von (Hilfs-)Einrichtungen und Angeboten für Mädchen
- Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung von Mädchen stärken
- Partizipation von Mädchen fördern und ihnen im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses „Mein Hannover 2030“ eine Stimme geben
- Selbstorganisations- und Aneignungsprozess fördern

Der Dialog

Mobilitätstag – Sicher mit Bus und Bahn

Rallye „Da kann ich hin, wenn…“ – Orte für Mädchen in Hannover

Mädchen – Demokratie- Tag

Begleitende Aktivitäten

→ etwa 30 Veranstaltungen

Mobilitätstag – Sicher mit Bus und Bahn

(im April 2015)

- Wie bewege ich mich sicher mit Bus und Bahn durch die Stadt?
- Wie und Wo möchte ich öffentlichen Raum mitgestalten?
- Wie will ich mich 2030 durch die Stadt bewegen?
- Wie funktioniert eigentlich der ÖPNV?

üstra

Violetta
Fachberatungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen



Rallye „Da kann ich hin, wenn…“ – Orte für Mädchen in Hannover

(im Mai 2015)

- Rallye zum Kennenlernen von stadtweiten Angeboten und Einrichtungen für Mädchen und Frauen

Wie will ich mich durch die Stadt bewegen?

Wie will ich in Hannover leben?

Welche (Hilfs-)Einrichtungen und Angebote gibt es für mich?

Und was brauche ich dafür?

Broschüre „Da kann ich hin, wenn… Orte für Mädchen in Hannover“

Mädchen – Demokratie- Tag

(im Juni 2015)

- Demokratie realitätsnah erleben und selbst ausprobieren
- politische Bildung
- Drei Handlungsfelder: Arbeit, Mobilität und Teilhabe
- Gründung von Fraktionen
- Antragsentwicklung mit Ratspolitikerinnen

Diskussion und Abstimmung der Anträge im Mädchenrat unter der Leitung von der Bürgermeisterin Frau Kramarek

Politik zum Anfassen











- Wie möchtest du 2030 arbeiten?
- Würdest du mit Kindern zu Hause bleiben?
- Wie viel Stunden möchtest du arbeiten?
- Wie möchtest du Dich 2030 durch die Stadt bewegen?
- Wo wirst du jetzt schon gefragt?
- Wählst du den/die KlassensprecherIn/SchülersürecherIn?
- Wo möchtest du 2030 mitreden?
- Was bestimmst Du zu Hause?
- Wie einigt ihr euch im Freundeskreis?

Begleitende Aktivitäten
(von März bis Juli 2015)

- Vielfältige dezentrale Aktionen im gesamten Stadtgebiet
- Themenfelder wie:
  - Sport und Bewegung
  - Kreativität
  - Kultur
  - Selbstbehauptung
  - Ernährung
  - Sexualität

→ Wichtiger Bestandteil der Beteiligungsstrategie








MEHR FUN
WENIGER ALKOHOL



Ergebnisse und Erkenntnisse

- 500 Mädchen, im Alter von 6 bis 20 Jahren, gesamtes Stadtgebiet
- Hohes Interesse an Beteiligung und Mitbestimmung
- Hohes Interesse an politischen Themen
- Hohes Wirksamkeit der vielfältigen Methoden und Formate
- Erbrachte finanzielle und personelle Ressourcen
  - Gesamt ca. 10.000,00 € (Referat für Frauen und Gleichstellung, Projektmittel 51.5 und aus dem Stadtentwicklungsdialog)
  - viel Arbeitszeit und Engagement aller Beteiligten, knapp 1 ½ Jahre

Ideen und Wünsche der mädchen für Hannover 2030

Themenfelder:

- Mobilität und Umwelt
- Mitbestimmung, Teilhabe und Beteiligung
- Arbeit

1. Themenfeld Mobilität und Umwelt

- Kostenlose WLAN- Zugänge an öffentlichen Plätzen und im ÖPNV
- In der Stadt sollen die Busse mit Solarenergie fahren
- Kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn für Menschen, die wenig Geld haben
- Barrierefreie Zugänge zur Bahn
- Funktionierende Fahrstühle und Rolltreppen im gesamten ÖPNV
- Möglichkeit günstiger Fahrräder zu bekommen
- Mehr Fahrradständer an den Schulen
- Die Fahrradwege sollten besser gekennzeichnet sein

2. Themenfeld: Mitbestimmung, Teilhabe und Beteiligung

- Regelmäßige Demokratietage im Rathaus – Gespräche mit PolitikerInnen
- Eltern, LehrerInnen und PolitikerInnen sollen mehr zuhören
- „Wir wollen daran beteiligt werden die Stadt zu verschönern“
- Eigene Orte im öffentlichen Raum
- Aufgeschobene Kaffees in jedem Stadtteil
- Kinder- und Jugendzeitung
- Mädchenangebote erhalten und ausbauen
- Forderung der Mädchen nach kostenlosen Veranstaltungen und Aktionen

3. Themenfeld: Arbeit

- Gerechtigkeitskontrolleure am Arbeitsplatz
- Pro Schuljahr zwei Zukunftstage und drei Berufsparcours
- Kennenlernen von nichttypischen Frauenberufen

Beteiligungsstrategie

- Viele KooperationspartnerInnen
- Vielfältige Methoden und Angebote
- Große räumliche Ausrichtung und Wirkung
- Bereichs- und trägerübergreifende MultiplikatorInnen
- Die begleitenden Aktionen
  - Direkter Bezug zwischen der erlebten Gegenwart und der mittel- bis langfristigen Zukunft
  - Spaß und Lust an Beteiligung

Ausblick

- „Jugend lebt Stadt – Jugendgerechtes Hannover“
- Unter-AG Mädchenarbeit/AG Geschlechterdifferenzierung nach § 78 SGB VIII
- Mädchenarbeitskreis Hannover (MAK)

Mein HANNOVER 2030
Jeden Tag eine gute Stadt

Vielen Dank

Landeshauptstadt Hannover

Landeshauptstadt Hannover

Informationsdrucksache

In die Kommission für Kinder- und Jugendhilfeplanung
In den Gleichstellungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 0349/2016
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

"Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt"

Die Kooperationspartnerinnen

Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ haben sich für das Projekt „Mädchen in der Stadt“ Kolleginnen aus der Unter-AG Mädchenarbeit, die Teil der AG Geschlechterdifferenzierung nach §78 SGB VIII ist und dem Mädchenarbeitskreis der freien und städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen in Hannover als Kooperationspartnerinnen zusammengeschlossen. Aus dieser intensiven Zusammenarbeit bildete sich anschließend eine Steuerungsgruppe heraus, die ein Konzept mit dem Fokus von verstärkter Beteiligung und Partizipation von Mädchen und jungen Frauen erstellte. Diese federführende Gruppe bestand aus Mitarbeiterinnen aus dem Referat für Frauen und Gleichstellung, dem Fachbereich Jugend & Familie/Bereich Kinder- und Jugendarbeit, dem Mädchenhaus KOMM e.V., dem Verein für Erlebnispädagogik und Jugendsozialarbeit e.V. und dem Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Region Hannover/Arbeitsbereich „Mädchen & Migration“.

Der Hintergrund

Mädchen und jungen Frauen ist es in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen noch immer nicht möglich gleichgestellt teilzuhaben, mitzubestimmen und nach eigenen Wünschen das Leben gleichberechtigt zu gestalten. Bspw. ist die Berufswahl oder sind die Karrieremöglichkeiten bei ggf. gleichzeitiger Familienplanung oder dem Wunsch nach Familienleben häufig durch äußere Bedingungen bestimmt. In den Zukunftsentwürfen von Mädchen und jungen Frauen finden sich häufig stereotype Geschlechterrollen, so dass ein gleichgestellter Zugang zu Teilhabe-, Bildungs- und Beteiligungsprozessen auch weiterhin als ein erklärtes Ziel gesehen werden kann. Mädchen- oder Frau-Sein darf hierbei keinen Nachteil bei der Entfaltung der eigenen Identität und der Suche nach einem für sich passenden Lebenskonzept darstellen.

Um Mädchen und junge Frauen bei der freien Wahl ihrer Lebensplanung zu stärken und sie bei ihrer Identitätsbildung zu unterstützen, gibt es bereits zahlreiche geschlechtssensible

sowie –spezifische Angebote in Hannover. Vor diesem Hintergrund wurden beim Projekt „Mädchen in der Stadt“ Mädchen und junge Frauen darin unterstützt, sich selbstbewusst über die eigenen Lebensvorstellungen zu äußern und die damit in Verbindung stehenden Selbstorganisations- und Aneignungsprozesse im öffentlichen Raum zu nutzen und kennenzulernen. Dazu gehört auch das Wissen, wo es außerschulische Beteiligungsmöglichkeiten gibt, wie Abstimmungsprozesse in einer Kommune verlaufen oder wie der ÖPNV funktioniert.

Die Veranstaltungen

Die Dialogphase dauerte von März bis Juli 2015 und gliederte sich in vier Veranstaltungsmodule: Drei Großveranstaltungen und zahlreiche dezentral organisierte Begleitveranstaltungen im gesamten Stadtgebiet. In den Veranstaltungen waren grundsätzlich Mädchen und junge Frauen aus dem ganzen Stadtgebiet beteiligt, unterschiedlichen Alters (Altersspanne: 6 bis 20 Jahren), mit und ohne Migrationshintergrund oder Beeinträchtigung und Behinderung.

1. Veranstaltungsmodul: Mobilitätstag – Sicher mit Bus und Bahn

Am 24.04.2015 haben sich ca. 85 Teilnehmerinnen unter dem Motto „Wie bewege ich mich sicher mit Bus und Bahn durch die Stadt?“ an der Üstra-Remise getroffen und sind anschließend von Protec und Üstra-MitarbeiterInnen durch verschiedene Stationen geführt worden. Mit den Fragen „Wie will ich mich 2030 durch die Stadt bewegen? Wie und wo möchte ich im öffentlichen Raum mitgestalten?“ haben die Mädchen in Form von einer Informationsveranstaltung, Kleingruppen- und Einzelinterviews, Empowerment-Übungen sowie individuellen Befragungsbögen das Thema „Mobilität und Teilhabe im öffentlichen Raum“ diskutiert. Die Mädchen waren sehr interessiert und hatten einen hohen Bedarf an Information und Auseinandersetzung zu den genannten Fragen.

2. Veranstaltungsmodul: Rallye „Da kann ich hin, wenn...“ – Orte für Mädchen in Hannover

Das zweite Veranstaltungsmodul wurde am 29.05.2015 im gesamten Stadtgebiet durchgeführt. Ca. 100 Teilnehmerinnen haben in Kleingruppen eine Rallye durch Hannover gemacht und dabei ausgewählte Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und Beratungsstellen mit Angeboten für Mädchen und junge Frauen kennengelernt. An jeder der Rallye-Stationen erwartete die Teilnehmerinnen ein vielfältiges Mitmachprogramm oder einzelne Aktionen. Zusätzlich wurde im Vorfeld die Broschüre „Da kann ich hin, wenn… Orte für Mädchen in Hannover“ erstellt, in der alle Einrichtungen und Vereine, die eine Rallye-Station angeboten haben oder ein relevantes Angebot für die Zielgruppe anbieten können, vorgestellt sind. Den Abschluss bildete eine Party im Mädchenhaus KOMM. Die jungen Frauen haben sich in dieser Veranstaltung mit folgenden Fragen auseinandergesetzt und zahlreiche Ergebnisse zusammengetragen. „Wie will ich mich durch die Stadt bewegen? Welche (Hilfs-) Einrichtungen und Angebote gibt es für mich? Wie will ich in Hannover leben? Und was brauche ich dafür?“.

Aufgrund des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst zum Zeitpunkt der Veranstaltungen waren die städtischen Einrichtungen und deren Mitarbeiterinnen an dieser Veranstaltung nicht beteiligt.

3. Veranstaltungsmodul: Mädchen- Demokratie- Tag

51 Teilnehmerinnen im Alter von 8 bis 19 Jahren nahmen am 26.06.2015 im Neuen Rathaus Hannover am Mädchen-Demokratie-Tag teil, der in Kooperation mit dem Verein

Politik zum Anfassen e.V. durchgeführt wurde. Den Mädchen wurde in dem Planspiel die Möglichkeit gegeben, Demokratie realitätsnah zu erleben und selbst auszuprobieren. Sie gründeten eigene Fraktionen, die jeweils von einer Ratspolitikerin als Patin unterstützt wurde. Sie lernten die Ratspolitikerinnen kennen und konnten im direkten Gespräch Fragen stellen. Am Ende des Tages wurden die von den Mädchen entwickelten Anträge in einer Sitzung unter der Leitung von Bürgermeisterin Kramarek diskutiert und abgestimmt. Einige der Leitfragen, die aus den Themenfeldern Mobilität, Arbeit und Teilhabe abgeleitet wurden, waren in dieser Veranstaltung: „Wie möchtest Du 2030 arbeiten? Würdest Du mit Kindern zu Hause bleiben? Wie viel Stunden möchtest Du arbeiten? Wie möchtest Du Dich 2030 durch die Stadt bewegen? Wo möchtest Du 2030 mitreden? Wählst Du den/die KlassensprecherIn/SchülersprecherIn? Wo wirst Du jetzt schon gefragt? Was bestimmst Du zu Hause mit? Wie einigt Ihr Euch im Freundeskreis?“. Insgesamt konnte ein hohes Beteiligungsinteresse der Teilnehmerinnen beobachtet werden.

4. Veranstaltungsmodul: Dezentrale Veranstaltungen

Das vierte Veranstaltungsmodul, die begleitenden Aktionen, waren ein wichtiger Teil der Beteiligungsstrategie. Die vielfältigen Aktionen wurden von den Kolleginnen in den Einrichtungen des Mädchenarbeitskreises der freien und städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie des Mädchenhaus KOMM unter Beteiligung der Mädchen durchgeführt. Somit konnten die Mädchen und jungen Frauen in politischen Themenfeldern einen direkten Bezug zwischen der erlebten Gegenwart und der mittel- bis langfristigen Zukunft herstellen. Beispielsweise konnte durch das eigene Erleben von Sicherheit im ÖPNV und dem Bewegen durch die Stadt auf Verkehrsbedingungen, örtliche Gegebenheiten und weitere Aspekte geachtet, um sich anschließend zu diesen Themenfeldern eine Meinung bilden zu können. Ein weiteres Beispiel sind die Selbstbehauptungskurse, bei denen die Mädchen ihr Selbstbewusstsein und Selbstbild dahingehend stärken konnten, um bspw. anschließend beim Mädchen-Demokratie-Tag eine eigene Position zu vertreten.

Die Beteiligung an allen Veranstaltungsmodulen wie auch die Motivation der Teilnehmerinnen war sehr hoch.

Die Ergebnisse

Insgesamt ist ein hohes Interesse an Beteiligung und Mitbestimmung der Mädchen und jungen Frauen festzustellen. Sie machen sich zu vielen Themen des alltäglichen Lebens Gedanken, haben etwas zu sagen, möchten zu diesen Themen unbedingt gehört, befragt und einbezogen werden.

Die einzelnen Veranstaltungsmodule waren unterschiedlich konzipiert, so dass die Teilnehmerinnen durch verschiedene Methoden ihre Ideen, Wünsche und Meinungen geäußert haben. Das gemeinsame Erleben, das aktive Mitmachen, das Ausprobieren, das gegenseitige Zuhören und das Gestalten standen immer im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Methodisch wurden die Mädchen durch Einzelinterviews direkt befragt, sie konnten Befragungsbögen ausfüllen oder es wurde mit teilnehmender Beobachtung, Expertinnen-Befragung und (Klein-) Gruppendiskussionen gearbeitet oder eben wie beim Mädchen- Demokratie-Tag durch einen Mädchenrat, der die eigenen Themen mit Politikerinnen diskutiert und simulierte Ratsanträge verabschiedet hat.

Die Ergebnisse der unterschiedlichen Veranstaltungen wurden von der Steuerungsgruppe ausführlich protokolliert und zu drei Themenfeldern zusammengefasst: .

1. **Themenfeld Mobilität und Umwelt**

- Kostenlose WLAN- Zugänge an öffentlichen Plätzen und im ÖPNV
- In der Stadt sollen die Busse mit Solarenergie fahren
- Kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn für Menschen, die wenig Geld haben
- Barrierefreie Zugänge zur Bahn
- Funktionierende Fahrstühle und Rolltreppen im gesamten ÖPNV
- Möglichkeit günstiger Fahrräder zu bekommen
- Mehr Fahrradständer an den Schulen
- Die Fahrradwege sollten besser gekennzeichnet sein

2. **Themenfeld: Mitbestimmung, Teilhabe und Beteiligung**

- Regelmäßige Demokratietage im Rathaus – Gespräche mit PolitikerInnen
- Eltern, LehrerInnen und PolitikerInnen sollen mehr zuhören
- „Wir wollen daran beteiligt werden die Stadt zu verschönern“
- Eigene Orte im öffentlichen Raum
- Aufgeschobene Kaffees in jedem Stadtteil
- Kinder- und Jugendzeitung
- Mädchenangebote erhalten und ausbauen
- Forderung der Mädchen nach kostenlosen Veranstaltungen und Aktionen

3. **Themenfeld: Arbeit**

- Gerechtigkeitskontrolleure am Arbeitsplatz
- Pro Schuljahr zwei Zukunftstage und drei Berufsparcours
- Kennenlernen von nichttypischen Frauenberufen

Der Beitrag zum Stadtentwicklungskonzept

Unter der Überschrift „Mehr Vielfalt der Geschlechter - Identitäten stärken“ konnten im Entwurf zum Stadtentwicklungskonzept die Ergebnisse aus der Projekt- und Dialogphase in

Verbindung mit den Beteiligungserkenntnissen in zwei Zielsetzungen und zwei Strategien verdichtet werden. Für die Fachkräfte der gendersensiblen Arbeit und die MitarbeiterInnen der Verwaltung finden diese Ergebnisse derzeit schon in der tagesaktuellen Arbeit Berücksichtigung und dienen als Grundlage für zukünftige Planungen. Die Aspekte von Mädchen und Frauen im Sinne von Gender und Diversity stehen hierbei im Mittelpunkt.

Zwei Ziele: Mein Hannover 2030 „ist offen für vielfältige Lebenskonzepte von Mädchen, Frauen, Jungen und Männern“ und “bezieht maßgeblich die geschlechterspezifischen Bedarfe in Planungs- und Gestaltungsprozesse ein und lässt viel Raum für Mitgestaltung“.

Zwei Strategien: 1) Einstimmung der Gesellschaft auf aktuelle Themen; 2) Erarbeitung eines ressortübergreifendes Gesamtkonzepts [Controlling, Qualitätssicherung, Optimierung] zur weiteren Konkretisierung durch die Verwaltung.

Darüber hinaus soll angestrebt werden, dass sich die Fachkräfte zu den Themen Gender und Diversity regelmäßig fortbilden, dass paritätisch besetzte Teams in der Jugendhilfe gefördert werden und dass die Teilhabemöglichkeiten von Mädchen an außerschulischen Bildungsangeboten gestärkt und gesichert werden sollen.

Für die knapp 500 Teilnehmerinnen und die interessierte Öffentlichkeit wurde eine Broschüre „Gesamtdokumentation zu Mädchen in der Stadt“ erstellt, um alle Ideen und Ergebnisse zu sichern, die Veranstaltungen im Detail vorzustellen und um Erlebnisse mit Fotos und kleinen Texten festzuhalten.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Das Projekt „Mädchen in der Stadt“ nimmt Mädchen und junge Frauen in den Fokus und verleiht ihnen eine Stimme im Stadtentwicklungsprozess „Mein Hannover 2030“.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

51.5/GB
Hannover / 17.02.2016

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Gleichstellungsausschuss
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Sportausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Sozialausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Jugendhilfeausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 0508/2016
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030"

Antrag,

1. die Ergebnisse des Stadtentwicklungsprozesses „Mein Hannover 2030“ zur Kenntnis zu nehmen.

2. die Verwaltung zu beauftragen, das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ als integrierten Prozess gemäß Punkt 2) der Begründung umzusetzen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Das im nachfolgenden beschriebene Konzept richtet sich an die Stadtgesellschaft in all ihren Ausprägungen. Es sind alle Geschlechter gleichermaßen zu berücksichtigen.
Die Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender und Diversity) stellte als definiertes Querschnittsthema ein explizites Element bei der Herstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ von Beginn an (Status quo-Bericht) dar.

Kostentabelle
Mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept "Mein Hannover 2030" für sich entstehen keine finanziellen Auswirkungen.
Die Kosten der zur Verwirklichung der enthaltenen Ziele umzusetzenden Projekte werden in separaten Drucksachen dargestellt. Diese werden den politischen Fachausschüssen zur Diskussion vorgestellt und in den Haushaltsberatungen finanziell unterlegt und unterliegen insofern dem Finanzierungsvorbehalt.

Begründung des Antrages
1.
Mit DS 261/2014 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover die Verwaltung beauftragt, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept Hannover 2030 unter Beteiligung der Stadtgesellschaft zu erarbeiten. Diesem Auftrag ist die Stadtverwaltung nachgekommen: Als Grundlage für einen breiten Stadtdialog zur Stadtentwicklung bis 2030 hat die Verwaltung im Sommer 2014 einen Status Quo-Bericht erarbeitet, der den Sachstand der Stadtentwicklungspolitik in fünf Handlungsfeldern in der Stadt Hannover darstellt:

„Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Umwelt“, „Wohnen, Versorgen, Mobilität und Baukultur“, „Bildung und Kultur“, „Inklusion, Integration und Teilhabe“ sowie „Finanzen“. Der Status quo-Bericht beschreibt die bereits bestehenden Ziele und Konzepte zur Stadtentwicklung und stellt damit die Ausgangslage für die weitere Stadtentwicklungspolitik in der Stadt Hannover dar.

Die Handlungsfelder wurden integriert betrachtet, um Zusammenhänge und Wechselwirkungen besser berücksichtigen zu können. Querschnittsthemen, die in den jeweiligen Zusammenhängen einbezogen werden, sind Demographischer Wandel, Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender und Diversity), Gesellschaftlicher Wandel, Innovation, Nachhaltigkeit sowie neue Kooperationsformen unter anderem mit relevanten Körperschaften.

Auf der Grundlage dieses Berichtes mit seinen Informationen zu bereits bestehenden Zielen und Programmen der Stadtentwicklung und seiner Stärken- und Schwächenbewertung wurde von September 2014 bis Juli 2015 der Stadtdialog „Mein Hannover 2030“ durchgeführt. Es fanden ca. 200 Veranstaltungen mit ca. 17.000 Teilnehmenden statt, in denen in unterschiedlichen Beteiligungsformaten über die zukünftige Stadtentwicklung Hannovers diskutiert, gemeinsam Ziele und Strategien entwickelt und über Referenzprojekte nachgedacht wurde.

Die Ergebnisse des Dialogs fügen sich wie beim Status quo-Bericht in die oben genannten fünf Handlungsfelder ein, ergänzt um das Thema „Stadtverwaltung 2030“. Auch beim Stadtdialog wurden die fünf Querschnittsthemen berücksichtigt.

Am 19.11.2015 hat die Stadtverwaltung im Sprengel Museum die Ergebnisse aus diesem Dialogprozess der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie bilden das Kapitel 3 der Anlage. Die Ergebnisse wurden im Anschluss vier Wochen lang im Internet und als Broschüre an öffentlichen Orten wie den Bibliotheken und Freizeitheimen für Stellungnahmen ausgelegt.

Im Rahmen der Auslage wurde im Internet auch eine umfassende Tabelle mit ca. 1.400 Beiträgen veröffentlicht, die auf der Ergebnissicherung der Dialogphase durch zahlreiche Veranstaltungsprotokolle basiert (wie in den „Spielregeln für die Beteiligung“ festgelegt)

(www.meinhannover2030.de).

Diese Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Stadtdialog in Form der Auswertungsmatrix (Tabelle) zeigt den Teilnehmenden am Stadtdialog, wie mit ihren Impulsen umgegangen wurde: Wurden die Beiträge beim Entwurf der Ziele und Strategien für das integrierte Stadtentwicklungskonzept berücksichtigt oder nicht, und wenn nein, aus welchen Gründen. Dies brachte für den Stadtdialog und den Entwurf des Konzeptes „Mein Hannover 2030“ ein großes Maß an Transparenz.

Während der Auslage des Konzeptentwurfs vom 19.11.2015 bis 17.12.2015 gingen 16 inhaltliche Stellungnahmen von Interessierten ein. Die Beiträge befassen sich mit den Themen Bürgerbeteiligung, Mobilität, Sport, Quartiersentwicklung, Soziales, Umwelt, Kleingärten, Wirtschaft, Tourismus und E-Government. Die fachliche Prüfung aller Beiträge durch die Dezernate führte zu Textergänzungen in den Kapiteln Inklusion, Integration und Teilhabe sowie Stadtverwaltung 2030 im Konzeptentwurf.

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept geht über die gemeinsam entwickelten Ziele, Strategien und Referenzprojekte (Kapitel 3) hinaus. Es enthält Priorisierungen zu den wichtigsten Herausforderungen (Kapitel 1) und beschreibt den Stadtentwicklungsprozess, der diese Ergebnisse erarbeitet hat (Kapitel 2). Wie die entwickelten Ziele und Strategien für die Zeit bis 2030 konkretisiert und umgesetzt werden sollen, wird in Kapitel 4 ebenso festgelegt wie Art, Umfang und Zeitpunkte der öffentlichen Beteiligung. In einem Workshop wurden dazu Vorschläge entwickelt.

2.
Bei der Umsetzung des vorgelegten integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ werden die bisher verwaltungsinternen Jahresarbeitsprogramme ein entscheidendes Instrument sein. Diese werden zukünftig konkreter sowie stärker ressortübergreifend angelegt. Die hier zusammengestellten Projekte und Maßnahmen werden einen Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren haben. Sie werden in regelmäßigen Abständen den politischen Fachausschüssen zur Diskussion vorgestellt und in den Haushaltsberatungen finanziell unterlegt. In ihrer neuen Konzeption nehmen sie gleichzeitig eine bedeutende Rolle für die Prozesstransparenz ein. Öffentliche Beteiligung nach Art, Zeitpunkt und Umfang wird für die enthaltenen Projekte und Maßnahmen festgeschrieben.

Zusätzlich zu den nach den fünf Handlungsfeldern organisierten Jahresarbeitsprogrammen wird die Verwaltung einen dreijährlichen Stadtentwicklungsbericht vorlegen. Diese Zwischenbilanz soll Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit über die Sachstände der Umsetzung informieren sowie eine Bewertung beinhalten, inwieweit die gesteckten Ziele bisher erreicht wurden. Ebenso wird der Stadtentwicklungsbericht Einschätzungen enthalten, ob im bisherigen Umsetzungszeitraum eingetretene Entwicklungen Nachjustierungen und Veränderung der bisher verfolgten Ziele, Strategien und Prioritäten bei der Umsetzung erforderlich machen.

61.5
Hannover / 02.03.2016

Mein HANNOVER 2030

Jeden Tag eine gute Stadt

STADTENTWICKLUNGSKONZEPT „MEIN HANNOVER 2030“

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

WIRTSCHAFT, ARBEIT, WISSENSCHAFT UND UMWELT

WOHNEN, VERSORGEN, MOBILITÄT UND BAUKULTUR

BILDUNG UND KULTUR

INKLUSION, INTEGRATION UND TEILHABE

FINANZEN

STADTVERWALTUNG 2030

INHALT

EINLEITUNG ... 4

I DAS STADTENTWICKLUNGSKONZEPT IN KÜRZE: ZEHN PUNKTE ... 6

II DAS KONZEPT ENTSTEHT ... 10

III DIE ERGEBNISSE DES STADTDIALOGS ... 20

1 WIRTSCHAFT, ARBEIT, WISSENSCHAFT UND UMWELT ... 20

Wirtschaftsstandort profilieren und weiterentwickeln ... 21
Wissenschaftsstandort internationalisieren und weiterentwickeln ... 24
Hohe Lebens- und Freiraumqualität erhalten ... 25
Nachhaltige Entwicklung fördern ... 28
Referenzprojekte ... 30

2 WOHNEN, VERSORGEN, MOBILITÄT UND BAUKULTUR ... 32

Wohnungen für alle schaffen ... 33
Versorgung stadtweit stärken – in der Innenstadt und in den Stadtteilen ... 35
Nachhaltige Mobilität voranbringen ... 37
Mehr Baukultur fördern ... 40
Sportstadt Hannover – Fit für 2030 ... 40
Referenzprojekte und Referenzräume ... 41

3 BILDUNG UND KULTUR ... 44

Auf individuelle Bildungsbiografien setzen ... 45
Einrichtungen für Kultur und Bildung im Quartier unterstützen ... 47
Kultur mit allen ... 48
Referenzprojekte ... 50

4 INKLUSION, INTEGRATION UND TEILHABE ... 52

Willkommens- und Anerkennungskultur fördern ... 53
Die Inklusive Stadt weiter voranbringen ... 54
Auf Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung setzen ... 57
Mehr familiengerechte Infrastruktur in den Quartieren ... 58
Mehr Vielfalt der Geschlechter – Identitäten stärken ... 60
Andere Blickwinkel einnehmen: Jugend lebt Stadt ... 61
Teilhabe trotz Armut gewährleisten ... 63
Referenzprojekte ... 64

5 FINANZEN ... 66

Referenzprojekte ... 69

6 STADTVERWALTUNG 2030 ... 70

Referenzprojekte ... 74

IV DAS KONZEPT WIRD REALITÄT ... 76

V ANHANG ... 78

Sehr geehrte Hannoveranerinnen und Hannoveraner,

als der Rat die Stadtverwaltung zur Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzepts aufforderte, stand für alle Beteiligten fest: Das Konzept sollte unter echter Mitwirkung der Hannoveranerinnen und Hannoveraner entstehen, es sollte mit bereits beschlossenen Zielen, Planungen und Programmen harmonieren und mit den verfügbaren Ressourcen zu verwirklichen sein. Diesen Vorgaben wird mit dem vorliegenden Entwurf des Stadtentwicklungskonzepts „Mein Hannover 2030“ entsprochen. Das Konzept beschreibt Ziele, Strategien und konkrete Referenzprojekte der Stadtentwicklung auf allen Gebieten. Es schafft einen mit den Ideen, Wünschen und Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner abgestimmten Orientierungsrahmen für das planerische und politische Handeln der kommenden Jahre. Und es stellt bei großer Offenheit für neue Entwicklungen sicher, dass gesetzte Ziele und Schwerpunkte nachhaltig verfolgt werden. Mit diesem Konzept wird die Zukunft unserer Stadt noch zielgerichteter, effektiver und nicht zuletzt bürgernäher gestaltet. In Zeiten des Wandels gibt es der Stadtentwicklung gleichermaßen Richtung und Beweglichkeit.

Das Konzept basiert wesentlich auf dem anfangs erstellten Status quo-Bericht der Verwaltung und dem anschließenden Stadtdialog „Mein Hannover 2030“. Der Statusbericht ist auch deshalb wertvoll und hilfreich, weil darin die gesamte Stadtverwaltung über Dezernatsgrenzen hinweg den heutigen Zustand der Stadt beschreibt, der ja mehr ist als die Summe einzelner Zuständigkeiten. Zudem zeigt die Beschreibung der Ausgangsposition deutlich, dass der große Stadtdialog keineswegs als Krisengespräch, sondern als Chancendialog zu führen war.
Der Dialog selbst, das kann man heute sagen, war sehr erfolgreich. Wann haben wir zuvor so intensiv, kreativ und zahlreich miteinander über die Zukunft unserer Stadt gesprochen? Bei rund 200 Veranstaltungen und im Online-Dialog haben tausende Hannoveranerinnen und Hannoveraner über verschiedenste Zukunftsfragen diskutiert, sich eine Meinung gebildet und ihre Ideen und Erwartungen eingebracht. Ich bin sicher, dass sich noch deutlich mehr Menschen für die Resultate unseres großen Stadtgesprächs interessieren. Allen gilt mein herzlicher Dank. Es ist eine Freude, solch lebhaftes Interesse an Hannovers Zukunft zu spüren.

Es lohnt sich sehr, durch die folgenden Seiten eine „Zeitreise“ in Hannovers Zukunft anzutreten. Sie führt zu vielen einzelnen Zielen, Ideen und beispielhaften Projekten [Referenzprojekte]. Und sie lässt das Bild einer Stadt entstehen – wir haben es in zehn Punkten [siehe Seite 6] nachgezeichnet –, die ihre Vorzüge kennt und deren Menschen in Vielem einig sind. So wird ganz entschieden erwartet, dass die großen, teils einzigartigen Stärken Hannovers bewahrt und noch ausgebaut werden. Unser vieles Grün etwa, die soziale Balance, der vorbildliche Nahverkehr und die gute Daseinsvorsorge liegen den Menschen sehr am Herzen. Und: Hannover wird als wachsende, internationale Stadt klar bejaht und bekennt sich ebenso deutlich zu einer damit verbundenen weltoffenen Haltung. Wir sind Zuziehenden freundlich und helfend zugewandt. Und wir sind bereit, in klug gestaltetes Wachstum zu investieren.

Wachstum wird noch stärker als bislang zum zentralen Thema werden. Denn wir erleben eine Einwanderungsdynamik, deren Umfang nicht vorauszusehen war und deren Dauer noch nicht abzusehen ist. Wir werden, davon bin ich überzeugt, die damit verbundenen Herausforderungen meistern und letztlich wirtschaftlich und kulturell von vermehrter Einwanderung profitieren. Hannover als globale Messestadt ist prädestiniert für die Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Für das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ haben die Fachleute der Stadtverwaltung alle Vorschläge und Ideen gesichtet, bewertet und mit bestehenden Planungen sowie vorhandenen Ressourcen abgeglichen. Die Anregungen aus dem Dialog wurden in der Verwaltung eingehend diskutiert und – wie an der Ergebnismatrix nachzuvollziehen ist – weitgehend in das Konzept eingefügt.

Fest steht: Auch nach einem Ratsbeschluss zum Stadtentwicklungskonzept werden wir weiter miteinander über Hannovers Zukunft sprechen. Unseren ergebnisreichen Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft werden wir nicht abreißen lassen. Gespräche sind von großem Wert, auch weil sie sich in Städten leicht verlieren. Und Metropolen leben zwar von Gegensätzen. Aber es lebt sich besser, wenn Menschen Gemeinsamkeit suchen und Teilhabe finden.

Dann können wir in Hannover auch künftig sagen: Jeden Tag eine gute Stadt.

Stefan Schostok

Stefan Schostok
Oberbürgermeister



I Das Stadtentwicklungskonzept in Kürze: Zehn Punkte zur Stadtentwicklung bis 2030

Die Ziele, Strategien und Referenzprojekte, wie sie aus den Dialogergebnissen und der Arbeit der Verwaltung entwickelt wurden, können ab Seite 20 dieses Heftes vollständig und ausführlich nachgelesen werden. An dieser Stelle sollen **Grundlagen, Richtung und Ziele des Konzepts in zehn Punkten** sehr knapp zusammengefasst werden. Sie ergeben sich aus den fünf Handlungsfeldern, die mit fünf Querschnittsthemen als Grundlage vorab identifiziert wurden, und sich als Ordnungsprinzip durch das ganze Konzept ziehen [siehe Seite 10]. Man kann in ihnen auch die zehn wichtigsten Herausforderungen sehen, die sich unter Berücksichtigung der speziellen **Qualitäten Hannovers** für die Zukunft ergeben.

Bevölkerungszunahme und Leitfrage „Wie wollen wir wachsen?“

Als Basiskonsens zwischen EinwohnerInnen, Politik und Verwaltung kann ein klares Ja zu Hannover als wachsende Stadt festgestellt werden. Schon bislang wurde prognostiziert, dass im Jahr 2030 mindestens 20.000 Menschen mehr in Hannover leben werden als zurzeit. Angesichts der **neuen Einwanderungsdynamik,** deren Umfang und Dauer noch nicht abzusehen ist, wird die Bevölkerungszunahme in den nächsten Jahren aber deutlich stärker ausfallen. Die im Dialog gestellte Leitfrage **„Wie wollen wir wachsen?“**, formuliert noch vor der verstärkten Einwanderung, wird umso mehr zur **Schlüsselfrage der Stadtentwicklung.**

Hannover lebt seit Jahren gut mit stetigem Wachstum der EinwohnerInnenzahlen. Kommen nun mehr Menschen als vorhergesehen, so werden auch diese – bei allen damit verbundenen Herausforderungen – ein Plus für die Stadt sein. Einer klugen Gestaltung des Wachstums kommt jetzt noch größere, aber keine grundlegend andere Bedeutung zu. Migration und gelingende Integration bewirken letztlich, dass zuerst die Bevölkerung und dann auch Wirtschaft und Arbeitsmarkt wachsen.

Schon aus der bisherigen Entwicklung der Stadt, aber sehr deutlich auch aus den Ergebnissen des Dialogs, ist zu entnehmen, dass Wachstum nicht nur ökonomisch verstanden wird. Vielmehr geht es um **nachhaltiges Wachstum**, das weder sozial noch ökologisch zerstörerisch wirkt.

1 Flächenmanagement

Verschärfte Konkurrenzen: Wohnungen oder Gewerbe, Grünfläche oder Bolzplatz

Wenn Bevölkerung und Wirtschaft wachsen, wird das Stadtgebiet trotzdem nicht größer. Daher wird es zu verschärften Konkurrenzen um disponible Flächen kommen. Wohnungen oder Gewerbe, Grünfläche oder Bolzplatz: Manche Bedarfe werden durch Neuerschließung und Aufwertung von Flächen gedeckt werden können. Auch eine noch engere Kooperation mit der Region Hannover wird **neue Wachstumsräume schaffen.** Aber es wird in Zukunft Bestandsschutz für existentes Gewerbe geben. Es werden neue Gewerbeflächen ausgewiesen und auch mehr gemischte Nutzung durch Wohnen und Gewerbe zugelassen werden. Dies alles wird nach strengen Maßstäben für die Umfeld- und Umweltverträglichkeit geschehen und in neu zu entwickelnden Flächennutzungskonzepten entsprechend geregelt werden.

2 Wohnungsbau

Kaum etwas würde die Akzeptanz der Bevölkerung für Integration und Wachstum mehr gefährden, als sich drastisch verknappender Wohnraum. Derzeit ist der hannoversche Wohnungsmarkt **angespannt, aber nicht überspannt.** Es muss alles getan werden, damit es zu keinen Bedarfskonflikten um bezahlbaren Wohnraum zwischen Einheimischen und Neuankommenden kommt. Deshalb wird die Schaffung von neuem Wohnraum stark forciert. Im Jahr 2016 sollen mindestens 1.000 neue Wohnungen entstehen. An weiter führenden Planungen und Konzepten für mindestens dieses jährliche Volumen arbeiten **Stadt und Wohnungswirtschaft** kooperativ und mit Hochdruck.

2016 sollen mindestens 1.000 neue Wohnungen entstehen.

3 Bildung

Mehr Menschen, mehr Kinder, mehr Zukunft – das gilt nur, wenn auch die Betreuungs- und Bildungsangebote mit dieser Entwicklung Schritt halten. In Hannover soll es eine lückenlose **Betreuungs- und Bildungskette** für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen geben, unabhängig von Sprache und Herkunft. Die schon erreichte hohe Bildungsqualität wird gehalten und sukzessive verbessert, auch wenn zurzeit mit der Einwanderungsdynamik übergangsweise Improvisationen verbunden sind.

Das erklärte Ziel ist, die Angebote der Betreuungsplätze, der schulischen Kapazitäten sowie der Erwachsenenbildung in einem ausgeglichenen Verhältnis zur Veränderung der EinwohnerInnenzahl zu entwickeln. Das impliziert auch, dass sich das Bildungsangebot insbesondere im außerschulischen Bereich an den individuellen Bildungsbedarfen und -zielen der EinwohnerInnen orientieren muss.

4 Mobilität

In Hannover wird das Auto auch in Zukunft nicht verteufelt. Aber es sollen sicherlich keine Grünflächen für neue Straßen geopfert werden. Umweltfreundliche Mobilitätsformen werden sukzessive mehr Anteil vom begrenzten Straßenraum bekommen. Das wird in vertretbarem Umfang zu Lasten des klassischen Autoverkehrs gehen müssen. Der Tatsache, dass auch in Hannover immer mehr Menschen zu Fuß gehen, Fahrrad fahren oder an Carsharing-Projekten teilnehmen, wird bei der **Mobilitätsplanung** entsprochen werden. Auch der im Dialog klar geäußerten Erwartung, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) weiter verbessert werden soll, wird nachgekommen. Und als bedeutender Logistikstandort werden wir uns intensiv um effektive und dabei emissionsfreie Lösungen für den Güter- und Lieferverkehr kümmern. Unsere einstmals „autogerechte Stadt“ wird nicht autofeindlich, aber umweltgerechter und auf zeitgemäße Weise lebensfreundlicher werden.

Das Auto wird nicht verteufelt. Das Ziel sind umweltfreundliche Verkehrsmittel.

5 Integration und Inklusion

Integration bekommt nicht erst im Zuge vermehrter Zuwanderung hohe Bedeutung. Klar ist: Hannover ist und bleibt eine Einwanderungsstadt und wird seine Einrichtungen, Strukturen und Ressourcen für die Integration schnell weiter verstärken. Städtische und ehrenamtliche Aktivitäten werden in eine kooperative Gesamtstruktur gebracht und Dolmetscherdienste sowie Sprachkurse ausgeweitet.

Hannover ist und bleibt eine Einwanderungsstadt.

Aber: Deutsch ist nicht nur eine Sprache und Deutschland mehr als ein Arbeitsmarkt. Deshalb muss es auch um echte Inklusion, um Verständnis und Teilhabe hinsichtlich der hiesigen staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten gehen. Keinesfalls darf der **soziale Frieden** unserer Stadtgesellschaft gefährdet werden, indem Leistungen für Neuankommende auf Kosten oder zum Nachteil Einheimischer erbracht würden.

Inklusion bedeutet: Alle Institutionen und Angebote passen sich an die Fähigkeiten und Bedürfnisse aller Menschen an, nicht umgekehrt. Jungen und Alten, Geflüchteten und hier Lebenden mit und ohne Behinderung wird echte Teilhabe ermöglicht, also selbstbestimmtes Wohnen und leichte Mobilität, gute Versorgung und Zugang zu Kultur.

6 Quartiersentwicklung

Das Quartier ist vielen besonders wichtig.

Was in anderen Städten „Kiez" genannt wird, heißt in Hannover schlicht Stadtteil oder „Quartier". Das klingt zwar weniger emotional, liegt den Menschen heute aber ebenso am Herzen. Der Dialog hat überraschend deutlich gezeigt: das Quartier ist den Menschen besonders wichtig und soll in vielfacher Weise noch attraktiver werden. Gewünscht werden **mehr aktive Nachbarschaft,** mehr Stadtteilkultur, kurze Wege für Alltägliches, nahe Hilfs- und Versorgungsangebote und vieles mehr.

Diesem wachsenden „Quartiersbewusstsein" wird in Zukunft verstärkt nachgekommen mit mehr Programmen, wie sie in einigen Stadtteilen schon mit Erfolg laufen. Einkaufsmöglichkeiten und spezielle Hilfs- und Selbsthilfeangebote für Junge und Alte werden deutlich gestärkt und verbessert. Hannover wird sein **Zentrum** nicht vernachlässigen, aber ein gutes Stück **Dezentralisierung** auf den Weg bringen. Dazu gehört auch, gemeinsam mit den Menschen daran zu gehen, die noch aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts stammenden Freizeitheime aufzufrischen und zu echten Kommunikationspunkten in den Stadtteilen zu machen.

7 Wirtschaft, Innovation, Wissenschaft und Forschung

Diese vier Stichworte sind entscheidend für den Standort Hannover und müssen immer im Zusammenhang gedacht werden. Derzeit hat Hannover eine robuste **Wirtschaftsstruktur mit einem guten Mix** aus klassischer Produktion, Dienstleistungen und Handwerk. Das soll auch in Zukunft so bleiben, weil die Wirtschaft ohne Verengungen auf bestimmte Branchen besser wachsen und sich in Krisen stabiler behaupten kann. Die hannoverschen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sind wichtige Orte der Innovation und produktiven Kraft. Ihr Engagement ist bedeutsam zur Lösung wichtigster Zukunftsfragen der Städte und besonders auch für das Leben in Hannover und der gesamten Region.

Digitalisierung und Industrie 4.0

Vor allem ist die **Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft** auch für Hannover die **Dominante der Standortentwicklung.** Das viel zu hörende Schlagwort „Industrie 4.0" wurde nicht zufällig hier auf der CeBIT geprägt. Hannover ist gerade bei IT-EntwicklerInnen und stark IT-basierten Branchen jetzt schon ein gefragter Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort. Auch international wird die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Hannover gesucht. Diese **Innovationskompetenzen** müssen hier gehalten und ausgebaut werden, denn die schnelle Digitalisierung erlaubt keinen Stillstand. Verstärkt sollen kleine und mittlere IT-Unternehmen zu uns geholt werden. Dafür gibt es sehr gute Chancen, wenn Hochschulen und Wissenschaft auf weiterhin hohem Exzellenzniveau arbeiten und forschen können. Die in Hannover vorhandene sehr gute wissenschaftliche und produktionstechnische Expertise ist jetzt schon ein weltweiter Standortvorteil.

Mit Blick auf Wachstumspotenziale verdient auch die Kreativwirtschaft eine Hervorhebung, zumal sie neben wirtschaftlicher auch atmosphärische Wertschöpfung bringt. Es gibt bereits mehr **Kreativwirtschaft** in Hannover, als vielen innerhalb und außerhalb Hannovers bewusst ist. Auch deshalb sind die Wachstumschancen groß. Und nicht zuletzt ist hier, wie bei den digitalen Branchen, ein besonders zukunftsverträgliches Wachstum möglich. Besser erschließen wir neue kreative Räume statt immer neuen Grund und Boden. Und natürlich lebt es sich angenehm in einer Stadt voller kreativer Köpfe.

8 Finanzen

Angemessen in Wachstum investieren.

Hannover ist eine wachsende Stadt und will es bleiben. Deshalb muss angemessen in Wachstum **investiert** werden. Lange wurden die Kosten stark begrenzt, um die Haushalte auszugleichen. Und trotz der gestiegenen Ausgaben der letzten Jahre zeigen sich immer noch viele unabweisbare Investitionsbedarfe, etwa bei den Straßen und Schulen. Sie länger aufzuschieben, wäre unverantwortlich. Hinzu kommen noch erhebliche Mittel, die für die Aufnahme und Integration der vielen Geflüchteten notwendig und auch sehr sinnvoll angelegt sind.

In Zeiten wie diesen darf **Neuverschuldung** zur Finanzierung wachstumsbedingter Investitionen **kein haushaltspolitisches Tabu** sein. Denn gerade in den kommenden, für Hannovers Zukunft sehr wichtigen Jahren muss politisch entschieden werden können, was trotz und gerade bei strikter Sparsamkeit zum Wohl der Stadt finanziell ermöglicht werden muss.

9 Kultur

Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt?

Auch zur Kultur in Hannover ist eigentlich viel mehr zu sagen, als in einem kurzen Anriss möglich ist. Die Landeshauptstadt ist ein **herausragender Kulturstandort,** auch wenn dies noch nicht allen inner- und außerhalb der Stadt Lebenden bewusst ist. Bei der Förderung von Kunst und Kultur wird es zukünftig keine Abstriche geben. Und es wird weiterhin alles getan, um das bedeutende kulturelle Profil Hannovers weiterzuentwickeln und zum prägenden Teil des Stadtgefühls und des Ansehens der Stadt zu machen. Der neue Bau des Sprengel Museums wird dazu ebenso beitragen wie der kürzlich von der **UNESCO** verliehene Titel **„City of Music“.** Ein weiterer großer Schritt für die Kultur in Hannover würde eine Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 sein.

10 Grün in der Stadt

Wachsendes Umweltbewusstsein

Ein Anliegen wurde im Stadtdialog besonders vehement vorgebracht und darf auch in keiner Zusammenfassung fehlen. Es ist nicht übertrieben zu sagen: Die HannoveranerInnen lieben das viele Grün in der Stadt und verlangen geradezu leidenschaftlich, dass es erhalten wird. Diesem Ansinnen wird auch in den nächsten Jahren absolut entsprochen werden. **Unser vieles Grün** bleibt eine Konstante der Stadtentwicklung. Erhalten und gepflegt wird damit eine urhannoversche und im Städtevergleich nahezu **einmalige Qualität** der Stadt. Das bis ins Zentrum reichende Grün passt perfekt zum wachsenden Umweltbewusstsein unserer Zeit und trägt ganz wesentlich zu der von den HannoveranerInnen hoch geschätzten Lebensqualität in der Stadt bei.

II Das Konzept entsteht

Am Anfang stehen viele Fragen.

Wie kann eigentlich ein Stadtentwicklungskonzept entstehen, das die nächsten 15 Jahre in den Blick nimmt? Wie erfährt man von den vielen Ideen, die vermutlich in den Köpfen der HannoveranerInnen zur Zukunft ihrer Stadt schlummern? Wie sollen sie formuliert, diskutiert und in ein Konzept gegossen werden? **Welche** Ideen haben Verwaltung und Politik für Hannovers Zukunft? Und **wie** können all diese Gedanken zu einem Konzept zusammengefasst werden?

Genau diese Fragen haben sich Verwaltung und Politik im Frühjahr 2014 gestellt. Schnell wird klar: Ein wirklicher **Dialog** zwischen all den **klugen Köpfen** muss ins Leben gerufen werden.

DIE BASIS – DER STATUS QUO-BERICHT

Klar ist auch: Hannover startet nicht bei null. Es ist gut zu wissen, wo Hannover heute steht. Denn das ist die Basis für die zukünftige Entwicklung – und der naheliegende Einstieg in den neuen Dialog.

Bleibendes Prinzip: Handlungsfelder und Querschnittsthemen

Für den Überblick stellt die Stadtverwaltung im Sommer 2014 im sogenannten Status quo-Bericht bereits Erdachtes, Geplantes und Bewährtes zusammen. Das Ordnungsprinzip: Fünf **Handlungsfelder**, die für die Stadtentwicklung als maßgeblich identifiziert werden. Denn sie nehmen deren ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Dimensionen in den Blick. Da das Leben in der Stadt – und seine nachhaltige Weiterentwicklung – von Wechselwirkungen und Verknüpfungen geprägt ist, werden außerdem fünf **Querschnittsthemen** definiert und beleuchtet. Handlungsfelder und Querschnittsthemen – sie werden die Struktur des künftigen Stadtentwicklungskonzeptes bilden.

DIE QUERSCHNITTSTHEMEN

- demographischer Wandel, Gender und Diversity (Gleichstellung und Vielfalt)
- gesellschaftlicher Wandel
- Innovation
- Nachhaltigkeit
- neue Kooperationsformen unter anderem mit relevanten Körperschaften



Im Status quo-Bericht werden Entwicklung und Situation der Stadt, wie sie sich heute darstellen, aufgezeigt. Mehr noch: **Stärken**, aber auch **Schwächen** Hannovers werden deutlich gemacht. Auch ihnen wird man im Stadtentwicklungskonzept wieder begegnen [siehe Seite 17].

Was verbirgt sich eigentlich hinter den Handlungsfeldern? Für den leichteren Zugang auch ohne tiefgreifende Fachkenntnis vermitteln Leitfragen eine erste Vorstellung. Und es sind die Fragen, die die Menschen an die Stadt von morgen stellen.



DIE BASIS – SPIELREGELN FÜR DIE BETEILIGUNG

Die inhaltliche Basis liegt also vor. Aber auch was Bürgerbeteiligung und Partizipation angeht, verfügt Hannover über gute und langjährige Erfahrungen. Dazu gehört auch, dass es gut ist, sich vorab auf **Regeln** zu verständigen: Wie geht man miteinander um? Wie werden Ergebnisse festgehalten? Wo und wie sind sie nachvollziehbar einzusehen? Wie wird mit ihnen weiter verfahren? Die Stadtverwaltung fasst Fragen und Antworten im Sommer 2014 zu „Spielregeln für die Beteiligung" zusammen. Protkollvordrucke stehen bereit – wichtig für die zukünftige Zusammenstellung und Gewichtung aller Beiträge in Form einer sogenannten Matrix [siehe Anhang] und ihre Auswertung als „Ergebnisse des Stadtdialogs" [ab Seite 20].

DER STADTDIALOG

Der Stadtdialog nimmt Fahrt auf.

Der Dialog kann beginnen. Politik und Verwaltung wissen: Das Interesse an der Zukunft der eigenen Stadt ist bei den Menschen groß, die verfügbare Zeit, sich zu beteiligen, unterschiedlich. Wer aktiv wird und sich engagiert, will Verantwortung für die Stadt und ihre Entwicklung übernehmen. Das nehmen Politik und Verwaltung sehr ernst – und schätzen es hoch. Um möglichst viele Menschen mit dem Stadtdialog zu erreichen, werden ganz unterschiedliche Beteiligungsformate entwickelt, verbessert, realisiert – der Stadtdialog nimmt Fahrt auf.

Ende 2014 stimmen vier **Auftaktveranstaltungen** auf den Stadtdialog ein. Im Schauspielhaus Hannover zeigt am 29. September ein „Marktplatz der Möglichkeiten", wo Hannover aktuell steht. Die Podiumsdiskussion öffnet visionäre Blicke in die Zukunft.
Es geht um Wohnen und Wachstum, Mobilität und die sich verändernde Gesellschaft. Kurz um die Frage: „Welchen Herausforderungen müssen wir uns stellen?" Rund 700 Gäste verfolgen Impulsvorträge und Publikumsdiskussion. Die OrganisatorInnen sind sich einig: Das war ein guter Start in den Stadtdialog. Deutlich wurde, dass Stadtentwicklung in einer wachsenden Stadt wie Hannover auch widerstreitende Interessen bedeutet – umso wichtiger ist es, Möglichkeiten der Beteiligung und Diskussion zu schaffen. Einhelliger Wunsch: Dass sich viele Menschen aus Hannover daran beteiligen.

Interessierte treffen Fachleute und erkunden die Stadt.

Während Ende Oktober 2014 und im Januar 2015 noch einmal ExpertInnen Akzente setzen zu den Handlungsbedarfen und Trends des 21. Jahrhunderts in Hannover und Erfahrungen in anderen Städten, können Interessierte solche Fragen im November 2014 mit konkreten Orten im Stadtgebiet verbinden. Die etwas andere Stadtrundfahrt beim „Abend on Tour" hat Stationen wie die Halle 29 für Kreativ-Wirtschaft, den Jazz-Club für Bildung und Kultur oder den Betriebshof Glocksee, wo es passenderweise um Mobilität geht. An 15 verschiedenen Orten wird informiert und diskutiert. Ein spannendes Format, das vielen mehr Lust auf „Mein Hannover 2030" macht – und ahnen lässt, wie Beteiligung am Stadtdialog aussehen kann.

Von Januar bis Juni 2015 gibt es **fast jeden Abend** eine andere Veranstaltung zu „Mein Hannover 2030“ – insgesamt fast 200 an der Zahl. Das ist ein schönes „Diskussionspensum“, aber so ist für jede und jeden die richtige Veranstaltung, der richtige **Ort**, das richtige **Thema** dabei. Man kann in Zukunftswerkstätten „werkeln“, auf Fachtagungen ExpertInnen lauschen, Kamingespräche mit dem Oberbürgermeister führen, sich in Ausstellungen inspirieren lassen, Straßentheater genießen, Speed-Dating ausprobieren und auf Stadtspaziergängen neue Ansichten von Hannover kennen lernen. Die „Internetaffinen“ nutzen bequem vom Sofa aus den Online-Dialog, um sich zu Themen der Handlungsfelder generell oder zu gezielten Fragestellungen zu äußern.

Zeitgleich setzen sich die MitarbeiterInnen der Stadt Hannover mit den (möglichen) Auswirkungen der im Stadtdialog gestellten Leitfragen auf ihre Tätigkeiten auseinander: „Stadtverwaltung 2030“ heißen interne Dialogreihe und Ergebnisfeld.

Die Beteiligung ist beeindruckend: Bis in den Sommer 2015 hinein werden in den Veranstaltungen des öffentlichen Dialogs rund **17.000 Teilnehmende** gezählt. Der Online-Dialog hatte 10.600 BesucherInnen. Wirklich zu berechnen war dieses Ausmaß des Interesses vorher nicht. Umso eindrucksvoller zeigt es, wie sehr den HannoveranerInnen an der Gestaltung der Zukunft ihrer Stadt gelegen ist.

200 VERANSTALTUNGEN

17.000 TEILNEHMENDE AN VERANSTALTUNGEN

10.600 BESUCHER/INNEN ONLINE



Wer sind sie, diese HannoveranerInnen?
Sie sind jung und alt, weiblich und männlich, haben deutsche und ausländische Wurzeln, leben in unterschiedlichen Familienkonstellationen, haben Handicaps, sehen ihren Lebensmittelpunkt im Stadtteil, verfügen über mehr oder weniger Geld, wollen in jeden Fall am Leben der Stadt teilnehmen, lieben Kultur oder Sport, vertreten Firmen und Unternehmen. Und sie haben Vorstellungen vom und Wünsche an das Leben im Hannover der Zukunft. Beispielhaft vertreten werden sie durch die fünf „BotschafterInnen" der Werbekampagne, HannoveranerInnen, die ihr Interesse am Stadtdialog öffentlich formuliert haben: Maj-Britt Claßen liebt die reichlich vorhandene Natur inmitten der Stadt und wünscht für „Mein Hannover 2030": „Bleibt so grün wie es ist!". Ezber Hissou stammt aus einer syrischen Familie; als Sozialpädagoge bewegt ihn, dass es gerade für junge Menschen nicht immer einfach ist, ihren Weg zu finden, zum Beispiel mit einem Job. Er möchte daher „genug Arbeitsplätze für jeden". Den Berufsschullehrer Carsten Walter begeistert an seiner Stadt vor allem, dass sie stets eine deutliche Antwort auf

Mein HANNOVER 2030

Jeden Tag eine gute Stadt



fremdenfeindliche Umtriebe gibt. Er tritt für ein weltoffenes Hannover ein und will, dass Hannover auch 2030 „offen, tolerant und neugierig“ ist. Für Martina Attenberger muss es im Stadtdialog vor allem um das gehen, was auch ihren Berufsalltag als Rektorin einer Grundschule bestimmt. Ihre Botschaft: „Mein Hannover 2030 investiert in die Schule der Zukunft.“ Gerd Heinemeyer ist als kaufmännischer Leiter eines Schulbuchverlages viel herumgekommen in Deutschland, und musste immer wieder erklären, warum er Hannover so toll findet. Sein Hannover 2030 „ist schöner als man denkt.“

Mit ihren Aussagen sind die Fünf ganz nah an dem, worüber im Stadtdialog gesprochen wird. Ganz nah an den „Leitfragen“, die in die großen Handlungsthemen einführen.



Aber welche Fragen bewegen die Menschen besonders? Sie alle treffen auf reges Interesse. Die Intensität der Beschäftigung, die Vielzahl und Tiefe der Antworten unterscheiden sich. Je nach Erfahrungen, Interessenslage und Betroffenheit der Beteiligten. Oder dem Charakter und der Größenordnung der Dialoge entsprechend, die von unterschiedlichen AnbieterInnen in der Regel themenorientiert organisiert werden.

Dabei sind die **VeranstalterInnen** so vielfältig wie die Gesellschaft der Großstadt Hannover: das Deutsch-Türkische Netzwerk, der Wissenschaftsladen e. V., die Leibniz Universität, die Stiftung NiedersachsenMetall, das Agenda21- und Nachhaltigkeitsbüro, Fraktionen der Ratsversammlung, Ortsvereine der Parteien, der Kommunale Seniorenservice Hannover, der Förderverein Kinderwald Hannover e. V., der Deutsche Gewerkschaftsbund, das Bürgerbüro für Stadtentwicklung e. V. – um nur einige zu nennen.

DER STADTDIALOG – DIE ERGEBNISSE

Alles dokumentiert: www.meinhannover2030.de

Wie es die „Spielregeln für die Beteiligung“ (siehe oben) vorsehen, kann zu jeder Veranstaltung ein Protokoll verfasst werden. Anders gesagt: Nur was festgehalten ist, kann auch berücksichtigt werden. Wer mag, kann in den Mitschriften schmökern. Sie alle sind unter **www.meinhannover2030.de** zu finden – 120 Berichte! Übrigens neben Interviews, Filmen, Statements und Veröffentlichungen, die ein lebendiges Bild vom Stadtdialog zeichnen.

Die enthaltenen Beiträge, Anregungen, Thesen oder Ideen der Protokolle fließen in die „Ergebnismatrix“ ein.

1.413 Einträge enthält diese tabellarische Gesamtschau.

Auch sie steht **www.meinhannover2030.de** zum Nachlesen bereit.

Die **Matrix** ist mehr als eine schlichte Sammlung von Beiträgen. Im Grunde ist sie so etwas wie ein „Sortiersieb“: Wieder dienen die Handlungsfelder und Querschnittsthemen als Ordnungsprinzip. Außerdem gibt es eine **Einschätzung**, ob es sich um Ziele, Strategien oder konkrete Maßnahmen handelt. Manche Beiträge sind bereits im Status quo-Bericht erläutert, auch das wird festgehalten.

Fast alle Einträge fließen nach dieser Sortierung als „Ergebnisse des Stadtdialogs“ in das Stadtentwicklungskonzept ein. Nur wenige [insgesamt 174 von insgesamt 1.413 Beiträgen] werden **nicht berücksichtigt**. Das sind Beiträge, gegen die rechtliche Erwägungen, technische Sachverhalte oder finanzielle Rahmenbedingungen sprechen oder bei denen der erwartete Nutzen nicht im angemessenen Verhältnis zum Aufwand steht.

Gelegenheit zum „Feedback“

Während der vierwöchigen **Auslage** der „Ergebnisse des Stadtdialogs“ vom 19. November bis 17. Dezember 2015 gehen knapp 20 Stellungnahmen ein. Sie befassen sich mit den Themen Bürgerbeteiligung, Mobilität, Sport, Quartiersentwicklung, Soziales, Kleingärten, Umwelt, Wirtschaft, Tourismus und E-Government. Aus den Anregungen ergeben sich Textergänzungen in den Abschnitten „Inklusion, Integration und Teilhabe“ und „Stadtverwaltung 2030“ in den „Ergebnissen des Stadtdialogs“ [ab Seite 20].

Neben der Ergebnismatrix sind unter **www.meinhannover2030.de** die Beiträge zusammengestellt, die in das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ Eingang gefunden haben.

DAS STADTENTWICKLUNGSKONZEPT – STRUKTUR UND AUFBAU

Der Status quo-Bericht beschreibt, wie **„Hannover heute“** aussieht.

Hier setzt das Stadtentwicklungskonzept an: Es stellt Hannovers spezifische **Qualitäten** dar und vor allem die **Herausforderungen**, die es zu meistern gilt. Somit ist das Bild von „Hannover heute“ abgerundet.

Mit den im Stadtdialog erarbeiteten Zielen und **Strategien** wird die Zukunft in den Blick genommen: Sie benennen, wie „**Mein Hannover 2030**“ gestaltet werden soll. Wie kann man sich das konkret vorstellen? **Referenzprojekte** zeigen es beispielhaft.

HANNOVER HEUTE	MEIN HANNOVER 2030	
Status quo-Bericht	**Stadtentwicklungskonzept**	
▪ Bestandsaufnahme ▪ Stärken und Schwächen ▪ bestehende Konzepte, Programme, Pläne	▪ Qualitäten ▪ Zusammenfassung der Herausforderungen	▪ Ziele ▪ Strategien ▪ Referenzprojekte ▪ Umsetzung

Zehn Punkte - das Stadtentwicklungskonzept in Kürze

Die Hannover spezifischen **Qualitäten** fassen die besonderen Stärken der Stadt zusammen. Sie kennzeichnen und charakterisieren das Leben in der Stadt. Diese zu bewahren und weiterzuentwickeln wird bei der Bewältigung der **Herausforderungen** im Vordergrund stehen. Die zehn wichtigsten dieser Herausforderungen lenken auf die zentralen Fragen, auf die das Stadtentwicklungskonzept Antworten finden will. Sie bilden aus integrierter Sichtweise die **zehn Punkte** ab, um die sich die Stadt mit aller Kraft kümmern wird [siehe Seite 6].

In der Stadtverwaltung werden sich verschiedene Fachbereiche gemeinsam mit diesen Herausforderungen befassen müssen. Ohne Veränderungen wird das nicht gehen: Die ressortübergreifende, integrierte Zusammenarbeit steht dabei im Zentrum.

Die Ziele beschreiben den „**Zielzustand**“, den Hannover im Jahr 2030 erreicht haben will.

Die Wege zu den Zielen – das sind die **Strategien**. Sie setzen bei den Stärken und Chancen an und versuchen, Schwächen und Risiken zu minimieren. Ziele und Strategien sichern und stärken Hannovers Qualitäten. Bestehende Konzepte, Programme und Projekte werden einbezogen.

Die Referenzprojekte verdeutlichen, wie die Strategien **umgesetzt** werden können. Sie sind kein abschließendes Handlungsprogramm, das kommt später.
Sie sind Vorschläge der Verwaltung, welche Projekte als wichtige Meilensteine in der näheren Zukunft umgesetzt werden sollen.

Stadtentwicklung bleibt dynamisch – der Dialog wird fortgeführt.

Stadtentwicklung ist ein **dynamischer Prozess**. Mit der Umsetzung von Projekten werden die Strategien Realität, die Ziele erreicht. Ein wichtiger Part hierbei wird die Fortführung des **Stadtdialogs** sein. Der Prozess im Jahr 2015 war der Auftakt zu einem kontinuierlichen Stadtdialog. Er wird in den kommenden Jahren zwar nicht mit der Intensität wie Anfang 2015 fortgeführt, aber die Gesprächsfäden sollen weiter gesponnen werden. Weiteres hierzu findet sich im letzten Kapitel.

Vier Kapitel beschreiben das Konzept.

Das Stadtentwicklungskonzept umfasst vier Kapitel. Kapitel 1 zeigt in zehn Punkten die **Herausforderungen** und wirft einen Blick auf Hannovers Qualitäten. Im zweiten Kapitel wird erläutert, wie das Konzept einstanden ist. Das Kapitel 3 widmet sich ausführlich **Zielen und Strategien**, die aus dem Stadtdialog und dem internen Diskussionsprozess der Verwaltung [„Stadtverwaltung 2030"] entstanden sind – und die das Konzept „Mein Hannover 2030" ausmachen. Wieder gilt das Ordnungsprinzip der fünf **Handlungsfelder und Leitfragen**. Jedes Handlungsfeld deckt ein breites Themenspektrum ab. Der notwendigen Gliederung dienen „Oberziele". Die Grafik zeigt das System am Beispiel des Handlungsfeldes Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit und Umwelt.

Die **Querschnittsthemen** sind – so entspricht es ihrem Charakter – jeweils in die Handlungsfelder integriert.



Im letzten Kapitel erfolgt der Blick auf die vorgesehene **Umsetzung** von Strategien und Referenzprojekten.

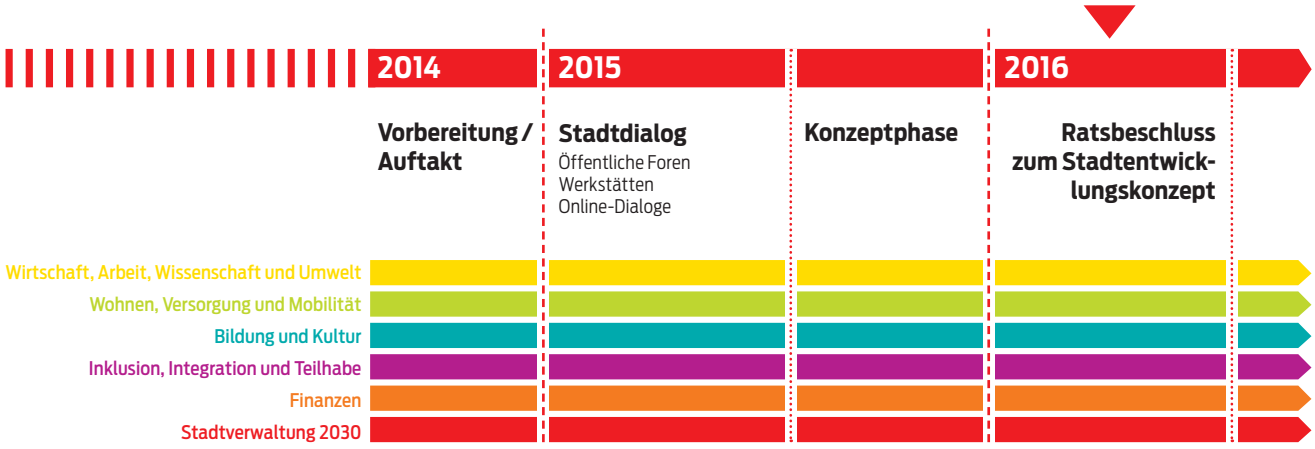
Grundlage für Antworten auf Fragen von morgen

Sind damit alle Fragen beantwortet?

Das sind sie mit Sicherheit nicht. Rahmenbedingungen und Prozesse **verändern** sich heute so schnell, dass das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ vielleicht viele Fragen der Zukunft noch nicht kennt. Aus heutiger Sicht, mit dem **heutigen Kenntnisstand** sind die wichtigsten Herausforderungen definiert, Ziele sind formuliert sowie Strategien und Referenzprojekte beschrieben, die dazu beitragen sollen, die Ziele zu erreichen. Einige Entwicklungen zeichnen sich bereits heute ab, wie zum Beispiel die Entwicklung von Mobilität oder der Arbeitswelten. Andere Entwicklungen können wir heute nur **einschätzen**, wie zum Beispiel die Entwicklung der Zuwanderung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden. Auch muss sich die Finanzierung von neuen Maßnahmen im jeweils möglichen Finanzrahmen bewegen, der heute noch nicht eindeutig beschrieben werden kann.
Die **Weichen** für die zukünftige Entwicklung Hannovers werden heute mit dem Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ **gestellt**. Auf **neue Entwicklungen** werden **neue Antworten** gefunden werden müssen. Insofern bleibt das Konzept für und durch zukünftige Anpassungen **flexibel**.

Im Überblick: Der Weg vom Status quo-Bericht zum Stadtentwicklungskonzept

Nachfolgende Grafik zeigt den Weg vom Status quo-Bericht über den Stadtdialog zum Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“. Im November 2015 werden die Ergebnisse des Stadtdialogs öffentlich vorgestellt. Anschließend beginnt die „Feedback“-Phase, in der die Öffentlichkeit bis zum 17. Dezember 2015 Stellung zum Entwurf beziehen kann. Nach der anschließenden Korrekturphase, in der die abgewogenen Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit in den Entwurf eingearbeitet werden, erfolgt ab März 2016 die politische Beratung in den Fachausschüssen des Rates der Stadt Hannover. Vor der Sommerpause 2016 wird der Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept von der Ratsversammlung gefasst und das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ veröffentlicht.



1 WIRTSCHAFT, ARBEIT, WISSENSCHAFT UND UMWELT

Wie wollen wir wachsen?



Oberbürgermeister Stefan Schostok beim Auftakt in den Dialog, 20. Oktober 2014

Gute, auskömmliche Arbeit, qualifizierte Arbeitskräfte, eine hohe Beschäftigtenquote, ausreichend Entwicklungsräume und starke Unternehmen machen die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort aus. Im Stadtdialog wurde intensiv über die Wirtschaft der Zukunft diskutiert und die genannten Kriterien als weitgehender Konsens ermittelt. Es gilt, für möglichst alle Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Unternehmen brauchen einen klaren und verlässlichen Rahmen für ihre Entscheidungen und für Investitionen in und für Hannover. Wichtig für die Innovationskraft eines Standortes ist die effektive Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Mit den hannoverschen Hochschulen, den wissenschaftlichen Einrichtungen und Instituten verfügt Hannover über eine perfekte Basis hierfür – künftig gilt es, das Zusammenspiel der verschiedenen AkteurInnen noch besser zu gestalten.

Hannover muss sich weiterhin als Arbeitsmarktzentrum, als Einkaufsmetropole, als Handwerks- und Industriestandort sowie als Dienstleistungszentrum entwickeln und profilieren. Gleiches gilt für das Entwicklungspotenzial als Kongress- und Veranstaltungsstandort. Die sogenannten „weichen" Standortfaktoren wie die Wohnqualität einer Stadt, gute Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote und das überregional bedeutende Kultur-, Freizeit- und Naherholungsangebot sind wichtige Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung Hannovers zu einem zukunftsfähigen und lebenswerten Standort zum Leben und Arbeiten. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wächst die Bedeutung der Anziehungskraft auf Fachkräfte.

Ideen, Kreativität, Umwelt, lebenswertes Wohnen, Freiräume… alles wichtig und muss im Einklang miteinander stehen. Die Basis ist aber wirtschaftlicher Erfolg. Diesen angemessen zu entwickeln und den Weg dorthin transparent zu machen, ist die wichtigste Aufgabe! (Beitrag auf Twitterwall, 24. Juni 2015)

Durch eine Vielzahl von Maßnahmen konnte die Umweltqualität in Hannover in den vergangenen 20 Jahren deutlich verbessert werden. Hieraus resultiert eine hohe Lebensqualität, die von den HannoveranerInnen sehr geschätzt wird. Trotzdem ist der Straßenverkehr noch heute ein wesentlicher Verursacher der Luftschadstoffbelastungen. Hier gilt es, deutliche Verbesserungen zu erzielen – der „Masterplan Stadt und Region Hannover – 100 Prozent für den Klimaschutz – Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Region bis 2050" weist den Weg – nicht nur für den Straßenverkehr, sondern für die gesamte Stadtgesellschaft. Leben und Arbeiten auf gesunden Böden bleibt außerdem ein erklärtes Ziel.

Zum Weiterlesen: Leitlinien für die Gewerbeflächenentwicklung 2014, Masterplan „100 Prozent für den Klimaschutz" 2014, Anpassungsstrategie zum Klimawandel für die Landeshauptstadt Hannover 2012, „Mehr Natur in der Stadt" 2014-2018, Luftreinhalte-Aktionsplan 2007 und Luftqualitätsplan Hannover 2011, Nachhaltigkeitsindikatorenentwicklung [Schriftenreihe kommunaler Umweltschutz, Heft 40, 2004]

WIRTSCHAFTSSTANDORT PROFILIEREN UND WEITERENTWICKELN

Eigentlich ist Hannover doch das größte Dorf der Welt. Das könnte doch auch bleiben. Ist doch schön so hier. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Die Wirtschaft Hannovers befindet sich nach der Weltfinanzmarktkrise in einem dynamischen Strukturwandel, der sich um die vorhandene Industriestruktur herum entwickelt und immer stärker in Richtung digitaler, wissensbasierter Dienstleistungen geht. Gleichzeitig führen neue wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen wie die angestrebte Energiewende oder kaum zu beeinflussende gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie die steigende Zuwanderung zu Veränderungen, denen sich Wirtschaft, Politik und Wirtschaftsförderung auch auf kommunaler Ebene stellen müssen.

Der Standort Hannover weist gegenüber anderen Regionen in Deutschland eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf mit einem leichten Plus an neuen Arbeitsplätzen in den vergangenen Jahren. Hannover ist bei der Beschäftigungsentwicklung zwar etwas schwächer als der Durchschnitt der deutschen Großstädte, dagegen steht die Leinestadt mit einer Arbeitslosenquote von 9,9 Prozent [August 2015] vergleichsweise gut da. Ziel ist es daher, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter zu verbessern. Dabei sollen auch Möglichkeiten für niedrig Qualifizierte beziehungsweise die Unterstützung entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen im Fokus stehen.



Erste Stadträtin Sabine Tegtmeyer-Dette, Wirtschafts- und Umweltdezernentin, eröffnet Veranstaltung „Wie wollen wir wachsen“, 24. Juni 2015

Ein wichtiges Instrument des kommunalen Handelns ist dabei eine gut ausgestattete und schlagkräftige Wirtschafts-, Marketing und Tourismusförderung. Deren Stärkung und Weiterentwicklung wurde im Stadtdialog ebenfalls als wichtig erachtet.

DREI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… überzeugt als starker und gut angebundener Wirtschafts-, Wissenschafts-, Tourismus-, Messe- und Veranstaltungsstandort.
… bietet adäquaten Raum für Unternehmen und punktet durch eine Willkommenskultur für „Unternehmen und Köpfe“.
… wirtschaftet nachhaltig.

FÜNF STRATEGIEN

Wenn der Standort nicht attraktiv ist, haben Unternehmen große Schwierigkeiten Fachkräfte anzuwerben. Hannover sollte den Mut haben, als niedersächsische Metropole mit großer Anziehungskraft aufzutreten, denn Fachkräfte werden in der Zukunft immer stärker gefragt sein. (TeilnehmerIn Veranstaltung 24. Juni 2015)

Wirtschaftsstrukturen gezielt fördern

Kommunale und regionale Wirtschaftsförderungen arbeiten gemeinsam an der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hannover. Die Stadt Hannover denkt und handelt unternehmensfreundlich, entwickelt eine **Willkommenskultur** für Unternehmen und Menschen. Hannover schafft Raum für Unternehmen verschiedener Branchen und Wirtschaftsbereiche [zum Beispiel Flächen für Handwerksbetriebe] und berücksichtigt ihre Interessen [etwa mit besonderen Dialogformaten oder „Kamingesprächen“]. Dabei werden die unterschiedlichen Wünsche [zum Beispiel Flächenbedarf – Schutz von Flächen] berücksichtigt und ein Interessensausgleich herbeigeführt [siehe Strategie „Flächen vorausschauend entwickeln“].

Die von der kommunalen und regionalen Tochter „hannoverimpuls“ bearbeiteten **Schwerpunkt- oder Fokusbranchen** [zurzeit Automotive, Produktionstechnik, Energiewirtschaft, Kreativwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie und Gesundheitswirtschaft] werden weiterentwickelt und regelmäßig auf ihre Relevanz für Hannovers Entwicklung überprüft. Dieser sogenannte „Clusteransatz“ wird regelmäßig reflektiert. Zunehmend an Bedeutung für die

Hannover sollte wieder so selbstbewusst werden, wie einst zur Expo. Wir leben hier in einer tollen Stadt, so kann es bleiben. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

ökonomische Entwicklung Hannovers gewinnt seit Jahren die **Kreativwirtschaft**. Die Musikwirtschaft war maßgeblich für die Ernennung Hannovers zur **„City of Music“**. Die damit verbundene Aufnahme in das UNESCO Creative Cities Network ist ein klarer Auftrag, sich der „Musikwirtschaft“ zu widmen.

Die kommunale Wirtschaftsförderung wird sich auch künftig um die **Förderung der lokalen Ökonomie**, die Bestandssicherung und -entwicklung hannoverscher Unternehmen, die Ansiedlung auswärtiger Unternehmen und die Gewerbeflächenentwicklung und -vermarktung kümmern. Bei vielen Aktivitäten der Wirtschaftsförderung spielt das Thema Fachkräftebedarf beziehungsweise -akquisition eine wichtige Rolle. Denn die Wirtschaftsförderung dient vor allem der Sicherung vorhandener Arbeitsplätze und unterstützt die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Weitere wichtige Querschnittsthemen, wie **Innovations- und Technologie- sowie EU-Förderung**, werden von hannoverimpuls in enger Kooperation mit der kommunalen Wirtschaftsförderung bearbeitet.

Mit Blick auf den Fachkräftebedarf und die exzellente Hochschul- und Wissenschaftslandschaft wird daran gearbeitet, dass mehr **StudienabsolventInnen** in Hannover ihren Arbeitsplatz finden. Auch hier arbeiten Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammen, denn prosperierende Unternehmen benötigen Fachkräfte und gut qualifizierte Arbeitskräfte erhöhen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Auch auf eine steigende Frauenerwerbstätigkeit wird hingewirkt.



Teilnehmerinnen der Veranstaltung „Wie wollen wir wachsen“, 24. Juni 2015

Erreichbarkeit der Wirtschaftsstandorte sichern

Die gute Erreichbarkeit der Wirtschaftsstandorte – sei es in Industrie- und Gewerbegebieten oder in zentralen Einzelhandelsstandorten beziehungsweise den Stadtteilen – ist für die Funktionsfähigkeit der Stadt als Lebens- und Wirtschaftsraum notwendig. Dabei ist ein „flüssiger“ motorisierter Individualverkehr auf den ersten Blick nicht immer mit den Wünschen nach der Stärkung des Radverkehrs, nach Verminderung der verkehrsbedingten Schadstoff- und Lärmemissionen und der Bevorzugung des ÖPNV zu vereinbaren. Hannover nutzt den Masterplan Mobilität als Basis, um die unterschiedlichen Interessen zu berücksichtigen. Mit dem Aufbau eines verkehrsartenübergreifenden Verkehrs- und Mobilitätsmanagements werden Verkehrsströme beeinflusst und gelenkt, Wege optimiert, multimodale Mobilität durch die Vernetzung der Verkehrsangebote gefördert und der Wirtschaftsverkehr effizient abgewickelt. Eine City-Logistik mit neuen Lieferkonzepten und auch der Einsatz alternativer Fahrzeuge wie Lastenfahrräder und E-Mobile sind mögliche Lösungen zur Verbesserung des notwendigen Wirtschaftsverkehrs. Die hier genannten Strategien zur Erreichbarkeit spielen natürlich auch generell für die Mobilität in City und Stadtteilen eine zentrale Rolle und finden daher auch noch an anderer Stelle dieses Konzeptes Berücksichtigung.

Flächen vorausschauend entwickeln

Homeoffice ist schön. Aber ich wünsche mir manchmal wieder ein richtiges Büro, wo ich dann Feierabend mache und nach Hause gehen kann. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Um die verschiedenen Nutzungsansprüche und Flächenbedarfe zu sortieren, wird eine **strategische, vorausschauende Flächenpolitik** auf den Weg gebracht. Im Zusammenspiel verschiedener AkteurInnen sollen innovative Wege der Binnenentwicklung ausgelotet werden. Der Leitsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ wird auch künftig dem Grunde nach beibehalten, soll aber keine ausschließliche Anwendung finden. Die Zusammenarbeit mit der Region gewinnt an Bedeutung.

Grundsätzlich gibt der Flächennutzungsplan Aufschluss über die künftige Flächenverteilung. Auf seiner Basis wird beurteilt, wie Flächen künftig angesichts der

wachsenden Stadt genutzt werden. Verschiedene Nutzungsansprüche werden auf diesem Weg in Einklang gebracht. **Neue Flächeninanspruchnahmen** werden vorbereitet, indem derzeitige Nutzungen auf ihre Notwendigkeit oder die Möglichkeit, sie zu verlagern, überprüft werden. Zum Ausgleich von zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen werden vorhandene Flächen aufgewertet. Innovative Lösungen, die auch neue Wege der Kooperation gehen und den Nachhaltigkeitsgedanken bestmöglich umsetzen, werden ausprobiert.

Wie wollen wir wachsen – in dem wir Wachstum nicht unbedingt in wirtschaftlichen Zahlen, zum Beispiel im Bruttosozialprodukt messen. Es kann auch ein Wachstum in den Beziehungen bedeuten, wenn wir zum Beispiel unsere Wirtschaft wieder lokaler gestalten.
(Äußerung während der Auftaktveranstaltung, 29. September 2014)

Bestehende Gewerbegebiete werden im Bestand **gesichert**, damit die dort ansässigen Betriebe eine klare und langfristige Perspektive haben und es weiterhin einen ausreichenden Bestand an Gewerbeflächen für Neuansiedlung, Erweiterung und Umsiedlung gibt. Das im Gewerbeflächenkonzept niedergelegte Gebot der Sicherung von Gewerbegebieten könnte gelockert werden, wenn gleichzeitig auch der Grundsatz, keine neuen Gewerbegebiete ausweisen zu wollen, in gleichem Umfang aufgehoben wird. Dabei besteht die besondere Herausforderung darin, dass es keine Verlagerung der Nutzung allein zu Lasten der Freiräume geben darf. Auch eine stärkere **Nutzungsmischung** kann zu einer besseren Verwendung der vorhandenen knappen Flächen führen. Die rechtlichen und tatsächlichen Einschränkungen müssen dabei berücksichtigt werden.

Arbeit und Beschäftigung fördern

Hannover will auch künftig attraktiv für Unternehmen und Fachkräfte sein. Die Stadtverwaltung selbst zählt zu den großen ArbeitgeberInnen der Stadt und schafft die **Rahmenbedingungen für Unternehmen**, innerhalb derer sich diese entwickeln können. Um dies zu erreichen, werden laufende, **erfolgreiche Aktivitäten fort- und neue eingeführt**: Fachkräfteallianz, Welcome Center [in Planung], Familienmanagement, Aktionen der Hannover Marketing & Tourismus GmbH [HTMG].

Mein Hannover 2030 ist ein Ort, an dem der Mittelstand noch nicht ausgestorben ist.
(Beitrag auf Zitat-Wand)

Im Fokus stehen Arbeitsplätze in stark wertschöpfenden, wissens- und technologieintensiven Branchen zum Beispiel für FacharbeiterInnen und HochschulabsolventInnen, aber auch Arbeitsplätze für niedrig Qualifizierte.

Dabei unterstützen **Qualifizierungsmaßnahmen** die Arbeitssuchenden auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt. Konkrete Projekte der Stadt sind die „Azubi 21-Datenbank“, die Ausbilderfrühstücke, die „Lange Nacht der Berufe“, die Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Stadt-Hannover-Preis „Frauen machen Standort“, die Förderung der „Inklusion in der Wirtschaft“ [Inklusionspreis], die Förderung von Jugendwerkstätten für arbeitslose Jugendliche, sowie kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote. Besonders werden Projekte zur Unterstützung der **Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Handicap** gefördert.

Um den **Übergang von der Schule in den Beruf** zu optimieren, erfolgt die Zusammenarbeit mit Hochschulen. Hier werden Projekte und Förderungen zur Berufsorientierung realisiert.

Wir müssen möglichst umweltgerecht wachsen. Das viele Grün in unserer Stadt macht sie so lebenswert.
(mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Nachhaltig wirtschaften

Der **„Masterplan Stadt und Region Hannover | 100 Prozent für den Klimaschutz – Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Region bis 2050“** wird weiter umgesetzt. Die Maßnahmen zur Erreichung des Ziels werden mit den AkteurInnen **fortentwickelt**. Zukunftsfähige Projekte werden realisiert, unterschiedliche

Interessengruppen arbeiten hierfür zusammen. Hannover leistet hiermit auch Beiträge zur Stärkung der Innovationskraft.
Unternehmen werden unterstützt, um ihre gesellschaftliche Verantwortung verstärkt wahrzunehmen und ihr **Nachhaltigkeitsmanagement** transparent zu machen [Ausbau des Beratungsprogramms Ökoprofit, Förderung des Wissens zur Nachhaltigkeitsberichterstattung]. Hannover wird seine **Vorbildfunktion** stärker ausbauen.

WISSENSCHAFTSSTANDORT INTERNATIONALISIEREN UND WEITERENTWICKELN



Bürgermeister Thomas Hermann und TeilnehmerInnen der Strategiekonferenz Wissenschaft, 4. Mai 2015

Der Hochschul- und Wissenschaftsstandort, der zu den bedeutendsten in Deutschland zählt, prägt Hannover und leistet erhebliche regionalökonomische Beiträge. Das Stadtleben profitiert von den rund 43.000 Studierenden. Mit Blick auf die Zukunft will sich Hannover noch stärker als Hochschul- und Wissenschaftsstandort profilieren. Der Stadtdialog hat dieses deutlich formuliert und wünscht sich mehr Unterstützung für die StudentInnen – sei es im Hinblick auf die Wohnungssuche, Kinderbetreuung, Sprachförderung für ausländische Studierende oder Assistenzen für Menschen mit Handicaps. Wissenschaft und Forschung sollen stärker mit Unternehmen kooperieren, um Innovationen zu entwickeln. Der gute Ruf als Kongressstandort soll gesichert werden und damit auch die Wissenschaft weiter beflügeln.

DREI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… ist ein international anerkannter und vernetzter, innovativer Hochschul- und Wissenschaftsstandort, der kluge Köpfe gewinnt und „bindet".
… profiliert sich durch exzellente Forschung und verfügt über eine aktive Gründerlandschaft aus dem Forschungsbereich.
… arbeitet intensiv mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammen und verknüpft Forschung und kleine sowie mittlere Unternehmen [KMU].

VIER STRATEGIEN

Kooperationen ausbauen
Die **Zusammenarbeit** zwischen Verwaltung und allen Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und hochschul- beziehungsweise forschungsnahen Stiftungen oder Vereinen **wird ausgebaut**. Hierzu werden die interdisziplinären Netzwerke, wie die Initiative Wissenschaft Hannover, gestärkt. Auch die fachspezifischen Kooperationen und **Netzwerke** werden intensiviert. Wissenschaftliche Einrichtungen steigern ihre Akquisition von Drittmitteln und können so **vielfältige und innovative Projekte** bearbeiten. Sie nutzen hierfür die Wissensbasis der Institutionen in der Metropolregion und tauschen sich aus. Studierende, Lehrende und Forschende werden unterstützt, sich in Stadtentwicklungsprozessen und Aktivitäten für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Hannover zu engagieren.

Mein Hannover 2030 sollte so sein, dass sich hier jeder willkommen fühlen und sagen kann: Das ist meine Stadt! (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Standortmarketing weiterentwickeln
Das Standortmarketing für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort wird deutlich ausgebaut. Um gute Ansätze und Umsetzungsstrategien zu entwickeln, werden möglichst viele **AkteurInnen** [Hochschulen, Verwaltung, Forschungseinrichtungen, Institute] **und Medien eingebunden**. Zielgruppen sind einerseits Unternehmen, andererseits auch junge Menschen, die in Hannover studieren oder im wissenschaftlichen Bereich arbeiten. Das Marketing soll im In- und Ausland



Ideen an die Macht! Der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Hannover bietet dafür einen guten Nährboden. Wir müssen unsere Kooperationsnetze noch stärker ausbauen, kreativ für den Standort werben und noch mehr internationale Studierende, Lehrende und Forschende gewinnen. (Prof. Dr. Birgit Glasmacher, Leiterin Instit. f. Mehrphasenprozesse & Zentr. f. Biomedizin, Leibniz Universität Hannover)

wirken. Gezielt genutzt werden auch hochschul- und forschungsrelevante Kongress- und Messeaktivitäten. Gottfried Wilhelm Leibniz als **universales Genie** wird für das Standortmarketing genutzt.

„Study and Stay" initiieren
Kluge Köpfe aus dem In- und Ausland werden für „Study and Stay" gewonnen. Bildungs- und Sprachförderung vereinfachen die Zugänge zu Hochschulstudium und lebenslangem Lernen. Möglichst viele StudienabsolventInnen finden **berufliche Perspektiven in Hannover**, da StudentInnen und Unternehmen frühzeitig zusammengebracht werden. In Hannover sind „Dual Career Perspektiven" möglich, so dass WissenschaftlerInnen eine attraktive Lebensperspektive finden. Studierende werden für demokratische Teilhabe gewonnen und unterstützen das diskursfreundliche Klima der Stadt.

Willkommenskultur für Studierende, Lehrende, Forschende verbessern
Hannover baut die Willkommenskultur für kluge Köpfe aus dem In- und Ausland aus. Neben der **stärkeren Zusammenarbeit von Hochschulen und Verwaltung** wird die internationale Vernetzung der wissenschaftlichen Einrichtungen unterstützt. Die Study and Stay-Initiative [siehe oben] ist Bestandteil der Willkommenskultur. Hannover fördert eine **diskriminierungsfreie Atmosphäre** zum Studieren und Forschen. Die Stadtgesellschaft schätzt die Impulse, die WissenschaftlerInnen sowie StudentInnen aus dem In- und Ausland in die Stadt tragen.

HOHE LEBENS- UND FREIRAUMQUALITÄT ERHALTEN

Hannover ist seit mehreren Jahren die **grünste** der 50 größten Großstädte Deutschlands, gemessen an der Grünfläche pro EinwohnerIn. Die Herausforderungen der Zukunft reichen von der Bewahrung und Förderung der biologischen Vielfalt bis zur Gartendenkmalpflege, von Naturschutz bis zur Naherholung mit Spiel und Sport. Die wachsende Stadt erfordert sowohl **Konzepte** zur Sicherung dieser Qualitäten als auch zur **Instandsetzung der Anlagen für vielfältige Nutzungsansprüche**. Die Möglichkeit zur gleichberechtigten und eigenständigen Aneignung der öffentlichen Räume von Menschen mit und ohne Behinderungen muss weiter verbessert werden. Das gilt für Jung und Alt und für Menschen aller Kulturen und Religionen gleichermaßen. **Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Inklusion und Diversität** sind auch im Freiraum wichtige gesellschaftliche Aufgaben unserer Zeit. Diese weitgehend schon im Status quo-Bericht benannten Ziele wurden in der Dialogphase des Stadtentwicklungskonzepts ausdrücklich bestätigt.

Grün muss eigentlich überall in der Stadt zu finden sein. Es muss auch ein paar grüne wilde Ecken geben und der Rasen nicht millimetergenau gepflegt sein. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Dass Hannover über eine hohe Lebens- und Freiraumqualität verfügt, darüber ist sich die Stadtgesellschaft einig. Immer wieder wurden die Grün- und Freiräume ins Zentrum der Diskussionen im Stadtdialog gerückt. Den Menschen ist es wichtig, diese zu erhalten, zu gestalten und für verschiedene Aktivitäten zu nutzen. Für viele Menschen ist von hoher Bedeutung, **wohnortnahe Grünflächen** zu haben, die auch von vielen genutzt werden können. Und sie wollen selbst bestimmen können, was in diesen Räumen passiert. Werden zum Beispiel Gärten für alle angelegt? Oder Flächen für Spiel, Sport und Freizeit genutzt? Das Spektrum der Ideen ist so vielfältig wie die Stadtgesellschaft.

FÜNF ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… gehört nach wie vor zu den grünsten Großstädten Deutschlands mit qualitätvoll entwickelten Grün- und Freiräumen, die von allen gleichberechtigt und eigenständig genutzt werden können.

… hat ein ausgeglichenes und gesundes Stadtklima, ist auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt, pflegt eine klimaangepasste Stadtentwicklung und fördert die Widerstandsfähigkeit [Resilienz].
… teilt sich das Wachstum mit den Umlandgemeinden der Region [neue Kooperationen].
… sichert das kulturelle Gartenerbe, erhält den hohen Pflegestandard, hat ein gestärktes und modernes Kleingartenwesen.
… punktet mit einem hohen Maß an biologischer Vielfalt und hat seine Wälder für die kommenden Generationen erhalten, schützt sein Grundwasser, verhindert Überflutungen, geht sparsam mit Grund und Boden um und bietet saubere Böden zum Leben und Arbeiten.

VIER STRATEGIEN

Grün- und Freiflächen langfristig sichern

Hannovers Grünstruktur garantiert die hohe Lebensqualität in der Stadt. Deshalb hat der Erhalt von unbebauten Freiflächen auch zukünftig hohe Priorität.
(Ergebnis der Arbeitsgruppe „Grüner Kreis“, 18. März 2015)

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Grün- und Freiflächen sind strategische Konzepte erforderlich, die auf den verschiedenen Qualitäten und Flächennutzungen aufbauen. Dafür wird ein **Freiraumentwicklungskonzept** erarbeitet. Ein weiterer Baustein ist ein umfassendes **Kleingartenentwicklungskonzept**. Bestandteil des Konzeptes ist, dass die Anzahl der Dauerkleingärten erhalten bleiben soll und – bei entsprechender Nachfrage – neue Kleingärten parallel zum Geschosswohnungs-Neubau [ein Kleingarten pro zwölf neue Geschosswohnungen] entstehen. Für die im Wohnkonzept 2025 geplanten Neubauten sollen die hierfür erforderlichen Kleingärten in bestehenden Kolonien geschaffen werden [zum Beispiel durch die Verkleinerung übergroßer Gärten]. Wenn Kleingartenflächen für die Bebauung in Anspruch genommen werden, wird zur Kompensation ein Maßnahmenprogramm für Umbau oder Sanierung von Kleingartenanlagen durchgeführt.

Für Wohnungsneubauten, die in nachfolgenden Programmen entstehen, sind im Kleingartenkonzept Flächen enthalten, um die erforderliche Anzahl neuer Kleingärten einrichten zu können. Auch die denkmalgeschützten Parks und Gärten werden systematisch gesichert und entwickelt. Hierzu werden **Parkpflegewerke** erarbeitet. Die Kooperation mit der Leibniz Universität wird ausgebaut.

Darüber hinaus fördert Hannover die **gleichberechtigte und eigenständige Nutzung** öffentlicher Räume von Menschen mit und ohne Behinderung.



BesucherInnen entdecken den Stadtplan von morgen, 24. Juni 2015

Freiräume und extensive Grünflächen werden bei Bedarf als „Mitmachflächen“, Flächen für „urban gardening“ und für „Zwischennutzungen“ auf ihre Eignung geprüft und vorgesehen.

Begleitend müssen auch **Finanz- und Personalkonzepte** entwickelt werden, um die oben genannten Ziele umsetzen zu können. Maßnahmen im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit, Information und Beteiligung, Umweltbildung und grüner Pädagogik werden weiterentwickelt.

Hannover engagiert sich weiterhin für Biodiversität

Hannover **setzt die Programme** zur Steigerung der Biodiversität, zum Artenschutz und für mehr Natur in der Stadt weiter um.

Das **Agrikulturprogramm** unter anderem mit dem Ziel der Ökologisierung der Landwirtschaft wird erarbeitet und umgesetzt.

Für besonders **wertvolle Böden** wird ein **Kataster** zu ihrem Erhalt eingerichtet.

Das städtische **Forstbetriebswerk** wird umgesetzt, die städtischen Wälder sind nach hohen ökologischen Standards dreifach zertifiziert.

Klimaneutrale Stadt werden

Der **Masterplan 100 Prozent für den Klimaschutz** entwickelt das Zukunftsbild einer klimaneutralen Stadt und Region Hannover im Jahr 2050 und wurde im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses erarbeitet. Ziel ist es, bis zum Jahr 2050 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 95 Prozent und den Energieverbrauch um 50 Prozent zu senken. Die gesamte Stadtgesellschaft und auch die **Unternehmen** in Hannover **leisten ihre notwendigen Beiträge** zur Energieeinsparung und nutzen verstärkt regenerative Energien. Diesen Masterplan konsequent umzusetzen und somit auch unseren Beitrag zur Energiewende zu leisten, ist Aufgabe der kommenden Jahre. Folgende Einzelbausteine werden realisiert:



Engagierte Diskussion zur Frage „Wie wollen wir wachsen“, 24. Juni 2015

- Systematische Erarbeitung und Umsetzung von **Energiekonzepten für Quartiere und Gewerbegebiete** [Pilotprojekt Lister Damm]
- Konsequente Umsetzung **energierelevanter Maßnahmen** zum Beispiel bei baulichen und technischen Sanierungen, dem Neubau im Passivhaus-/Plusenergiestandard, dem Umbau des Energiesystems [verstärkter Einsatz regenerativer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung]
- Umsetzung und Fortschreibung der **energetischen Standards** der Stadt Hannover beim Bauen
- Fortführung des **Programms e.coSport** „Energetische Sportstättensanierung“
- Fortführung der **Energiesparprojekte** in Schulen und Kindertagesstätten
- Fortführung und Stärkung von proKlima-der enercity-Fonds
- Ausweitung von **Beratung** und Angeboten zum Klimaschutz
- Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien
- Programme und Maßnahmen zu ressourcenschonendem und energieeffizientem NutzerInnenverhalten
- Programme und Maßnahmen zur Schließung von Stoff- und Flächenkreisläufen und Abfallminimierung
- Unterstützung der Entwicklung von Suffizienzstrategien [für einen genügsamen, ressourcenschonenden Gebrauch von Gütern und Dienstleistungen und einen damit einhergehenden sparsamen Verbrauch von Stoffen und Energien]
- motorisierten Verkehr verringern, alternative Verkehrsmittel stärken [unter anderem Ausbau von Radwegen, Förderung E-Mobilität]

Unser Hannover 2030 hat mehr grüne Gärten auf den Dächern.
(mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Die Stadtverwaltung agiert bei allen genannten Punkten als Motor [AkteurInnen aus Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen] und Vorbild [Erarbeitung und Umsetzung des Konzeptes der klimaneutralen Stadtverwaltung].

Klimaanpassung voranbringen – Luft, Boden und Wasser schützen

Das Klima ändert sich weltweit. Damit verbundene Veränderungen werden insbesondere in dicht bebauten Städten erhebliche Auswirkungen für die Lebensqualität der EinwohnerInnen haben. Daher wird die **Anpassungsstrategie an den Klimawandel** umgesetzt. Klimaangepasste Stadtplanung sowie die Förderung von Dach-und Fassadenbegrünung und die Entsiegelung nicht mehr benötigter befestigter Flächen [zum Beispiel Verkehrsflächen] sind dabei wichtige Bausteine, unter anderem um besser vor Überflutungen nach Starkregen geschützt zu sein. Das Altlastensanierungsprogramm soll fortgeführt werden. Priorität haben Spielplätze, Kleingärten und Grünflächen. Brachflächen werden revitalisiert.

Zur Verminderung der verkehrsbedingten Luftbelastungen und zur Einhaltung der EU-Grenzwerte werden der Luftqualitätsplan fortgeschrieben und entsprechende Maßnahmen durchgeführt.

Beim Bauen im kommunalen Einflussbereich gelten die ökologischen Standards der Stadt Hannover.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

Der Stadtdialog und der intensive Dialog zum „Masterplan 100 Prozent für den Klimaschutz“ haben gezeigt, wie wichtig den HannoveranerInnen das Thema nachhaltige Entwicklung ist. Neben mehr **Information und Bildung** zu diesem Thema hat auch die Stärkung des **bürgerschaftlichen Engagements** eine besondere Bedeutung. Viele kreative Ideen und Projekte zielen auf einen nachhaltigen Konsum, einen nachhaltigen Lebensstil und die verstärkte Nutzung von Stoff- oder Flächenkreisläufen.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… fördert Bildung und bürgerschaftliches Engagement für nachhaltige Entwicklung, den nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensstile.
… ist Teil der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung und setzt die globalen Nachhaltigkeitsziele [2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung] auf kommunaler Ebene um.

FÜNF STRATEGIEN

Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern
Der Wunsch nach mehr Information und Bildung besteht nahezu an allen Orten. Zum einen, um Zusammenhänge besser zu erkennen, zum anderen, um Möglichkeiten für das eigene Handeln zu finden. Insofern wird die **Bildung für nachhaltige Entwicklung** und deren Zielsetzungen in der Verwaltung, aber auch in den Bildungseinrichtungen [Kitas, Schulen, Erwachsenenbildung] **weiter ausgebaut**. Die Stadt Hannover unterstützt lokale **Bildungsnetzwerke**, Organisationen, Initiativen sowie Pilotprojekte, die sich im Rahmen einer lebendigen Stadt(teil)-kultur der Bildung für nachhaltige Entwicklung widmen.



Wachstum heißt: in sich wachsen. Im Inneren wachsen: lernen, verinnerlichen, verdichten. Beschränken. Besonnen sein. Netzwerken. Gestalten. Spielen. Und Geduld haben.
(Tobias Kunze, Poetry Slam, 24. Juni 2015)

Die Landeshauptstadt fördert die **Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz** von Kindern und Jugendlichen in ihren Lebenszusammenhängen, stellt hierfür Räume zur Verfügung und unterstützt mit guten Beispielen die Integration in bestehende Bildungsprogramme. Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten wird die Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Förderung lebenslanger Lernprozesse integriert. Dazu gehören formales, non-formales und informelles Lernen.

Bürgerschaftliches Engagement [Teilhabe und Mitgestaltung] für die nachhaltige Entwicklung ermöglichen
Das eigene Engagement für eine nachhaltige Entwicklung ist für viele HannoveranerInnen wichtig. Daher **unterstützt die Stadt bürgerschaftliches Engagement und eine interkulturelle, generationenübergreifende, inklusive Teilhabe** für nachhaltige Entwicklung und stellt Ressourcen zur Verfügung. Auch werden Programme und Projekte – besonders in den Quartieren – unterstützt, die die Gestaltungskompetenz als Voraussetzung für Teilhabe und bürgerschaftliches

Engagement fördern. Ziel ist, dass die Menschen Eigeninitiative entwickeln und ihre Belange im Sinne des Gemeinwohls selbst in die Hand nehmen können.

Nachhaltige Lebensweisen in den Mittelpunkt rücken

Die hannoversche Stadtgesellschaft orientiert sich stark an einem ökologischen, sozial gerechten und nachhaltigen Lebensstil, auch im Sinne von „weniger ist mehr“. Auch das Teilen, das Reparieren statt etwas neu zu kaufen und das Tauschen werden zu einer gelebten Haltung der HannoveranerInnen. Unternehmen installieren Stoffkreisläufe, regionale Produkte [„made in Hannover“] werden vermehrt konsumiert, Nutzungen von Flächen und Gebäuden werden flexibel angelegt [zum Beispiel heute Kita, morgen Wohnhaus].



Wir haben dann ganz viele Bäume mit Äpfeln und Birnen und so anderes zu Essen. Dann nehmen wir nichts von zu Hause mit und haben trotzdem keinen Hunger. (Fünfjähriges Kind zum Kinderwald im Jahr 2030)

Die Stadt Hannover wird die **Vernetzung und den lokalen Austausch** zu nachhaltigen Lebensweisen fördern und unterstützen. Der Nachhaltigkeitsgedanke wird mehr und mehr **in die Projekte und Programme der Stadt integriert**.

Die **Verwaltung nimmt ihre Vorbildfunktion wahr** und setzt schrittweise eine nachhaltige, faire Beschaffung aller Produkte, die sie erwirbt, und in allen relevanten Bereichen um. Die Verwaltung benennt **klare Verantwortlichkeiten** und schafft Transparenz und intern die notwendigen Strukturen. Die Kompetenzen der MitarbeiterInnen für Nachhaltigkeitsfragen werden gefördert.

Global denken – lokal handeln

Die Stadt Hannover übernimmt Verantwortung für die globale, nachhaltige Entwicklung und **verpflichtet sich verbindlich zu deren Zielsetzungen**. Die globalen Nachhaltigkeitsziele [2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung[1]] werden **in die städtische Arbeit integriert**. Globale Partnerschaften beziehungsweise Projekte zu globalen Nachhaltigkeitsthemen werden gestärkt [zum Beispiel in Kooperation mit Klimabündnis, kommunalen Klimapartnerschaften, Städtepartnerschaften]. Hierzu wird der **Austausch** mit kommunalen, regionalen, nationalen und internationalen Netzwerken und Plattformen sowie den kommunalen Spitzenverbänden auf Augenhöhe **intensiviert**. Lokale Akteure wie Organisationen, Verbände, Schulen, Kirchen, Unternehmen, Universitäten sowie Netzwerk-Strukturen und Initiativen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren, werden in ihren Bestrebungen unterstützt. Besondere **kommunale Projekte oder Programme** [wie „Hannover handelt fair“, „Ökoprofit Hannover“, „Masterplan 100 Prozent für den Klimaschutz“] werden im Hinblick auf eine noch stärkere Bewusstseinsbildung für mehr globale Gerechtigkeit gestärkt. Erfolgreiche Projekte aus der Stadtgesellschaft werden als „Gute Beispiele“ in den Netzwerken und Plattformen kommuniziert. Besonders spannend ist der Einfluss der **verschiedenen Kulturen und Nationalitäten** auf das lokale Handeln – die Erfahrungen und das Wissen werden genutzt und so die Zusammenarbeit mit Ländern des globalen Südens[2] ausgebaut.

Ich kann auf vieles achten und auch kritisch prüfen, ob ich bestimmte Dinge wirklich brauche, wie ich Ressourcen sparen kann. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Nachhaltigkeitsmanagement etablieren

Die Verwaltung erarbeitet ihre **Programme** querschnittsorientiert und dezernatsübergreifend im fachlichen Austausch und **ausgerichtet an den Zielen der Nachhaltigkeit** mit ihrer ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimension. Die kommunale Nachhaltigkeitsstrategie wird als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankert. Hierzu nutzt sie als Steuerungsinstrument ein kommunales **integriertes Nachhaltigkeitsmanagement**.

REFERENZPROJEKTE

Umweltgerecht leben heißt, bei sich selbst anzufangen und vor der eigenen Tür zu kehren. Es reicht nicht, immer nur nach oben zu schauen und neue Gesetze zu fordern. Vieles kann man einfach selbst machen.
(mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

1| Gewerbeflächenentwicklung in einer wachsenden Stadt
Angesichts der knappen Flächenressourcen müssen gewerblich genutzte Gebiete effizient und zukunftsweisend entwickelt werden. Dazu gehören die Beseitigung von Leerstand und Brachen, die bessere innere Organisation der Gebiete und die Weiterentwicklung zu nachhaltigen Gewerbegebieten unter den Gesichtspunkten Energieeffizienz, Klimaschutz und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen. Dabei werden unterschiedliche Konzepte für einzelne Gebiete mit verschiedenen Schwerpunkten entwickelt, um die jeweiligen Potenziale zu optimieren. Geprüft werden soll auch, ob und wie eine Durchmischung „Gewerbe und Wohnen“ ermöglicht werden kann.

2| Marketing für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort
Das Multimediaportal www.wissen.hannover.de ist das Leuchtturmprojekt der Initiative Wissenschaft Hannover. Acht Hochschulen, vier hochschul- und forschungsnahe Einrichtungen sowie die Stadt werben gemeinsam mit Filmen, Fotoreihen und Downloads für Studium, Lehre und Forschung in Hannover. Durch die Weiterentwicklung und Internationalisierung dieses crossmedialen Instruments sollen das Marketing für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort gestärkt und bildungsaffine Erwachsene für Hannover gewonnen werden.

3| Exzellenzinitiative
Die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder geht voraussichtlich 2018 in die dritte Runde. Mit den Exzellenzclustern Rebirth, Hearing4all und Quest konnte der Wissenschaftsstandort Hannover in den vergangenen Jahren erhebliche Drittmittel akquirieren und zahlreiche hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen beziehungsweise sichern. Die Stadt unterstützt Hochschulen und forschungsnahe Einrichtungen in der Bewerbungsphase bis 2018.



Plan der Stadt 2030 aus Kindersicht, Workshop 5. Mai 2015

4| Willkommenskultur für internationale Studierende
Hannover hat sich in den vergangenen Jahren stark für die Willkommenskultur internationaler StudentInnen engagiert und wurde daher zur Pilotregion einer Studie der Bertelsmann Stiftung gewählt. Bis Ende 2016 soll in Hannover mit regionalen AkteurInnen ein Handlungsprogramm zu Sprachförderung, Integration, Wohnen, Antidiskriminierung sowie „Study and Stay“ entwickelt werden. Ein bundesweites Netzwerk sichert den Austausch zu best-practice-Beispielen.

5| Freiraumentwicklungskonzept
Das Freiraumentwicklungskonzept ist ein mittel- bis langfristiges Planungsinstrument zur Sicherung und zukunftsfähigen Gestaltung des Grünflächensystems. Dazu gilt es, zukünftige Anforderungen zu definieren, wie zum Beispiel gute Erreichbarkeit, klimagerechte Gestaltung oder inklusive Nutzbarkeit, und Strategien für die Freiräume Hannovers zu entwickeln. Das Ziel- und Maßnahmenkonzept, das am Ende des verwaltungsinternen Abstimmungsprozesses steht, soll mit Berufsverbänden, der Öffentlichkeit und der Politik diskutiert und anschließend sukzessive umgesetzt werden.

6| Hannover Meeting Planet

Hannover hat als Messe- und Kongressstandort national und international bereits eine durchaus positive Entwicklung aufzuweisen.

Die zukünftigen Chancen und Möglichkeiten sind hierbei besonders im Kongressgeschäft von einem national und international stark wachsenden Wettbewerb und einer immer differenzierteren thematischen Spezialisierung der Kongressstädte geprägt.

Damit Hannover seine bereits realisierte Position unter den Top Ten-Kongressstädten in Deutschland halten und weiteres Ausbaupotenzial entwickeln kann, ist von der Deutschen Messe AG und dem Hannover Congress Centrum [HCC], in enger Kooperation mit der HMTG, die Marketingplattform „The Meeting Planet Hannover“ entwickelt worden.

Diese soll Bekanntheitsgrad und Möglichkeiten des Kongressstandortes weiter ausbauen und vor allem auch international intensiv platzieren sowie dabei besondere Kompetenzfelder Hannovers, wie zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft, als Kongressthemenumfeld in den Fokus nehmen.

1 Die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 verabschiedeten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele
2 Entwicklungs- und Schwellenländer

2 WOHNEN, VERSORGEN, MOBILITÄT UND BAUKULTUR

Wie machen wir Hannover zu einem Zuhause für viele?

Der Wandel der Innenstadt vom grauen Image einer 1970er Jahre Stadt hin zu einer Großstadt mit menschlichem Maßstab und mit hohen urbanen Qualitäten fällt deutlich auf. Dazu haben insbesondere die Maßnahmen des Innenstadtkonzeptes City 2020+ beigetragen. Die Umgestaltung des Trammplatzes ist ein Beispiel dafür, dass es gelingen kann, die Trennwirkung des Cityringes zu vermindern und die Verbindungen zur Innenstadt zu stärken.
(Kommentar zu einem City-Spaziergang)

Hannover wächst. Seit 2011 kommen zwischen vier- und fünftausend neue EinwohnerInnen jährlich hinzu. Wesentlich für das **Wachstum** ist die stark gestiegene **Zuwanderung aus dem Ausland**. Seit Anfang 2011 wird diese verstärkt durch Zuzüge von Flüchtlingen hervorgerufen. Ende 2015 hatte die Stadt zirka 4.200 Flüchtlinge untergebracht. Für 2016 ist die Erwartung deutlich höher.
Für eine Aussage, wie lange die Menschen hier bleiben und wie hoch der Anteil derer ist, die für immer in Hannover leben werden, fehlt zurzeit die Erfahrung. Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft können diese große Aufgabe nur gemeinsam lösen. Zweifellos aber wird die Entwicklung der Auslandszuwanderung und der Flüchtlingszahlen Auswirkungen auf die notwendige Weiterentwicklung des Wohnstandorts Hannover haben. Eine wesentliche Grundlage für die Integration besteht in der Herausforderung, **angemessenen Wohnraum** zu schaffen – sowohl rasch verfügbare Unterkünfte für die Ankommenden, als auch Wohnungen für die dauerhaft hier bleibenden Nah- und FernwanderInnen. Bereits heute ist der Wohnungsmarkt angespannt: Insbesondere kleine und große und barrierefreie beziehungsweise -arme Wohnungen im preiswerten Segment fehlen. Diese Situation betrifft nicht nur Zugewanderte, sondern auch andere, bereits hier lebende Personengruppen wie von Armut Betroffene, Wohnungslose und junge Menschen und Familien. Neben der Zuwanderung ist die Alterung der Gesellschaft eine Herausforderung für den Wohnungsmarkt. Möglichst lange selbstbestimmt wohnen und leben zu können, ist der Wunsch der meisten Menschen. Daher besteht der Anspruch, möglichst viele barrierearme oder barrierefreie Wohnungen im Angebot zu haben.

Das **Wohnkonzept 2025** [siehe unten] ermittelte in den Jahren 2012/2013 für Hannover einen Neubaubedarf bis zum Jahr 2025 von jährlich rund 610 Wohneinheiten, um die wachsende Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen. Gegen Ende des Jahres 2015 wurde eine aktuelle Haushaltsprognose errechnet, die den Neubedarf bei 1.050 Wohneinheiten pro Jahr sieht. Der größte Bedarf zeichnet sich bei großen und kleinen, preiswerten und barrierefreien beziehungsweise -armen Wohnungen ab. Der im Wohnkonzept 2025 prognostizierte Neubaubedarf wird angesichts der anhaltenden Zuwanderung sowohl aus Deutschland, der EU und aus internationalen Krisengebieten nicht ausreichend sein.

In meinem Hannover 2030 sind die Freiräume in der City nicht komplett bebaut. Und es gibt schöne Plätze.
(Beitrag auf Zitat-Wand)

Die wachsende Stadt benötigt entsprechend **„mitwachsende“ Versorgungsstrukturen und mitwachsende soziale Infrastruktur**. Grundsätzlich ist Hannover heute gut versorgt. Sowohl in der City, als auch in den Quartieren finden sich Versorgungseinrichtungen für den täglichen oder den besonderen Bedarf. Wobei in den Quartierszentren eher der tägliche Bedarf in unterschiedlichem Umfang abgedeckt wird. In der Regel sind die Versorgungseinrichtungen gut erreichbar. Auch die positive Entwicklung der Kaufkraft trägt dazu bei, dass die Standorte sich gut entwickeln können. Inwieweit der zunehmende Internethandel zu Veränderungen der Einkaufslandschaft in den Zentren führen wird, ist derzeit noch nicht

absehbar. Die HändlerInnen werden vermehrt sowohl im Internet als auch vor Ort im Ladengeschäft aktiv sein. Die wachsende Stadt und die älter werdende Gesellschaft werden ebenfalls zu Veränderungen in der Einkaufslandschaft führen.

Es ist gut, dass neue Wohnquartiere in der Innenstadt entstehen. Projekte wie der Klagesmarkt mit ihrer lebendigen Mischung und modernen Architektur bieten ideale Voraussetzungen für urbanes Leben und Wohnen. Vor der Haustür pulsiert das Leben. Viele Wege lassen sich zu Fuß erledigen. Gleichzeitig ist es grün und auch an das Wohnen mit Kindern ist gedacht. Wichtig ist das Angebot insbesondere auch preisgünstiger Wohnungen. So können viele Wohnwünsche erfüllt werden und lebendige Nachbarschaften entstehen.
(Kommentar zu einem City-Spaziergang)

Für viele HändlerInnen ist die gute **Erreichbarkeit** ihres Standortes von maßgeblicher Bedeutung. Auch für andere ArbeitgeberInnen spielt die Anbindung an die regionalen und überregionalen **Verkehrsnetze** eine wichtige Rolle. Und **umweltfreundliche Mobilitätsformen** zu nutzen – sei es auf dem Weg zur Arbeit oder beim Transport von Waren – ist der Stadtgesellschaft zunehmend wichtig. Hier gilt es, noch mehr „**Umdenken**“ zu erreichen und gezielt auf ressourcenschonende Mobilität zu setzen. Dabei muss auch der **gleichberechtigte, barrierefreie Zugang** zu Mobilität gewährleistet werden. Im Bereich Mobilität wird sich in den kommenden Jahren viel verändern. So werden technische Innovationen Standard werden, mehr umweltfreundliche Mobilitätsformen werden vertreten sein und Mobilität wird anders „funktionieren“ als heute. Abrufbare flexible Angebote und Dienstleistungen werden den individuellen Bedarf erfüllen.

In einer Wachstumsphase verbunden mit mehr Nachfrage nach Flächen für Wohnen, Versorgung, Arbeitsplätze, Infrastrukturen und Mobilität erhält die **Baukultur einen besonderen Stellenwert**. Sie **prägt das Bild der Stadt**, leistet Beiträge zur **Identifikation** und ist wesentlich für das Leben und Wohlfühlen in der Stadt. Die Baukultur hat nicht nur die Stadtbildpflege im Blick, sie umfasst die „gebauten Lebensräume“. Diese Lebensräume werden sich weiter wandeln und die Stadtgesellschaft wird und soll an diesem Wandel mitwirken. Daraus wird sich eine **neue, eine andere Dialog- und Planungskultur** entwickeln, die vor allem zum Ziel hat, gemeinsam Verantwortung für die Verbesserung unserer Lebensräume zu tragen.

Zum Weiterlesen: Bevölkerungsprognose 2014 bis 2025/2030, Wohnkonzept 2025, Innenstadtkonzept City 2020+, Masterplan Mobilität 2025, Leitbild Radverkehr 2025, Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2011

WOHNUNGEN FÜR ALLE SCHAFFEN

Der Hannoversche Wohnungsmarkt zeichnet sich zurzeit durch nach wie vor vergleichsweise **moderate Mieten und Immobilienpreise** aus, obwohl die Preissteigerungen bei Neu- und Wiedervermietung und auch beim Verkauf von Wohnimmobilien deutlich angezogen haben. In einzelnen stark nachgefragten Quartieren kommt es zu Engpässen, insbesondere bei großen und kleinen Wohnungen. Die Leerstandsquote zeigt ebenfalls eine Verknappung auf dem Markt an. Trotz einer positiven Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit in den vergangenen Jahren hat Hannover vergleichsweise geringe Baufertigstellungen, die sich 2014 auf 673 Wohneinheiten beliefen. Mit dem **Wohnkonzept 2025** verfolgt die Landeshauptstadt **mehrere Strategien, um den Wohnungsbau anzukurbeln und den Wohnungsmarkt positiv zu beeinflussen**.



Stadtbaurat Uwe Bodemann im Publikumsgespräch; Veranstaltung „Smart Mobil“, 6. Juli 2015

Das Thema „Wohnen“ hat einen großen Raum im Stadtdialog eingenommen. Letztlich betrifft es alle, viele sehen durch steigende Mieten die Gefahr, dass Menschen aus ihren Quartieren verdrängt werden. Deshalb stand an erster Stelle im Stadtdialog das Ziel, **Wohnen bezahlbar zu halten**. Das Wohl der Allgemeinheit soll im Zentrum stehen. Angebote von privaten und öffentlichen Anbietern sollen so „austariert“ sein, dass die vielfältigen Wohnwünsche und Möglichkeiten realisiert werden können. Auch plädieren die TeilnehmerInnen am Stadtdialog für

eine Entwicklung von Flächen und Wohnbauprojekten im Dialog. Gemischte Wohnmodelle [zum Beispiel mit Bauträgern, kommunalen Unternehmen, Privaten] könnten realisiert werden. Auch die intensivere weitere Zusammenarbeit mit der Region Hannover soll dazu beitragen, genügend Wohnraum in und um Hannover zu schaffen. Und viele weitere Ideen wurden formuliert, die in den nachfolgenden Zielen und Strategien enthalten sind.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… bietet zukunftssicheren, qualitätsvollen, bezahlbaren, inklusiven und barrierefreien Wohnraum für alle Nachfragegruppen.
… hat gut funktionierende und versorgte Quartiere, die vom konstruktiven Dialog aller AkteurInnen vor Ort gestärkt werden.

VIER STRATEGIEN

Wohnungsneubau voranbringen



Palettenbühne im Möhringsberg Park, Juni 2015

Hannover wächst – und benötigt zusätzlichen, bezahlbaren Wohnraum, um eine Verdrängung von Menschen aus ihren Quartieren zu vermeiden. Der Wohnungsneubau soll – soweit dies möglich ist – dem Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung folgen. Dies wird nicht überall gelingen, da die freien, nutzbaren Flächen begrenzt sind. In Folge dessen müssen künftig auch freie Flächen, Brach- oder Grünflächen für den Wohnungsneubau herangezogen werden. Dies kann jedoch nur unter Abwägung aller im Hinblick auf diese Flächen konkurrierenden Nutzungsansprüche untereinander geschehen. Ohne Neubau – auch durch zusätzliche Flächeninanspruchnahme – wird der Wohnungsmarkt zunehmend angespannter. Zu spüren wird dies vor allem in steigenden Mieten sein, die wiederum zu Verdrängung von Menschen aus ihren Quartieren führen können. Diese Entwicklung will Hannover vermeiden und setzt daher auf die **Konsensfähigkeit** der Nachbarschaften bei Neubauprojekten. Folgende Schritte sollen den Wohnungsneubau voranbringen:

Ich sehe schon, dass es viele in die Ballungszentren zieht und dort dann der Wohnraum knapp wird und die Mieten steigen. Das ist ein Problem. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

- Fortführung der **Wohnbauflächeninitiative**, um Baurecht für mindestens 500 bis 700 Wohnungen jährlich zu schaffen, Sichtung weiterer Flächen für den Wohnungsbau
- **Prüfung und wenn nötig Korrektur dieses Mengengerüstes** für Neubau; bei anhaltender Nachfrage angemessene Dichte für Neubaugebiete prüfen
- Wie bereits zur künftigen Entwicklung der Gewerbeflächen an anderer Stelle vorgeschlagen, könnte für den Wohnungsneubau eine **Lockerung** des Gebotes der **Sicherung von Gewerbegebieten** sinnvoll sein. Gleichzeitig müsste der Grundsatz, keine neuen Gewerbegebiete auszuweisen, in gleichem Umfang aufgehoben werden.
- Förderung innovativer **Wohnprojekte**, zum Beispiel Baugemeinschaften, integrative und inklusive Wohnprojekte, Bauträgermodelle, Innungswohnungsbau, Werkswohnungsbau

Hannover wächst, aber keiner will, dass vor der eigenen Haustür gebaut wird. Das finde ich schwierig. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Preiswertes Wohnen gewährleisten

- Fortführung und bei weiterem Bedarf Aufstockung der zur Zeit laufenden **kommunalen Wohnungsbauförderung**
- Fortführung der **Belegrechtspolitik** [Überprüfung Belegrechtsverzicht, Verlängerung/Neuabschluss von Verträgen]
- **Kritische Überprüfung von Baustandards** [zum Beispiel Zahl der Stellplätze], um das Wohnen bezahlbar zu halten

Mein Hannover 2030 hat ein gutes Angebot an bezahlbarem Wohnraum. (Beitrag auf Zitat-Wand)

- Fortführung und Weiterentwicklung **laufender Förderprogramme und -kulissen** [Stadtumbau, Stadtsanierung], zum Beispiel zur Umsetzung der Barrierefreiheit
- Erarbeitung eines **Förderprogrammes zur Akquisition von Wohnungen für die Flüchtlingsunterbringung**

Wohnungsbestand entwickeln

- Weiterentwicklung der kleinräumigen **Wohnungsmarktbeobachtung**
- Fortführung des **Baulückenkatasters** zur Sichtung vorhandener Potenziale für den Wohnungsneubau
- Mehr **Nutzungsmischung** wagen. Durch eine kontinuierliche Beobachtung der Siedlungsflächen und ihrer Nutzung lassen sich Nutzungsänderungen, Leerstände, brach fallende Flächen über den gesamten Stadtkörper erfassen und gleich hinsichtlich einer weiteren Nutzung bewerten. So können Flächen nach unterschiedlichen Kriterien wie Verfügbarkeit, Planungserfordernis, Sanierungsbedarf gefiltert und dargestellt werden. Dieses Erhebungsinstrument ermöglicht, weitere Flächenpotenziale zu identifizieren sowie flächenadäquate Qualifizierungsverfahren für eine Wohnnutzung einzuleiten.

Den Dialog fortführen

Der Wunsch nach einer **gemeinsamen Entwicklung des Wohnungsmarktes** war im Stadtdialog deutlich zu hören. Künftig kommt der Kommunikation, der Kooperation und der Beratung der AkteurInnen eine noch größere Bedeutung zu. Die Stadt hat eine „**Wohnungsbauoffensive 2016**“ ins Leben gerufen. Hier werden insbesondere mit der Wohnungswirtschaft Strategien entwickelt, um den steigenden Wohnraumbedarf zu decken. Gleichzeitig werden soziale, demographische und energetische Anforderungen berücksichtigt. Die Frage nach sozialem Wohnungsbau und bezahlbaren Mieten ist zu klären.

Über die „Wohnungsbauoffensive 2016“ hinaus wird der Dialog durch die informelle **Beteiligung** der EinwohnerInnen bei größeren Wohnbaugebieten fortgesetzt und weiterentwickelt.

Es gilt, an allen Standorten eine Versorgung sicherzustellen und dies nicht nur aufs Zentrum zu beschränken. (Uwe Bodemann, Stadtbaurat der Landeshauptstadt Hannover)

Die Landeshauptstadt Hannover strebt die Erarbeitung eines regionalen Wohnkonzeptes in Kooperation mit der Region Hannover und den Nachbarkommunen an. Dadurch soll auch eine „**Arbeitsteilung**“ im Hinblick auf bezahlbares Wohnen entstehen. Energieeffizienz und Klimaschutz sind ebenso Themen wie das Wohnen im Alter und mit Behinderung. Nicht zuletzt soll es um nachhaltiges und kostenbewusstes Planen und Bauen gehen.

VERSORGUNG STADTWEIT STÄRKEN – IN DER INNENSTADT UND IN DEN STADTTEILEN

Die **Quartiere** haben im Stadtdialog einen besonderen Stellenwert eingenommen. Sie sind die „Keimzellen“ der Stadt. Die Quartiere **qualitätsvoll weiterzuentwickeln**, war Wunsch aller Teilnehmenden am Stadtdialog. Neben dem Thema **Wohnen** spielt auch die **Versorgung** – vor allem mit den Dingen des täglichen Bedarfs – eine wesentliche Rolle. Von einer neuen Definition der **Daseinsvorsorge** im Quartier, die auch den Auf- und Ausbau sowie die Bereitstellung sozialer Infrastrukturen umfasst, wurde gesprochen. Damit ist vor allem gemeint, dass die Versorgungsinfrastrukturen in den Quartieren einerseits mit dem Wachstum der Stadt Schritt halten und sich andererseits an die wandelnden Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Die gute **Erreichbarkeit** von medizinischen Einrichtungen, von Bildungs- und Kultureinrichtungen, von Sport- und

Freizeitarealen aber auch den Läden und Geschäften zur täglichen Versorgung ist für die meisten Menschen am wichtigsten. Neu hinzu kam im Stadtdialog auch der Wunsch nach mehr **Gemeinsamkeit**, nach der Stärkung lokaler Gemeinschaften, Nachbarschaften, nach mehr Integration und Inklusion.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… lebt durch die starke Innenstadt und die starken Zentren in den Stadtteilen.
… hat eine gute, wohnortnahe Versorgung.

DREI STRATEGIEN

Überregionale Bedeutung der Innenstadt ausbauen

Die Innenstadt ist der **wichtigste Einkaufsstandort** Hannovers und mit einem Einzugsgebiet von etwa 1,5 Millionen EinwohnerInnen von überregionaler Bedeutung. Der innerstädtische Handel steht vor der Herausforderung, den stetig **wachsenden Online-Handel** und die Einzelhandelsstandorte gleichermaßen zu entwickeln. Darüber hinaus ist die Innenstadt auch Schwerpunkt für Kultur, Gastronomie, Freizeit, zahlreiche Dienstleistungsangebote und nicht zuletzt auch Wohnstandort. Der **Erneuerungsprozess**, der durch die Ansiedlung der Ernst-August-Galerie eingeleitet wurde, hat zahlreiche weitere private Investitionen in Neu- und Umbauten in der City ausgelöst. Markengeschäfte mit großer Anziehungskraft haben sich in der Folge angesiedelt. Parallel dazu wurde der öffentliche Raum durch Platzgestaltungen, Lichtkonzepte und Straßenumbauten attraktiver. Die **Neuaufstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes** soll Antworten finden und Strategien erarbeiten, um die Innenstadt auch unter der Herausforderung und Konkurrenz durch den Online-Handel weiterzuentwickeln und in ihrer Position zu stärken. Weitere **1-B-Lagen** in der City sollen **aufgewertet** werden, damit der Einzelhandel hier einen langfristig tragfähigen Standort findet.



Der digitale Wandel greift (unaufhaltsam) in unser Leben, unser Verhalten und dementsprechend auch in unser Einkaufsverhalten ein. (Prof. Dr. Ewald Wessling, Hochschule Hannover, Fakultät für Medien, Information und Design)

Quartiere durch eine gute Versorgungsinfrastruktur stärken

Auf konzeptioneller Ebene wird das **Einzelhandels- und Zentrenkonzept** zunächst bewertet und aktualisiert [Integration eines Bausteins zu Vergnügungsstätten]. Überprüft werden sollen insbesondere die zentralen Versorgungsbereiche. Als ein neuer Baustein des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes soll ein **Nahversorgungskonzept** erarbeitet werden, das sich speziell mit der (Nah-) Versorgungslage in den Stadtteilen und deren Verbesserung auseinandersetzen wird. Das Konzept soll die Inwertsetzung von mindergenutzten beziehungsweise leerstehenden Objekten beleuchten und Möglichkeiten zur Nachverdichtung im Bestand ausloten. Die **Stadtteilzentren** aus den 1960er- bis 1980er-Jahren entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Hier gilt es, Veränderungen und Neuorganisationen umzusetzen. Ziel ist es, kompakte, zukunftsfähige Zentren zu gestalten, die „auf kurzem Weg“ **erreichbar** sind. Dies ist auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels mit zunehmender Alterung der Gesellschaft erforderlich. Sofern städtebauliche oder funktionale „Brüche“ diesem Ziel im Weg stehen, sollen diese Barrieren beseitigt werden.
Wesentlich für die Stärkung der Quartiere sind der **Dialog und die Zusammenarbeit** mit den EinzelhändlerInnen, Standortgemeinschaften, AkteurInnen sowie EinwohnerInnen vor Ort zu neuen Ideen. Auch die Zusammenarbeit mit der Region Hannover ist wesentlich, auch zukünftig wird es darum gehen, den Konsens zu großflächigen Einzelhandelseinrichtungen „an den Stadtgrenzen“ herzustellen.

Die Stadtteilzentren der Stadt Hannover sind essentiell für die Versorgung der Stadt. (Dennis M. Bohnecke, Vorstandsvorsitzender der City-Gemeinschaft)



Viele neue Investitionen im Handel haben (in Hannover) ein neues, gewandeltes und zeitgemäßes Bild beim Nutzer erzeugt. Es gilt, auch in Zukunft neue Investitionen in die Stadt anzustoßen. (Martin A. Prenzler, Geschäftsführer, City-Gemeinschaft Hannover)

Einzelhandelsentwicklung unterstützen und steuern

Die **Unterstützung und Steuerung** der Entwicklung des Einzelhandels wird fortgeführt. Dabei wird es darauf ankommen, neue Trends im Einzelhandel [wie click and collect, Einkaufs-Apps, Verknüpfung Internethandel und stationärer Handel, Show-Rooming, pop-up-store] zu berücksichtigen und ihre Auswirkung auf den stationären Einzelhandel zu beobachten. Auch müssen die Stadtteil- und InnenstadthändlerInnen verstärkt individuelle Lösungen für ihren Onlinehandel finden.

Der **Dialog und die Kooperation** mit Unternehmen, City- und Standortgemeinschaften, Stadtteil-Wirtschaftsinitiativen sowie EinzelhandelsvertreterInnen werden fortgeführt.

Für die **EinzelhändlerInnen** ist eine **gute Erreichbarkeit ihrer Standorte** wesentlich. Die Frage, ob dies nur gewährleistet ist, wenn ausreichend Stellplätze für Pkw „direkt vor der Haustür“ vorhanden sind, hat der Stadtdialog differenziert bewertet. Die wohnortnahe Versorgung, die auf kurzem Weg erreichbar ist, hat für viele heute einen größeren Stellenwert, als der Parkplatz vor dem Supermarkt. Insofern ist hier gemeinsam nach innovativen Lösungen zu suchen.

Ein besonderes Augenmerk wird auf der **Stärkung der Vermarktung von regionalen Produkten** [zum Beispiel durch Bauernmärkte] liegen. Da dies in den großen Einzelhandelsketten kaum beeinflussbar ist, sollen Räume – wohnortnah und gut erreichbar – für HändlerInnen mit regionalen Waren geschaffen werden. Voraussetzung für deren erfolgreiches Agieren ist die Unterstützung durch die Stadtgesellschaft; das heißt, auch hier muss eine Sensibilisierung in Richtung Wertschätzung und Erwerb regionaler Produkte erfolgen.

NACHHALTIGE MOBILITÄT VORANBRINGEN



„Städtebau im Dialog“ – per Bus die Stadt erfahren, 16. Juli 2015

Zum Thema Mobilität wurde im Stadtdialog sehr breit gefächert diskutiert: EinzelhändlerInnen, UnternehmerInnen, ArbeitgeberInnen möchten eine perfekte **Anbindung** ihrer Standorte an die Verkehrsnetze. Anlieferung und Transport von Waren sollen reibungslos laufen. BewohnerInnen der Innenstadt wünschen sich ein Mehr an **umweltfreundlichen, leisen** und **platzsparenden Mobilitätsformen**. Menschen in den äußeren Stadtbezirken wollen schnelle, gute und durchgehende **Verbindungen** in die Stadt und das Umland. Auf den ersten Blick sind diese unterschiedlichen Anforderungen nicht miteinander vereinbar. Für die Zukunft sind die Menschen gefordert, stärker auf umweltfreundliche Mobilitätsformen zu setzen. Der individuelle motorisierte Verkehr ist großer Verursacher von Emissionen. Veränderungen sind erforderlich, um **Beiträge zum Klimaschutz** und zur Energiewende zu leisten. Hier ist Hannover auf einem guten Weg – aber noch nicht am Ziel. So muss unter anderem auch für den Wirtschaftsverkehr eine klimafreundliche Lösung gefunden werden.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… bietet allen eine gleichberechtigte Teilhabe am gut ausgebauten, erreichbaren, ressourcenschonenden, sicheren und weitgehend barrierefreien Mobilitätsangebot.
… zeichnet sich durch einen ausgeglichenen Mobilitätsmix aus.

FÜNF STRATEGIEN



Es ist eine altbekannte Tatsache, dass dichtere Städte bessere Bedingungen haben, eine leistbare und auch wirklich funktionierende öffentliche Verkehrsinfrastruktur aufzubauen.
(Prof. Helga Weisz, Humboldt-Universität zu Berlin)

Umweltfreundliche Mobilitätsformen stärken

Der Masterplan Mobilität weist den Weg: Hannover wird die umweltfreundlichen Mobilitätsformen und die Nahmobilität in der Stadt deutlich stärken. Ein wichtiger Baustein ist es, den **Radverkehr** mit dem Ziel auszubauen, 25 Prozent und mehr der Wege mit dem Fahrrad zurückzulegen. Bereits heute wird das Rad mehr und mehr benutzt. Die Radverkehrsinfrastruktur muss mit den steigenden Bedarfen „mitwachsen", das heißt, der Radverkehr benötigt mehr Raum. Spezielle Aktionsprogramme können hier förderlich wirken. Durch die stärkere Nutzung von E-Bikes, die mit höheren Geschwindigkeiten unterwegs sind, und Lastenrädern verändern sich die Ansprüche. Da der Raum in der Stadt nicht unbegrenzt und einfach verfügbar ist, muss über die „Verteilung" des städtischen Raumes neu nachgedacht und diskutiert werden. Dies ist ein langfristiger Prozess, der noch mehr Umdenken bei den VerkehrsteilnehmerInnen und ein „Mitwachsen" der Infrastruktur erfordert. Auch hierbei wird es sehr auf den Dialog in der Stadtgesellschaft ankommen.

Ich kann selbst entscheiden, mehr öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, mehr Rad zu fahren und das Auto mit anderen zu teilen. Und für Hannover sehe ich eigentlich das Fahrrad als das Verkehrsmittel der Zukunft.
(mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Die Stadt Hannover will mehr Menschen davon überzeugen, dass der öffentliche Nahverkehr oder auch der Fuß- und Radverkehr gute Alternativen zum motorisierten Individualverkehr [MIV] sind. „**Push- and Pull-Strategien**" zur Stärkung von Mobilitätsalternativen sollen geprüft werden. Die räumlichen Ziele sind gut und schnell erreichbar, Nahmobilität zu Fuß und mit dem Rad ist einfach und sicher, die öffentlichen Verkehrsmittel sind barrierefrei zu nutzen, sie sind schnell und komfortabel. Die Nahverkehrsangebote sollen noch stärker auf die Bedarfe der NutzerInnen zugeschnitten werden.

Hannover wird sich stärker um die Etablierung von „**Shared Mobility**" kümmern. Teilen statt besitzen. Immer mehr HannoveranerInnen wollen schnelle und flexible Lösungen für den Weg von A nach B ohne hohe Anschaffungskosten und Parkplatzsuche. Über entsprechende Online-Plattformen oder Mobilitäts-Apps werden Autos, Fahrräder oder Mitfahrgelegenheiten geteilt. Vernetzt mit dem öffentlichen Verkehr entstehen attraktive Angebotsmodelle.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Förderung der **E-Mobilität**. Hier will Hannover den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Fahrräder voranbringen. Auch der städtische Fuhrpark wird auf mehr Elektromobilität umgerüstet. Im ÖPNV sollen noch mehr Busse auf umweltfreundliche Antriebsformen umgestellt werden. Und auch der Lieferverkehr in der City soll vermehrt durch Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Antrieben abgewickelt werden.

Weniger Autos! Aber natürlich brauchen auch Autos ihren Platz, aber es muss nicht überall geparkt werden dürfen.
(mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Sofern sich das Mobilitätsverhalten wie oben beschrieben verändern wird, kann das auch Einfluss auf den Flächenbedarf für den ruhenden Verkehr haben. Dies könnte eine Parkraumbilanz erforderlich machen.

Der **Lärmaktionsplan** sowie der **Luftqualitätsplan** werden fortgeschrieben.

Barrierefreiheit stärken – Verkehrssicherheit erhöhen

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im Hinblick auf Mobilität ist für alle EinwohnerInnen wichtig. Sie gewährleistet eine gute Zugänglichkeit zu Mobilität und schafft mehr Möglichkeiten zur freien Verkehrsmittelwahl. Die gesetzlich vorgeschriebenen Standards werden umgesetzt, bei darüber hinausgehenden Standards wird zwischen dem tatsächlichen Erfordernis und den zusätzlichen Kosten abgewogen.

Die Erhöhung der **Verkehrssicherheit** ist eine weitere wesentliche Aufgabe der Landeshauptstadt. Die Unfallstatistik weist darauf hin, dass Kinder und SeniorInnen besonders gefährdet sind. Auch die Unfälle mit Stadtbahnen sind auffällig. Es gilt, vorhandene gute Projekte fortzuführen [„Gib mir Acht"], neue Sicherheitskonzepte zu entwickeln und mehr Informations- und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Verkehrs- und Mobilitätsmanagement ausbauen – Smart City stärken
Hannover wird das **Verkehrs- und Mobilitätsmanagement** ausbauen. Dazu gehört, die Nachfrage nach Mobilität auf Basis vorhandener Infrastrukturen optimal zu bedienen und die Infrastrukturen entsprechend der Nachfrage anzupassen. Multi- und Intermodalität[1] bestmöglich zu gewährleisten, ist wesentliches Ziel. Grundlage hierfür ist eine genaue Kenntnis der Nachfrageseite und die Einschätzung, wie sich diese Nachfrage in den kommenden Jahren entwickeln wird, zum Beispiel durch den demographischen Wandel, eine veränderte Verkehrsmittelwahl oder auch durch andere Arbeitsformen [Homeoffice und ähnliches]. NutzerInnen werden künftig eher am Zugang zu Mobilität sowie an Mobilität als Dienstleistung interessiert sein, als am Fahrzeugbesitz. **Innovative Technologien** wie Car-to-Car Communication [C2C], die Kommunikation vom Auto zu einer Verkehrszentrale [C2X], autonomes Fahren oder eine „Hannover-App Mobilität" werden dabei Einfluss auf die Mobilität haben. Diese verschiedenen Faktoren gilt es, zu einem Verkehrs- und Mobilitätsmanagement auszubauen.

Der multimodalen Mobilität gehört die Zukunft. Verfügbare Mobilitätsdienstleistungen werden digital gebündelt und von den NutzerInnen per Smartphone für die persönliche Routenplanung eingesetzt. (Norbert Kindt, Marktentwicklung und Partnerschaften, moovel GmbH)

Die **Zusammenarbeit mit der Region**, mit Bund und Land, mit Wirtschaft und Wissenschaft ist zielführend, Partnerschaften werden weiterentwickelt.

Wirtschaftsverkehr optimieren
Für große wie kleine Unternehmen und Einzelhandelsbetriebe ist die **Erreichbarkeit** von entscheidender Bedeutung. Sie benötigen eine gute Anbindung an die übergeordneten Infrastrukturen [Autobahn, Schnellstraßen, Wasserstraßen, Flughäfen]. Unternehmenserweiterungen oder Verlagerungen erfordern Veränderungen der Infrastruktur – hier wird rechtzeitig mit allen Beteiligten nach **konsensfähigen Lösunge**n gesucht.

Die **City-Logistik/Urbane Logistik** hat insbesondere für die großen und kleinen Einzelhandelsfirmen in der Innenstadt und den Stadtteilzentren eine wichtige Funktion. Aber nicht nur für diese, schließlich dient der Lieferverkehr der täglichen Versorgung der EinwohnerInnen. Auch hier müssen „stadtverträgliche" und „unternehmensverträgliche" Lösungen gefunden werden. Neue Lieferkonzepte und der Einsatz alternativer Fahrzeuge wie Lastenfahrräder und E-Mobile kommen hier in Frage.

Ich wünsche mir, dass einige Ampelschaltungen noch optimiert werden, nicht nur für Autos, sondern auch für Radfahrer und Fußgänger. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Verkehrsinfrastrukturen erhalten
Basis für Mobilität ist eine **gut erhaltene Verkehrsinfrastruktur**. In den vergangenen Jahrzehnten konnten Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen nicht immer im notwendigen Umfang durchgeführt werden, so dass ein größerer **Nachholbedarf** entstanden ist. Dieser Rückstand kann nur sukzessive aufgeholt werden, indem **jährlich Mittel des kommunalen Haushaltes in den Erhalt der Verkehrsinfrastrukturen investiert werden**. Dabei müssen **Prioritäten** gesetzt werden, da die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind. Die Stadt hat für den Straßenbau das mittelfristige Sonderprogramm „Grunderneuerung im Bestand" [GIB] aufgelegt, welches auf aufwändige Neuplanungen verzichtet. Das Programm und die enthaltenen Straßen werden in den Stadtbezirksräten der Politik sowie den AnliegerInnen vorgestellt.

MEHR BAUKULTUR FÖRDERN

84 Prozent des Volksvermögens sind in Immobilien gebunden – ein gutes Argument, diese Werte zu bewahren und zu entwickeln. (Rainer Nagel, Vorsitzender der Bundesstiftung Baukultur)

Warum ist Baukultur wichtig? Baukultur beeinflusst die **Lebensqualität** aller in der Stadt und ist mehr als „schicke Architektur". Sie betrifft die „gebauten Lebensräume". Und stellt Fragen, wie wir in Zukunft leben wollen, wie unsere Stadt aussehen soll, wie man in ihr lebt. Baukultur stiftet **Identität**. Und sie kümmert sich um **Qualitäten von öffentlichen Räumen**, von Infrastrukturen, von Mischungen in den Stadtquartieren und auch um die **Planungskultur**. Insofern erlebt jede und jeder die Baukultur hautnah, hat eigene Vorstellungen von der Stadt der Zukunft und will diese in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs einbringen.

EIN ZIEL – MEIN HANNOVER 2030 …

… lebt Baukultur durch gemeinsame Verantwortlichkeit für die Qualität des Stadtbildes und des öffentlichen Raumes sowie durch einen lebendigen Diskussionsprozess in der Stadtgesellschaft.

ZWEI STRATEGIEN

Mehr Qualität in öffentlichen Räumen erreichen
Hannover wird weiter an der **Qualifizierung** der öffentlichen Räume, der stadtbildprägenden Gebäude und Objekte arbeiten. Durch die Tradition als Residenzstadt und den Wiederaufbau nach dem Krieg geprägt will die Stadt stärker an ihrer **Gestalt**, ihrer **Identität** arbeiten. Hierzu werden **Nutzungs- und Gestaltungskonzepte** erarbeitet [zum Beispiel City-Ring, Innenstadt, Stadteingangsstraßen, Stadtteile]. Für stadtbildprägende Räume oder Gebäude werden **Wettbewerbsverfahren** oder konkurrierende Verfahren initiiert, um eine möglichst große Bandbreite an Gestaltungsmöglichkeiten zu beleuchten. In diese werden die Anforderungen von **Nachhaltigkeit** und **Klimaschutz und Klimaanpassung** einbezogen. Das **Stadtplatzprogramm** wird fortgeführt. Das **Innenstadtkonzept Hannover City 2020+** hat wichtige Impulse für die Entwicklung der Innenstadt gesetzt. Diese werden nun weiter in die **Realität** umgesetzt.



„Städtebau im Dialog" – per Bus die Stadt erfahren, 16. Juli 2015

Für ein Mehr an Baukultur müssen auch Verwaltung und Verantwortliche **qualifiziert** werden. Solche Prozesse benötigen eine gute Vermittlung und entsprechend sensibilisierte **VermittlerInnen**. Auch im Zusammenspiel mit anderen Städten und Gemeinden wird Hannover auf die Stärkung der **baurechtlichen Grundlagen** für die Baukultur und die Stärkung beziehungsweise Rückgewinnung öffentlicher Aufgabenträgerschaft hinwirken.

Dialogprozesse stärken
Ein Mehr an Baukultur kann nur im **Dialog in und mit der Stadtgesellschaft** erreicht werden. Die Stadt will weitere und neue Modelle zur Erarbeitung und Vermittlung von stadtgestalterischen Konzepten entwickeln. Auch die intensivierte **Zusammenarbeit** von Bauverwaltung und den Bildungseinrichtungen in der Landeshauptstadt soll hier neue Impulse bringen. Der **Fachdialog** mit ExpertInnen soll vertieft werden.

SPORTSTADT HANNOVER – FIT FÜR 2030

Die Stadtgesellschaft befindet sich in einem stetigen Wandel. Die demographische Entwicklung, Zuwanderungen und Veränderungen bei Bedürfnislagen von Familien, Kindern, Jugendlichen und SeniorInnen erfordern eine prozess- und zukunftsorientierte Herangehensweise in der Sportentwicklungsplanung, um auch

Mein Hannover 2030 spielt „Rubgy" inne Herrenhäuser Gärchten!
(Hannöverscher Sportler-Wunsch)

im Jahre 2030 eine gut aufgestellte, moderne und innovative Sportstadt zu sein. Als übergreifende Themen sind **Integration, Inklusion und Teilhabe im Sport** immens wichtige gesellschaftliche Aufgaben, die im Bereich des Sports bei allen Überlegungen eine Rolle spielen.

Hannover arbeitet an der **Sportentwicklungsplanung**, in die eine umfassende Bestandsaufnahme, Befragungen und der Stadtdialog eingeflossen sind. Daraus lassen sich folgende Ziele ableiten:

DREI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… ist ein ganzheitlicher „Sportraum", der allen Zugang zu Sport und Bewegung ermöglicht und die Teilhabe aller – auch im Sinne der Inklusion – fördert.
… hat moderne, bedarfsorientierte und barrierefreie Sportinfrastrukturen.
… verfügt über aktive, gut vernetzte Sportvereine, die Ort für die ganze Familie und ein starkes ehrenamtliches Engagement sind.

STRATEGIEN

Mit welchen Strategien diese Ziele verfolgt werden, wird in dem weiteren Bearbeitungsprozess festgelegt.

REFERENZPROJEKTE UND REFERENZRÄUME

Auf den Flachbauten mehr Grünbedachung und insgesamt mehr Farbenfreudigkeit stünde unserer Stadt gut zu Gesicht!
(Kommentar zur Bustour Süd-West, 16. Juli 2015)

1| Hannoversche Wohnungsbauoffensive 2016
Um die erhöhte Nachfrage der kommenden Jahre decken zu können, muss der Wohnungsneubau forciert werden. Daher wurde die Hannoversche **Wohnungsbauoffensive 2016** ins Leben gerufen. Sie dient dazu, Ziele und Zielzahlen zu formulieren, die dafür notwendigen Instrumente zu benennen und die jeweiligen Verantwortlichkeiten festzulegen. Für den Zeitraum bis 2030 verständigen sich die **PartnerInnen** in der Offensive auf gemeinsame Ziele und bekennen sich verbindlich zu deren Umsetzung. Im Baustein „Kommunikation-Kooperation-Beratung" des Wohnkonzeptes 2025 ist bereits der Vorschlag zur **Ausweitung des Wohnungsmarktdialogs** enthalten. Auch im Dialog „Mein Hannover 2030" wurde eine Wohnungsbauoffensive als gemeinsame Anstrengung für mehr Wohnungsbau in der Stadt Hannover eingefordert. Mit der Wohnbauflächeninitiative und der kommunalen Wohnbauförderung schafft die Stadt bereits durch die Bereitstellung von Baurecht die planerische **Voraussetzung** für die Erhöhung der Neubaurate und Möglichkeiten, Wohnungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen zu bauen. Mit der Hannoverschen Wohnungsbauoffensive 2016 sollen sich alle AkteurInnen verstärkt für die Realisierung des erforderlichen Bauvolumens einsetzen.

2| Wohnkonzept 2025 fortschreiben
Die vier Programmelemente
- Wohnungsneubau ankurbeln
- preiswertes Wohnen gewährleisten
- Wohnungsbestand entwickeln
- den Dialog fortführen

des Wohnkonzeptes 2025 werden fortgeführt.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Entwicklung von Wohnbauflächen für den Wohnungsneubau. Hierbei besteht zum einen die Anforderung, das heutige Mengengerüst vor dem Hintergrund der wachsenden Nachfrage neu zu bewerten.

Die Bemühungen, Wohnraum in gewachsenen Strukturen zu entwickeln, sind besonders reizvoll.
(Kommentar zur Bustour Süd-West, 19. Mai 2015)

Der Wohnstandort Hannover soll auch zukünftig die Bedürfnisse der unterschiedlichen Nachfragegruppen zufriedenstellen. Neben dem Anspruch, preiswerten Wohnraum vorzuhalten, besteht daher ebenso das Ziel, möglichst vielfältige Wohnflächenangebote für alle Wohnungsmarktsegmente zu machen. Die potenziellen Flächen müssen in ihrer jeweils gegebenen Qualität [Lage, Ausstattung, spezifischer Charakter und so weiter] und Eignung für unterschiedlichen Wohnungsbau bewertet werden. Nicht jede Fläche ist für jede Art von Wohnungsbau gleich gut geeignet, so dass Wohnbauflächenentwicklung in der Stadt nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch der Qualitäten ist. Das kommunale Wohnbauförderprogramm wird weitergeführt.

Das Wohnkonzept wird mit dem Zeithorizont 2030 fortentwickelt und in regelmäßigen Zeitabständen überprüft.

3| Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes [inklusive Nahversorgungskonzept]

Die Gleichzeitigkeit von Onlinehandel und stationärem Handel sehe ich als Kriterium und als Weg, den wir in Zukunft gehen müssen.
(Uwe Bodemann, Stadtbaurat, Landeshauptstadt Hannover)

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wurde im Jahr 2006 zusammen mit Fachleuten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft erarbeitet und 2011 per Ratsbeschluss in Kraft gesetzt. Es stellt die verbindliche Grundlage für die Steuerung der Einzelhandelsentwicklung dar. Im Rahmen des Prozesses „Mein Hannover 2030“ hat sich gezeigt, dass das Konzept der Überarbeitung und Weiterentwicklung bedarf. Das System der Zentren sowie der zentralen Versorgungsbereiche mit den Ergänzungs- und Entwicklungsbereichen soll auf den Prüfstand gestellt werden. Veränderungen in der Einzelhandelslandschaft [neue Märkte, Schließungen, Umbau von Standorten] müssen nachvollzogen werden. Die Überarbeitung soll von einem Beteiligungsprozess begleitet werden. Besondere Berücksichtigung sollen die Auswirkungen des zunehmenden Online-Handels auf den stationären Handel finden. Die Zentrenstruktur und die zentralen Versorgungsbereiche werden aktualisiert. Ferner werden die bisherigen Ziele und Grundsätze zur Steuerung der Einzelhandelsentwicklung auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft. Als besonderer Baustein wird ein Nahversorgungskonzept erarbeitet. Aus der Auswertung der Vollerhebung wird stadtteilgenau die Situation der Versorgung der EinwohnerInnen mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs analysiert. Maßnahmevorschläge werden abgeleitet, um eine flächendeckende fußläufige Versorgung in den Quartieren langfristig sicher zu stellen.



„Nahversorgung – lokal und online – wie funktioniert das?“ Sascha Stille, REWE Markt GmbH; Veranstaltung „Gut versorgt“, 1. Juni 2015

4| Cityring 3.0

Der Cityring zwischen Aegidientorplatz und Brühlstraße kann zukünftig ein Ort mit hohem Potenzial für urbanes Erlebnis, beschleunigte Fahrradmobilität, Aufenthalt im Grünen und neue städtebauliche Entwicklungen werden, wobei die heutige Leistungsfähigkeit für den Autoverkehr erhalten bleibt. Dies ist für den Abschnitt zwischen Aegidientorplatz und Brühlstraße in vorbereitenden Untersuchungen für den Planungsprozess „Hannover City 2020+“ und durch mehrere Baustellen in diesem Bereich belegt worden. Der Cityring ist ein beispielhafter städtischer Raum, in dem die Ziele und Strategien der Themenfelder Wohnen, Versorgen, Mobilität und Baukultur umgesetzt werden und eine Reparatur der „autogerechten Stadt“ ermöglicht wird.

Als Boulevard umfährt er die westliche Innenstadt und wird sowohl für leistungsfähigen, tangentialen Radverkehr als auch für den Fußgänger- und den Autoverkehr genutzt. Die Flächen ergeben sich aus einer Reduzierung von Fahrspuren zugunsten anderer Verkehrsarten und dem Gewinn an Aufenthaltsqualität. Durch

den neuen Cityring wandelt sich der Raum zu einem attraktiven Promenadenring um die Kernstadt. Er kann ein neuer Baustein im vorbildlichen Grünsystem Hannovers werden. Durch die Aufwertung erhöht sich auch die Lagegunst für neue städtebauliche Entwicklungen und Verknüpfungen in die Stadtteile. Für Wohnen und Arbeiten kann der Cityring zukünftig zur hervorragenden Adresse werden.

Die Mobilität 2030 wird bunter, vielfältiger, vernetzter, multimodaler aber auch menschlicher als heute sein. Insbesondere die Politik ist gefragt, die Weichen hierfür richtig zu stellen.
(Dr. Wolfgang Haller, SHP Ingenieure Hannover)

5| Verkehrseffizienz und Stadtverträglichkeit beim Umbau von Verkehrsanlagen

Es ist eine große Herausforderung und wesentlicher Aspekt beim Umbau vorhandener Verkehrsanlagen, sowohl die Verkehrseffizienz als auch die Stadtverträglichkeit zu gewährleisten.

Möglichkeiten müssen aufgezeigt werden, wie die Verkehrsanlage für die zu erwartende Verkehrsbelastung bedarfsgerecht, aber auch stadt- und landschaftsverträglich ausgebaut werden kann. Dabei sollen urbane Räume neu geordnet, Barrieren in der Stadtstruktur überwunden, Quartiere auf städtischer Ebene besser vernetzt und die Lebensqualität in den angrenzenden Wohnquartieren gesteigert werden. Denkbare Projekte sind die städtebauliche Integration des Südschnellweges zwischen Landwehrkreisel im Westen und Bahnanlagen im Osten oder die Integration des Westschnellweges in Linden. Die Weiterentwicklung dieser Visionen in Zusammenarbeit mit den Straßenbaulastträgern ist eine langfristige Zielsetzung der Stadt- und Verkehrsplanung.

6| Entwicklung und Aufbau eines Verkehrsmanagementsystems

Das umfassende und verkehrsartenübergreifende Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystem sichert zukünftig, dass vorhandene Verkehrsinfrastrukturen und Kapazitäten effizient genutzt werden sowie die Erreichbarkeit der Stadt gesichert wird. Die Kommune bleibt handlungsfähig gegenüber kommerziellen Aktivitäten und Interessen.



„Stadtverträglich mobil – wie geht das?“ Maria Wass-Danielsen, Stadt Kopenhagen, Projektleiterin; Veranstaltung „Smart Mobil“, 6. Juli 2015

Aufbauend auf einem Verkehrsinformationssystem wird steuernd und lenkend in die vorhandene (Verkehrs-) Nachfrage eingegriffen. Optimierte Verkehrsabläufe reduzieren Fahrzeitverluste, fördern die Wirtschaft am Standort, dämpfen die Kosten und erhöhen die Verkehrssicherheit. Proaktive Steuerungsmöglichkeiten helfen, Immissionsgrenzwerte einzuhalten und bei planbaren Ereignissen wie Großveranstaltungen Vorsorge zu treffen.

Das Mobilitätsmanagement informiert über Mobilitätsalternativen und verändert die Verkehrsnachfrage. Die Vernetzung aller Verkehrssysteme – Kraftfahrzeug, Rad, öffentlicher Verkehr, zu Fuß, Shared Mobility – führt zu individueller und intelligenter Multi- und Intermodalität im Privat- und Wirtschaftsverkehr. Kooperative Systeme werden selbstverständlicher Bestandteil einer smarten städtischen Mobilität der Zukunft. Emissionen und andere negative Effekte der Mobilität werden vermieden oder verringern sich, eine nachhaltige, effiziente, sozial- und umweltverträgliche Mobilität wird ermöglicht.

1 Multimodalität beschreibt ein Verkehrsverhalten, das durch die Verwendung verschiedener Verkehrsmittel im Verlauf eines Zeitraumes, der üblicherweise mehrere Wege beinhaltet, gekennzeichnet ist. Intermodalität ist dagegen definiert als die Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel im Verlauf eines Weges. [Quelle: http://www.forschungsinformationssystem.de/servlet/is/354077/, Abruf am 1.10.2015]

3 BILDUNG UND KULTUR

Wie schaffen wir gute Bildung und lebendige Kultur?

Kultur und Bildung sowie die zugehörigen Infrastrukturen sind wesentliche Standortfaktoren Hannovers. Hier kann Hannover punkten, da von der Bildung und Betreuung von Kindern in Krippen, Kindertagesstätten und Schulen bis zur Ausbildung an Universität oder im Betrieb, von der berufsbegleitenden Ausbildung bis zur Erwachsenenbildung ein **vielfältiges Angebot** bereit steht. Das gilt auch im Kulturbereich der Landeshauptstadt von der Stadtteilkultur, vielen kulturellen Kleinoden bis hin zu den großen Museen und Bühnen. **Bildung und Kultur** sind der Stadt wichtig, da beide prägend für die Kreativitäts- und Persönlichkeitsbildung des Menschen sind.



Die Kultur der Städte ist einer der wichtigsten Faktoren für ein Gelingen Europas als einem Europa der Regionen. (Prof. Dr. Oskar Negt, Soziologe und Philosoph)

Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, den **Zugang zu Bildung** als ein Grundrecht sicher zu stellen, unabhängig von Alter, finanziellen Möglichkeiten, kulturellem Hintergrund und sozialem Status. Keine Frage – hier hat Hannover in den vergangenen Jahren viel geleistet. Trotzdem bleiben noch viele Aufgaben für die Zukunft: Im verdichteten Stadtgebiet wird es zunehmend schwieriger, weitere **Flächen** für Kindertagesstätten und Bildungsinfrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Die **Sprachförderung** muss weiter ausgebaut werden. Weitere Grundschulen wollen zu **Ganztagschulen** entwickelt werden. Und die wachsende Stadt braucht auch ein **„Mehr" an Bildungseinrichtungen**. Zudem wird weiter an der **inklusiven Stadt** gearbeitet, die Integration von Menschen, die zuwandern, wird eine wachsende Aufgabe werden.

Mit Blick auf die **Kulturlandschaft** kann Hannover auf wirkliche **Highlights** verweisen: Herrenhäuser Gärten, Museen, Theater, Bühnen, Feste und Festivals und vieles mehr. Die **Profilschärfung** der Kulturlandschaft steht dabei für die AkteurInnen als wichtige Zukunftsaufgabe an. Auch die Förderung des Nachwuchses benötigt weitere Anstrengungen.

Bildung und Kultur wurden im Stadtdialog sehr intensiv und mit ganz unterschiedlichen Facetten beleuchtet. Wie wichtig Bildung und Kultur auch für das Zusammenleben in der Stadt sind, haben nahezu alle Diskussionen gezeigt. **„Kultur und Bildung sind Lebensmittel"** – so können Bedeutung und Diskussionsintensität am besten auf den Punkt gebracht werden.

Zum Weiterlesen: Bildungsplan 2009, Schulentwicklungsplanung 2015, Grundschulentwicklungsplanung 2015, Einführung der inklusiven Beschulung in Hannover 2011, Ausbau der Qualität der Ganztagsgrundschulen 2015, Masterplan zur Entwicklung der Museen 2015, City of Music 2014, Werkstattberichte „Hannover ist Kultur" 01-08 [Tanz, Jazz, Chor, Stadtteilkultur, Theater, Kleinkunst, Literatur, Bildende Kunst] 2013-2015

AUF INDIVIDUELLE BILDUNGSBIOGRAFIEN SETZEN



Marlis Drevermann, Kultur- und Schuldezernentin (re) im Gespräch mit Cathrin Rose, Ruhrtriennale 2012-2014; Veranstaltung „Welche Kultur braucht Hannover?“, 24. Februar 2015

Bildung ist ein wesentliches Kriterium für die **Zukunftsfähigkeit** einer Stadt wie für ihre Standortattraktivität – gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Zuwanderungssituation und der generell wachsenden Bevölkerungszahl in Hannover. In den vergangenen Jahren wurden rund 40 bis 50 Millionen Euro jährlich in die Bildungsinfrastruktur investiert. So konnten Krippen und Kindertagesstätten bedarfsgerecht angepasst werden, Schulen saniert und zu Ganztagsschulen ausgebaut und außerschulische Lernorte teilweise ertüchtigt werden. Die Volkshochschule hat ein neues Gebäude erhalten. Neben baulichen Investitionen wurde auch in die **pädagogischen Programme** investiert: Mehr Personal in Kindertagesstätten [dritte Kraft], Förderung der Nachmittagsbetreuung in Grundschulen, Stadtteilmütter, „Rucksackmütter“ in Kindertagesstätten und Grundschulen, Maßnahmen zur Berufsorientierung und Sprachförderung. Angesicht der wachsenden Zahl von Menschen – sowie der sich stark verändernden Bildungsansprüche **erhält kommunale Bildungsarbeit einen besonderen Stellenwert.**

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… bietet eine integrierte und inklusive sowie nachfragegerechte Bildungsinfrastruktur, die die individuelle Bildungsbiografie unabhängig von der Herkunft und den unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen in den Mittelpunkt stellt und Vielfalt zur städtischen Identität macht.
… ermöglicht Bildung für alle von der Kindertagesstätte bis ins Erwachsenenalter.

DREI STRATEGIEN

Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen [zum Beispiel eine gute Ausstattung, Medienentwicklung, Ferienbetreuung, Mittagessen] und vernetzte Angebote der kulturellen Bildung. Und sie braucht Zeit und Freude. Alle müssen daran mitwirken, dass Bildungseinrichtungen angstfreie Räume sind, in denen Lernen Spaß macht und Verschiedenheit als Bereicherung gesehen wird.

„Das Beherrschen der deutschen Sprache ist ein Schlüsselelement, um sich angenommen und „heimisch“ fühlen zu können“. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Bildungsinfrastruktur bedarfsgerecht anpassen
Die Bildungsinfrastruktur muss in der erforderlichen **Quantität und Qualität** an die wachsende Stadt angepasst werden. Dies bedeutet, dass mehr EinwohnerInnen auch ein **Mehr an Bildungsinfrastruktur** erfordern. Die **wohnortnahe** Versorgung mit Bildung steht dabei im Mittelpunkt. Werden neue Wohngebiete geschaffen oder leben künftig mehr EinwohnerInnen im Quartier, muss auch die Bildungsinfrastruktur mitwachsen. Da die vorgeschalteten Planungsprozesse zum Teil größere Zeiträume benötigen, muss dies von Beginn an mitgedacht und mitgeplant werden.

Die Schulen werden langfristig zu **Ganztagsschulen** ausgebaut. Diese werden wohnortnah in der Gesamtstadt zu finden sein. Um die Schulen zu inklusiven Schulen umzugestalten, werden die sogenannten **Standardraumprogramme** angepasst. Die Schulplanung trägt dem pädagogischen Anliegen der Schulen Rechnung, sich in inklusive Ganztagssysteme zu entwickeln, die in entsprechenden Räumen binnendifferenziert arbeiten können.



Frauke Heiligenstadt, Nds. Kultusministerin, (re) diskutiert über die Frage „Wie schaffen wir gute Bildung?“, 16. März 2015

Bibliotheken als Bestandteil der Bildungsinfrastruktur haben nach wie vor einen hohen Stellenwert. Sie sind wichtige Kommunikations-, Wissens- und Informationsorte und werden mit ihrem Medienangebot auch zusehends zu informellen und selbstgesteuerten Begegnungs- und Bildungsorten. Sie bieten niedrigschwellig und kostengünstig Bildungsangebote wie „Babys in Bibliotheken“, „Lesestart“ oder Hausaufgabenhilfe. Sie bieten ruhigen Arbeitsraum für SchülerInnen und Erwachsene, einen selbstbestimmten Lernort für Menschen mit Zuwanderungshintergrund und für Menschen mit Behinderungen, außerdem Kontakte zu Gleichgesinnten mit gleichen Lerninteressen [Medienplätze]. Familien schätzen dieses Angebot sehr. Bibliotheken werden ebenfalls mit der wachsenden Stadt mitwachsen.

Individuelle Bildungsbiografien in den Mittelpunkt stellen

Kein Kind soll verloren gehen, jedes Kind soll die bestmögliche Bildungsunterstützung erfahren. Dies gelingt, wenn die **individuellen Bildungsbiografien** in den Mittelpunkt der Bildungspolitik gestellt werden. **Sprachförderkonzepte** der Bildungseinrichtungen gehören in den Kanon der Schulentwicklung wie auch die Berufsorientierung spätestens ab Klasse 7. Um Sprachförderkonzepte umzusetzen und die **Sprachnetzwerke** zu unterstützen, müssen genügend **qualifizierte SprachlehrerInnen** ausgebildet, aber auch Kooperationen für die Sprachanwendung initiiert werden. Hierzu ist die enge Abstimmung mit den Finanzierungsinstrumenten von Bund [Erwachsenenbildung] und Land [Schulbildung] erforderlich.

Es wäre falsch, an der Bildung zu sparen. Hannover wünsche ich mir als ein Zentrum für Bildung.
(mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

PartnerInnen aus Kultur, Sport, Jugendhilfe und anderen. sowie Eltern werden eingebunden, um die individuelle Bildungsunterstützung bestmöglich und gemeinsam zu leisten. Dabei übernehmen **Stadtteil- und Bildungsnetzwerke** wichtige Aufgaben und werden besonders gefördert.

Der individuelle Bildungserfolg hängt auch von der Gestaltung der **Übergänge** von der Kindertagesstätte in die Grundschule, in die weiterführende Schule, in Ausbildung, Studium oder Beruf ab. Diese Übergänge werden künftig besser und individueller gestaltet, so dass jedes Kind die optimalen Startbedingungen erhält. Der Förderung individueller Bildungsbiografien kommt dabei große Bedeutung zu.

Um diese Aufgaben gemeinsam mit den AkteurInnen zu lösen, wird ein **Bildungsbüro** bei der Stadt ins Leben gerufen. In diesem Bildungsbüro sind VertreterInnen der Schulverwaltung sowie abgeordnete LehrerInnen tätig, die die Veränderung der Schulen unterstützen. Sie nehmen sich der Gestaltung der Übergänge von der Kindertagesstätte in die Schule, von der Grundschule in die weiterführende Schule sowie in Studium oder Beruf an.



SchülerInnen präsentieren Ergebnisse des Jugendpanels; Veranstaltung zu Kultur- und Bildungsnetzwerken in Stadtteilen, 5. Mai 2015

Lebenslanges Lernen unterstützen

In der Weiterbildung wird über eine **Akademie für Erwachsene der Volkshochschule** ein bildungsberatendes Konzept in die Wirklichkeit umgesetzt. Sprache und Alphabet lernen, Integrationskurse und die Schule der zweiten Chance für formale Abschlüsse nutzen, sind wesentliche Eckdaten für eine Stadtgesellschaft, die nachhaltige Teilhabe und Einwanderung meistern will. Die BildungspartnerInnen sowie Hochschulen werden in dieses Konzept einbezogen.

Im Bereich der Erwachsenenbildung gilt einmal mehr, die Förderkulisse ziel- und zielgruppengerecht umzusteuern. Hier wird in einem **Modellprojekt** mit Stadt, Region, Land und Arbeitsagentur gezeigt, wie diese **Umsteuerung der Ressourcen** sinnvoll erfolgen kann. Eine Akademie für Erwachsene soll über das zentrale

Angebot „Bildungsberatung“ den individuellen Bildungsgang mit den Bildungsangeboten verknüpfen.

EINRICHTUNGEN FÜR KULTUR UND BILDUNG IM QUARTIER UNTERSTÜTZEN



Ergebnisseite des Jugendpanels zu Bildung und Kultur

Hannovers Quartiere sind gut mit kulturellen und Bildungseinrichtungen ausgestattet. Für jede Altersgruppe finden sich **individuelle Angebote**, die auch intensiv genutzt werden. Unverzichtbar sind die unterschiedlichen **PartnerInnen** im Quartier, die Einrichtungen und Netzwerke betreiben, sozusagen am Puls der Zeit sind. Mit ihnen zusammen werden die Angebote **bedarfsorientiert entwickelt**. Ziel ist, kreative Potenziale, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement zu fördern – direkt vor Ort.

Die Stadtteilkultureinrichtungen sind intensive **Netzwerker**: Sie verabreden gemeinsame Entwicklungswege, entwickeln Themen und Formate, betreiben eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und ihr Marketing. Diese wertvolle Arbeit gilt es auch künftig zu **unterstützen**, so dass die AkteurInnen **selbstorganisiert** und **bürgernah** arbeiten können. Sie leisten wichtige Beiträge zur Förderung demokratischer Prozesse in den Quartieren, zur Beteiligung und Teilhabe.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… hat vielfältige Kultur- und Bildungsangebote in den Quartieren für alle und mit allen und schafft „Häuser für Ideen“.
… „netzwerkt“ in den Quartieren, um Kultur und Bildung gemeinsam zu gestalten, aber auch gemeinsam die Verantwortung hierfür zu tragen.

ZWEI STRATEGIEN

Kulturelle und Bildungsinfrastruktur umbauen
Die kulturelle und bildungsorientierte Infrastruktur muss **umgebaut** werden, um den Ansprüchen von Multifunktionalität, Aufenthaltsqualität und Teilhabemöglichkeiten zu entsprechen. Hierzu gehören die Schaffung von **Begegnungs- und Diskussionsräumen**, die **Barrierefreiheit** und die stärkere **Öffnung** zum Quartier, um mögliche Hemmschwellen abzubauen. Insbesondere „Wissens“-Einrichtungen wie Stadtteilbibliotheken benötigen Medienkonzepte, um Ressourcen optimal zu nutzen und sich auf die künftigen Anforderungen ihrer NutzerInnen einzustellen.

Lernen ist wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaftsordnung und man kann es nicht verkürzen. Dieses Ausruhen, dieses Anhalten der Zeit, ist wesentliches Element jeden Reformeifers.
(Prof. Dr. Oskar Negt, Soziologe und Philosoph)

Infrastrukturen im Quartier gemeinsam entwickeln
Ganz wesentlich beim Umbau der Infrastruktur ist, diesen **gemeinsam** mit den Menschen vor Ort zu entwickeln. Im Rahmen von **Beteiligungsformaten** wie Stadtteilkonferenzen sollen gemeinsame Ziele, Engagement und Potenziale diskutiert und abgestimmt werden. Wichtig ist, die NutzerInnen der Einrichtungen in diese gemeinsamen Entwicklungsprozesse einzubeziehen.

Um diese Beteiligungsprozesse zu organisieren, brauchen die Einrichtungen ein professionelles **Netzwerkmanagement**. Dieses wird finanziell unterstützt, die AkteurInnen können sich qualifizieren. Die MitarbeiterInnen der Netzwerke müssen mit einem „Mandat“ der NutzerInnen ausgestattet sein, so dass sie akzeptiert sind und Verantwortung wahrnehmen können.

KULTUR MIT ALLEN

Mein Hannover 2030 ist ein Tummelplatz für kreative und innovative Köpfe. (Beitrag auf Zitat-Wand)

Kultur ist in der Landeshauptstadt Hannover **„Lebensmittel" und Leuchtturm**. Sie stiftet **Identität** nach innen wie nach außen. In Hannover sind KünstlerInnen, KulturmanagerInnen und KulturvermittlerInnen herzlich willkommen. Sie sind im engagierten Dialog, um **unverwechselbare Profile** und Formate zu entwickeln und **Kultur mit allen** zu gestalten. Hannover bewahrt und schafft Räume für Kultur, Kunst und KünstlerInnen und ist offen für neue Wege.

Hannover ist ein nationaler und **internationaler Kulturplatz** und darauf bedacht, das Kulturerbe zu **bewahren** sowie für die Zukunft einzusetzen, wie auch das **Neue** und den Nachwuchs zu fördern. Die intensive Zusammenarbeit zwischen den kulturellen Einrichtungen gehört zu den besonderen Markenzeichen Hannovers. Exzellenzen finden in Hannover ebenso Beachtung wie das Breitenengagement. Mit diesem Spektrum stellt sich Hannover dem internationalen Wettbewerb. Die kulturwissenschaftliche Entwicklung wird weiter ausgebaut. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen lässt neue kreative Ideen entstehen.

VIER ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… ist eine starke, strahlende und anziehende Kulturstadt mit vielen engagierten AkteurInnen und trägt dies selbstbewusst nach innen und nach außen.
… pflegt die kulturellen Netzwerke und den Kulturdialog auf allen Ebenen.
… setzt sich mit vielen Bewerbungen national und international durch, um sich als Kulturstadt zu profilieren und zu positionieren.
… braucht für Kunst und Kultur Mäzenatentum und ehrenamtliches Engagement.

DREI STRATEGIEN

Kulturlandschaften Hannovers gestalten und Leuchttürme strahlen lassen
Mit den AkteurInnen der Kulturlandschaften werden die **Dialoge** fortgeführt, um Stärken und Entwicklungspotenziale zu erörtern. Insbesondere die Fähigkeit der Kulturschaffenden und -managenden, sich gegenseitig durch **Netzwerkarbeit** zu unterstützen, ist fruchtbar. Gemeinsam kann so das „Kulturprofil" von Hannover geschärft werden, zu dem folgende Felder gehören:



SchülerInnen präsentieren Ergebnisse des Jugendpanels; Veranstaltung zu Kultur- und Bildungsnetzwerken in Stadtteilen, 4. Mai 2015

- **Herrenhausen**: Ist ein bedeutender, ausgezeichneter Ort der Gartenkunst und Landschaftsgestaltung. Gleichzeitig sind die Gärten Bühne für Kunst und Kultur, von der Breite bis zur Spitze. Mit dem Schloss wird Herrenhausen auch als Wissen[-schafts]standort profiliert. Das Bündnis von Gartenkultur und Kunst soll durch Stärkung der Wissenschaft weiter gefördert werden.
- **Bildende Kunst und Museen**: Die Stadt unterstützt den Umbau der Museen, die Aktivitäten des Kunstvereins, pflegt und fördert Kunst im öffentlichen Raum, unterstützt gemeinsame Vorhaben wie „Made in Germany", schafft verschiedene Räume wie Ateliers aber auch Ausstellungs- oder Fortbildungsräume, die KünstlerInnen nutzen können. Die Stadt entwickelt ein „Raumsystem" für KünstlerInnen ohne Atelier [temporär beziehungsweise dauerhaft als Kooperation verschiedener KünstlerInnen und Sparten].
- **Theater, Varieté**: Das „Theaterpädagogische Zentrum" wird zu einem „Kulturpädagogischen Zentrum" weiterentwickelt und umgebaut.



Arbeitstisch; Veranstaltung zu Kultur- und Bildungsnetzwerken in Stadtteilen, 4. Mai 2015

- **Musik**: Die junge Musikszene wird in der Entwicklung der Sparte Jazz besonders gefördert. Im Standort Christuskirche wird das Internationale Chorzentrum für Kinder und Jugendliche realisiert.
- **Literatur**: Gemeinsam mit den HauptakteurInnen der Literaturszene wird ein neues Veranstaltungsformat „Hannover liest …" entwickelt und realisiert.
- **Tanz**: Der Rückenwind, der sich aus dem Bundestanzkongress 2016 ergibt, wird genutzt, um den Tanz und das AkteurInnennetzwerk zu stärken und in der Öffentlichkeit präsenter werden zu lassen.
- **Innovationsfonds Kunst und Kultur**: Einrichtung eines Innovationsfonds zur Förderung von innovativen, neuen Projekten mit Impulswirkung auf die Kultur- und kreative Szene in Hannover.
- **Kulturmarketing**: Das Kulturmarketing wird gezielt eingesetzt, neue und traditionelle Wege werden genutzt, neue Partnerschaften geschlossen. Die „next generation" hat spezielle Anforderungen an Kultur und Marketing, diese gilt es bestmöglich aufzunehmen und anzusprechen.
- **Kooperation mit der Wirtschaftsförderung**: Kunst und Kultur werden auch im Sinne der Kulturwirtschaft begriffen. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung wird sondiert, wie gegebenenfalls eine spezielle Unterstützung oder Förderung der Kulturwirtschaft neue Impulse setzen kann.
- Hannover wird die „**Leuchttürme**" wie die Herrenhäuser Gärten, Kunstformate, Museen und andere stärker **profilieren** und bekannt machen.

Kulturelle Teilhabe stärken

Ohne Kultur funktioniert die Stadt nicht. Hannover will „Kultur mit allen", aber ohne erhobenen, pädagogischen Zeigefinger. Dazu wird die Stadt auf den unterschiedlichen Ebenen **Beteiligungsformate** schaffen, die Kunstschaffende und „KonsumentInnen" zusammen bringen. So können zum Beispiel sich verändernde gesellschaftliche Trends wie Globalisierung oder Individualisierung diskutiert und in Kunst/Kultur „übersetzt" werden. Mit Teilhabe an Kunst und Kultur werden auch die die inklusive Zugänglichkeit, die Sprache, die Preisbildung gefördert – hier will Hannover mehr und bessere Angebote fördern.

Mein Hannover 2030 ist bunt und lebendig. Und hat noch ein paar Geheimnisse. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Die Stärkung der Kunst- und Kulturschaffenden soll insbesondere auf mehr Qualität, mehr Innovation, mehr Experimente und mehr Verbindendes in der sich ändernden Stadtgesellschaft abzielen.

City of Music weiter ausbauen

Mit der Aufnahme in das UNESCO-Netzwerk „Creative Cities" als „City of Music" ergeben sich neue Perspektiven für die Stadt und die AkteurInnen. Die Stadt wird eine **Plattform „Weltmusikstadt**" für Bildung im Musikbereich aufbauen. Sie soll KünstlerInnen Möglichkeiten eröffnen, ihre Werke in anderen Ländern, vor anderem Publikum zu präsentieren, ein „Exportnetzwerk" aufzubauen. Auch die „interne" Netzwerkarbeit spielt eine Rolle: Ein interaktives Netzwerk [via Internet] wird geknüpft, die Profilierung und das Marketing werden vorangetrieben, Erfahrungen mit NetzwerkakteurInnen geteilt.



Ergebnisseite des Jugendpanels zu Bildung und Kultur

Zudem werden die vielfältigen Aktivitäten im Bereich Musik, aber natürlich auch in den weiteren Bereichen von Kunst und Kultur genutzt, um eine gemeinsame Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025 „auf die Beine" zu stellen. Für dieses Projekt sind viele UnterstützerInnen und FörderInnen gefragt.

REFERENZPROJEKTE

Ich wünsche mir eine Schule, die einen Spielplatz hat mit Achterbahn und Rutsche. (aus einer Kinderwald-Aktion)

1| Bildungsbüro einrichten

Bildungsträger haben unterschiedliche Aufgaben; die Stadt ist Schulträgerin, das Land für das Innere der Schule zuständig, die Schulen sind eigenständig. Die Kindertagesstätten qualifizieren ihre Bildungsangebote, die Erwachsenenbildung die ihrigen und so weiter. Die unterschiedlichen Kompetenzen der Bildungsträger sollen in einem Bildungsbüro zusammengeführt werden, um künftig gemeinsam an der Optimierung der Bildungsübergänge und den individuellen Bildungsbiografien zu arbeiten. Dabei sollen vorrangig die Herausforderungen der Sprachförderung, der Inklusion und der Berufsorientierung im Fokus stehen sowie die Beratungsangebote. Das Bildungsbüro wird dabei insbesondere auch die Zusammenarbeit in Stadtteilen koordinieren. Die Ratsgremien haben die Einrichtung des Bildungsbüros beschlossen, das Land wird LehrerInnenstellen hinzufügen.

2| Akademie für Erwachsene

Die Akademie für Erwachsene ist durch die Ratsgremien beschlossen und wird eingerichtet. Zentrales Anliegen ist die Bildungsberatung, um Erwachsenen den Weg in die Bildungsentwicklung anzuraten. Das Angebot der Volkshochschule [VHS] wird in der Akademie zusammengefasst und bezieht Angebote dritter Bildungsanbieter mit ein. Die Angebote reichen von Alphabetisierung, Bildungsabschlüsse nachholen über Deutsch-/Integrationskurse bis zu Angeboten der beruflichen Weiterbildung. Dabei muss es gelingen, Förderangebote von Bundes- und Landeseinrichtungen zielorientierter zu bündeln, nicht zuletzt um aktuellen Herausforderungen durch Zuwanderungen mit zukunftsfähigen Instrumenten zu begegnen.



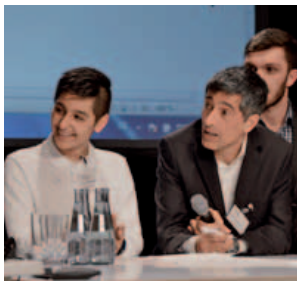
Ergebnisseite des Jugendpanels zu Bildung und Kultur

3| „Haus der Ideen“ als Dachmarke entwickeln

Stadtteileinrichtungen müssen sich zunehmend zu „Häusern der Ideen“ weiterentwickeln, die den Initiativen der Stadtteile und den Ressourcen von Stadtteilen Plattformen geben. Die „Häuser für Ideen“ sind für alle zugänglich, generationsübergreifend, sind Orte des Wissens und der Kultur, die digitalen Wissenstransfer genauso ermöglichen wie praktische Erprobungsfelder für ein demokratisches Zusammenleben. Sie sind multifunktional und haben eine hohe Aufenthaltsqualität. Die „Häuser für Ideen“ werden gemeinsam mit den Menschen und ihren kreativen Potenzialen entwickelt. Dafür müssen sie Konferenzen einrichten, Netzwerke für Ideen ermöglichen, „Kümmerer“ für Stadtteilanliegen und Umsetzungsmöglichkeiten sein. Im Vordergrund steht nicht die Frage, welcher Funktion der Raum „gehört“, sondern wie der Raum mit seinen Ressourcen gemeinsam von InitiatorInnen genutzt werden kann, unabhängig von Alter, Herkunft oder Geschlecht. Mit dem Ziel, fruchtbare Entwicklungen für den jeweiligen Stadtteil besser zu unterstützen und forcierend bei der Umsetzung zu wirken. Die „Häuser für Ideen“ werden in enger Zusammenarbeit mit den alter[n]sgerechten Quartieren entwickelt.

4| Netzwerkarbeit weiter professionalisieren

Insbesondere die bedeutende Stadtteilarbeit erfordert Formen der Zusammenarbeit, für die es bislang keine abgesicherten Organisationsformen gibt. Wie verbindlich kann die Arbeit der Verwaltung mit den EinwohnerInnen, beziehungsweise mit Nicht-Verwaltungsangehörigen sein? Wie wird die Arbeit für Dritte geöffnet, welche Kompetenzen, aber auch Regeln muss es dafür geben? Die Absicherung der Zusammenarbeit von Verwaltung und Nicht-Verwaltungsangehörigen kann nur gelingen, wenn Organisationsformen durch die Verwaltungsspitze und die Politik



Ranga Yogeshwar, Journalist, (re) im Gespräch zum Thema „Wie schaffen wir gute Bildung?“, 16. März 2015

gebilligt werden und wenn ein gemeinsames Lernen ermöglicht wird. Netzwerkstrukturen und Erfahrungen der Arbeit in den Quartieren können genutzt werden.

5| Digitale Lernwelten gestalten

Die Schulen werden über die Medienentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Hannover an internationale Entwicklungen angebunden sein. Die nächsten Jahre wird die Stadt auch an dieser Stelle investieren und mit den Schulen gemeinsam die Anwendung erproben. Die Ausstattung mit Endgeräten wird insbesondere mit der Frage des „anderen“ Lernens verknüpft werden. Nicht der Austausch des Buchs durch digitale Endgeräte ist das Ziel, sondern deren Einsatz zugunsten eines differenzierten Unterrichts.

Ebenso wie in Schulen wird in Bibliotheken die Zukunft von digitalen Lernwelten geprägt. Auch die Stadtbibliothek muss über die Medienplanung nicht nur die Beschaffung klären, sondern den Medienmix und die Anwendung mit den NutzerInnen erproben. Nicht das Ob, sondern das Wie/Wozu wird im Mittelpunkt des Lernortes „digitale Bibliothek“ stehen und über eine Medienentwicklungsplanung der Stadtbibliothek aufgegriffen werden.

Eltern sollen besser auf die Schule vorbereitet werden (Elternteil bei Familienkonferenz)

6| Den Dialog pflegen

Die Werkstattgespräche Kultur haben zu Erfolgen geführt und gemeinsame Vorhaben auf den Weg gebracht. Das Kulturbüro wird das Instrument der dialogischen Kulturentwicklungsplanung ausbauen – zusammen mit den Kulturschaffenden und -managenden wie auch gezielt öffentlich mit der Stadtgesellschaft.

7| UNESCO City of Music

Die Würdigung der Leistungen auf dem Gebiet der Musik und Musikwirtschaft durch die Auszeichnung Hannovers als City of Music durch die UNESCO ist erfolgt. Sie ist gleichsam Herausforderung für künftige Entwicklungen. Die Geschäftsführung wird folgende nächste Schritte einleiten beziehungsweise Rahmensetzungen im Auge behalten:

Das Netzwerk der Cities of Music wird immer auch durch bestehende Städtepartnerschaften der Stadt Hannover bereichert. Dabei wird die besondere Kompetenz in Hannover, in Netzwerken zu arbeiten und sich gemeinsam zu profilieren, als Export anderen PartnerInnen angeboten. Dies ist ausdrücklicher Wunsch der Deutschen UNESCO. Gemeinsam soll mit den Partnerstädten eine datengestützte Informations- und Austauschplattform entstehen, die nicht nur Wissenstransfer ermöglicht, sondern auch KünstlerInnenaustausch professionalisiert und organisieren hilft.



Die Befragung startet am Stöckener Markt: Jugendpanel zu Bildung und Kultur; 13. Februar 2015

Die „Hörregion“ der Region Hannover ist integriert und der Austausch der Musikwirtschaft zwischen den Partnerstädten soll zu neuen Produktentwicklungen und Formaten genutzt werden.

8| Bewerbung zur Kulturhauptstadt, ein gemeinsames Ziel

Hannover verfügt über ein reiches, kulturelles Angebot. Überregional strahlende Kultureinrichtungen wie insbesondere Sprengel Museum, Herrenhäuser Gärten, KunstFestSpiele und Staatstheater in Kombination mit einer bunten, innovativen Off-Szene machen die Stadt zu einem spannenden, vielfältigen Ort, in dem Kultur mit allen gelebt wird. Mit seiner Vielfalt, seiner Geschichte sowie der optimalen Infrastruktur hat Hannover das Potenzial, sich zur Kulturhauptstadt 2025 zu bewerben.

4 INKLUSION, INTEGRATION UND TEILHABE

Wie stärken wir selbstständiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe?

Also wachsen wir – im Geiste.
Wachsen wir – in Effizienz.
Wachsen wir – als Netzwerk.
Wachsen wir – mit allem.
Wachsen wir gemeinsam,
wachsen wir zusammen.
(Tobias Kunze, Poetry Slam, 24. Juni 2015)

Hannover bedeutet **Vielfalt**. Unter den HannoveranerInnen sind Mädchen wie Jungen und Frauen wie Männer, Familien und Kinderlose, Junge und Ältere, Alte und Hochbetagte aus allen Stadtteilen Hannovers sowie Menschen mit und ohne Zuwanderungserfahrung, Menschen mit und ohne Behinderung und mit mehr oder weniger Geld.

Der Stadtdialog sollte diese Stimmenvielfalt einfangen und unterschiedlichen Gruppen an zentralen wie dezentralen Orten eine Stimme geben. Gesetztes Ziel war und ist es, dass für möglichst alle Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben möglich ist, heute, morgen und 2030.

Das Handlungsfeld „Inklusion, Integration und Teilhabe“ zielt daher auf eine Stadtgesellschaft, in der die **Chancen und Zugänge** so verteilt sind, dass niemand zusätzliche Benachteiligung oder Barrieren aufgrund ebendieser Vielfalt erfahren muss. Mit andern Worten: **Niemand soll** aufgrund seines Alters, Geschlechts, Einkommens, seiner Lebensform, Religionszugehörigkeit oder einer möglichen Behinderung **Nachteile oder Barrieren erfahren**, sei es beim Zugang zu Bildung, Betreuung, Freizeit, Kultur oder Wohnen oder bei der Chance auf Mitwirkung beim Stadtdialog.



Thomas Walter, Jugend- und Sozialdezernent, eröffnet Rathausgespräch „Willkommenskultur“, 13. Dezember 2014

Inklusion, Integration und Teilhabe sind **Querschnittsthemen**, die sich letztlich durch sämtliche Fragen des Stadtentwicklungskonzepts ziehen und alle Handlungsfelder berühren. Da sich diese Fragen nicht nur mit einer einfachen Antwort erwidern lassen, ist das nachfolgende Kapitel in insgesamt sieben Unterkapitel unterteilt. So wird den einzelnen Punkten – auch der Intensität des Stadtdialogs folgend – entsprechender Raum gegeben.

Zum Weiterlesen: Lokaler Integrationsplan 2008; Jährliche Inklusionsberichte seit 2011; Kommunaler Bildungsplan und Bildungsmonitoring seit 2009; Der Hannoversche Weg – Lokaler Beitrag für Perspektiven von Kindern in Armut und Umsetzungsstrategien 2011; Sozialbericht 2013; Familienmonitoring seit 2011; Strategie Familienpolitik 2011 bis 2015 [DS[1] 1583/2010, 2616/2012]; Konzept Familienkonferenzen [DS 0125/2012]; Repräsentativbefragung Familie, Schriften zur Stadtentwicklung 121/122; www.familienkonferenzen.de, www.hannover.de/familie; Fachbericht/Programm „Weiterentwicklung der Familienpolitik 2015 – 2020“ [Veröffentlichung vor der Sommerpause 2016]; Seniorenplan 2015 [DS 2230/2015]; Soziales Hannover 2030: Stadtdialog auf neuen Wegen. Inklusion – Integration – Teilhabe, 2015; Barrierefreies Bauen in Hannover – Planungs- und Ausführungshinweise für öffentlich zugängliche Gebäude, 2016

WILLKOMMENS- UND ANERKENNUNGSKULTUR FÖRDERN

Hannover war und ist eine **Einwanderungsstadt**. Als ein zentrales Thema der Stadtpolitik zielte Integrationsarbeit in Hannover bisher vor allem darauf, die **Teilhabechancen** der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen zu verbessern. Zukünftig muss die Willkommens- und Anerkennungskultur noch mehr an Bedeutung gewinnen. Diese weiter zu entwickeln und zu leben, ist Aufgabe aller HannoveranerInnen. Sie richtet sich an alle Menschen, die Hannover als ihren Lebensmittelpunkt gewählt haben.

Heimat bedeutet für mich: Vertraut-Sein mit den sozialen Spielregeln.
(Thomas Walter, Jugend- und Sozialdezernent)

Die **Grundhaltung** gegenüber Zugewanderten beschreibt die **Willkommenskultur** am besten: Hannover ist eine weltoffene, von der Kultur der **Wertschätzung und Anerkennung** gesellschaftlicher Vielfalt geprägte Stadt. Einwanderung ist selbstverständlich. Alle zugewanderten Menschen sollen von der Willkommenskultur profitieren – die Stadtgesellschaft wendet sich von der überholten „Abschottungskultur“ ab. Die Potenziale, Chancen und Ressourcen von Einwanderung und ethnisch-kultureller Vielfalt werden genutzt und bieten wertvolle Beiträge zur Entwicklung der Stadtgesellschaft. Dies bedeutet, dass sich Stadtgesellschaft, Organisationen und Institutionen noch stärker als bisher öffnen, um gute Rahmenbedingungen zur positiven Gestaltung von Einwanderung und gesellschaftlicher Vielfalt zu schaffen.



Rita Süssmuth, Bundestagspräsidentin a.D., hält Festrede beim Thementag „Zukunft in Vielfalt“, 9. Mai 2015

Die Willkommenskultur bildet das **Fundament des Zusammenlebens**. Kinder der Eingewanderten sollen von der Anerkennungskultur profitieren. Auch von ihnen werden Beiträge zur Willkommenskultur erwartet und sie können ihrerseits eine Haltung der Anerkennung und Wertschätzung durch die Stadtgesellschaft erfahren.

Ganz aktuell steht die Stadt vor der Herausforderung, die steigende Zahl von Flüchtlingen sowie AsylbewerberInnen gut aufzunehmen. Hier werden kurzfristige Lösungen umgesetzt, damit die ankommenden Menschen entsprechende Wohnräume und ihren Weg in die Gesellschaft finden können. Über die kurzfristigen Lösungen zur Aufnahme dieser Menschen hinaus ist eine Willkommenskultur auch hier die Grundlage für die Integration derer, die in Hannover bleiben werden. Dabei ist klar, dass die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen nur gemeinsam von allen AkteurInnen einschließlich der Zugewanderten gemeinsam gemeistert werden können.

DREI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… ist eine weltoffene, diskriminierungsfreie Einwanderungsstadt mit einer Willkommenskultur, die von der gesamten Stadtgesellschaft getragen wird.
… lässt Rassismus und anderen menschenverachtenden Ideologien keine Chance.
… lebt durch eine starke Partizipations- und Beteiligungskultur – in allen Bevölkerungsgruppen.

VIER STRATEGIEN

Willkommens- und Anerkennungskultur etablieren
Mit der Einrichtung des **Einwanderungsbüros** für alle Zu- und Eingewanderten wird ein zentraler Anlaufpunkt geschaffen, der alle relevanten Hilfestellungen in der Anfangsphase der Niederlassung bereithält. Es gibt ausreichend **Dolmetscherdienste**, da Mehrsprachigkeit als Gewinn gesehen wird und zum Beispiel in

Um sich wirklich heimisch zu fühlen, braucht man Zeit. (Christos Panzatis, Mitglied des Niedersächsischen Landtages)

Zeugnissen als besondere Qualifikation anerkannt wird. Die Stadt Hannover wirkt daran mit, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Zeugnissen und Abschlüssen zu erleichtern, genügend **Bildungs-** und [Nach-]**Qualifizierungsinstrumente** [wie Abschlüsse nachholen, Praktika in Unternehmen, berufsspezifische Deutschkurse] werden angeboten. **Paten- oder Mentorenprogramme** erleichtern den Eingewanderten den Start in Hannover. Kinder und Erwachsene finden viele Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu lernen.

Als Vorbild vorangehen
Verwaltung, Regeldienste und andere Strukturen arbeiten **diskriminierungsfrei**, die MitarbeiterInnen sind entsprechend sensibilisiert und geschult. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entspricht demjenigen in der Gesamtbevölkerung. **Chancengleichheit** auf dem **Arbeitsmarkt** wird zum Beispiel durch anonyme Bewerbungsverfahren erreicht. Gleiches gilt für den **Wohnungsmarkt**, auf dem die Stadt Hannover ihre Einwirkungsmöglichkeiten nutzt, um einen diskriminierungsfreien Zugang für alle zu fördern. Ein begleitendes **Qualitätsmanagement** [zum Beispiel durch Kundenbefragungen oder Festlegung von „interkulturellen Mindeststandards“ in Anlehnung an Mindestlohnstandards bei Auftragsvergaben] kontrolliert einen in jeder Hinsicht barrierefreien Zugang aller EinwohnerInnen zu den Dienstleistungen der Verwaltung, der Regeldienste [hoheitliche Aufgaben] und weiterer öffentlicher Strukturen.



Rollenspiel; Veranstaltung „Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung“, 4./5. März 2015

Kommunalwahlrecht erweitern
Die Stadt Hannover setzt sich dafür ein, dass das aktive Kommunalwahlrecht für alle EinwohnerInnen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr eingeführt wird.

Beteiligung in den Quartieren stärken
In den **Stadtteilen**/Stadtbezirken und auf Stadtebene werden die **Beteiligungsstrukturen** so ausgebaut, dass sie auch gerade die EinwohnerInnen erreichen, die kein allgemeines Wahlrecht haben. Die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen erfolgt in Partnerschaft auf Augenhöhe. **Ehrenamtliche Tätigkeiten** werden besser koordiniert, unterstützt und finanziell ausgestattet.

DIE INKLUSIVE STADT WEITER VORANBRINGEN

Ich bin sehr zufrieden mit Hannover und wünsche mir, dass meine Stadt so weltoffen und multikulturell bleibt. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Bereits 2011 hat die Stadt Hannover die **Umsetzung der Behindertenrechtskonvention** der Vereinten Nationen durch das Handlungsprogramm „Auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ beschlossen. Ziel ist, die bauliche Umwelt und alle örtlichen Strukturen und Dienstleistungen so zu gestalten, dass sie von Menschen mit und ohne Behinderungen, von der gesamten Stadtgesellschaft, genutzt werden können. Nach und nach wird ein Lebensraum entstehen, in dem Menschen **nicht ausgegrenzt** werden, sondern selbstverständlich dazugehören. Neben der Reduzierung baulicher Hürden kommt der Beseitigung der „Hürden in den Köpfen“ eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der inklusiven Stadt zu.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… schafft die Voraussetzung für einen gleichberechtigten Zugang zu Wohnraum, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten sowie Mobilität.
… schafft den Rahmen für selbstbestimmtes, inklusives Leben aller.

FÜNF STRATEGIEN

Barrierefreie Mobilität ermöglichen

Mobilität ist ein wichtiger Part in der inklusiven Stadt. Hier sind weitere Barrieren abzubauen und Standards herzustellen. Da diese Aufgabe nicht in der alleinigen Verantwortung der Stadt liegt, unterstützt und berät die Landeshauptstadt wann immer möglich. Als integrierte Aufgabe wird Mobilität mit all ihren Facetten ressortübergreifend bearbeitet. Die **öffentlichen Verkehrsmittel** werden barrierefrei umgestaltet. Im öffentlichen Raum werden Informationsträger, Orientierungssysteme und Beschilderungen nach und nach in leichter Sprache, mit großen Piktogrammen und gegebenenfalls mit akustischen Signalen ausgerüstet. Die Landeshauptstadt unterstützt den Aufbau eines zentralen Vermittlungspools, über den **flexible Assistenzleistungen** gebucht werden können. Zudem erfolgen auch weiterhin Umbauten im öffentlichen Raum konsequent nach barrierefreien Standards; dabei werden Menschen mit Behinderungen frühzeitig in die Planungen einbezogen.



Barrierefreie Lebensräume schaffen

Neben der Mobilität spielt auch das **barrierefreie Wohnen** eine wichtige Rolle für ein selbstbestimmtes Leben. Stadt und Wohnungsunternehmen werden konsequent die barrierefreien Standards bei Neu- und Umbaumaßnahmen realisieren, die sich aus den gesetzlichen Vorgaben und Vorschriften ergeben. Sanierungen erfolgen grundsätzlich unter der Maßgabe größtmöglicher Barrierefreiheit. Bei der Sanierung denkmalgeschützter Altbauten wird nach den besten Kompromissen zwischen Barrierefreiheit und Denkmalschutz gesucht. Auch das öffentliche **Wohnumfeld** wird barrierefrei gestaltet. Durch entsprechende Angebote in den Stadtteilen sind vielfältige barrierefreie Wohnformen [Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen, Familie und anderes mit ausreichend und geschulten Assistenzen] möglich.

Anregen kann die Landeshauptstadt den **barrierefreien Umbau von Geschäften, Toiletten, Arztpraxen, Kultureinrichtungen** und ähnlichem insbesondere auch durch gute Beispiele und Sensibilisierung der jeweiligen EigentümerInnen. Von der Stadt angemietete Objekte hingegen werden barrierefrei umgebaut.

Zusammenhalt braucht Kümmerer und Vermittler im Quartier.
(Prof. Dr. Herbert Schubert, FH Köln)

Bei der Realisierung der Barrierefreiheit werden das aktuelle Niedersächsische Baurecht (NBauO), die aktuellen DIN-Normen sowie die Vorgaben der Broschüre „Barrierefreies Bauen in Hannover“ weiter umgesetzt.

Inklusive Bildung gewährleisten

Einer inklusiven Bildungslandschaft kommt eine Schlüsselfunktion zu. Hier weitere Schritte zur Umsetzung der Inklusion zu gehen, beschreibt die Zukunftsaufgaben. So werden die **kommunalen Schulen und Bildungseinrichtungen weiter inklusiv ausgebaut**. Sie sollen möglichst **wohnortnah** zu finden sein. Die persönliche Bildungsbiografie steht im Mittelpunkt, das heißt, Bildungsgänge und Prüfungen sind den individuellen Voraussetzungen angepasst. Angemessene Vorkehrungen für eine individuelle, bedarfsgerechte Unterstützung [ExpertInnen] in den Bildungsbereichen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene bestehen.



Alles, was Familien brauchen – auf dem Marktplatz beim Familiensonntag, 19. Oktober 2014

Für eine gelungene Inklusion in Kindertagesstätten sind folgende Punkte wesentlich: Die Gestaltung der Übergänge in die Systeme ist von entscheidender Bedeutung. Entsprechende förderliche Rahmenbedingungen sind zu schaffen.

Dazu gehört, auf die Diagnostik von Behinderungen zu verzichten; eine flexible Eingangsstufe einzurichten, die gewährleistet, dass kein Kind zurückbleibt; den Übergang durch Annäherung der Lernumwelten zu glätten; eine gemeinsame pädagogische Perspektive zu entwickeln. Die intensive Kooperation und Vernetzung mit ExpertInnen, um deren Wissen für die Kitas zu nutzen, ist ein weiterer, wesentlicher Erfolgsfaktor.

Die Stadt setzt sich dafür ein, Inklusion als ein Pflichtteil in der Ausbildung/Weiterbildung von **Lehrpersonal** und erzieherischen Berufen einzurichten. Die Stadt unterstützt den selbstverständlichen Umgang mit Menschen mit Behinderung unter anderem durch die Beschäftigung von mehr Lehrpersonal und pädagogischem Personal mit Behinderung in inklusiven Schulen und Kitas.

Inklusive Wege zu Ausbildung und Arbeit eröffnen

Auch über die Schulbildung hinaus ist die Umsetzung der inklusiven Stadt wesentlich. So werden ArbeitgeberInnen umfassend über **die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung** informiert, sie werden für deren Belange sensibilisiert und bei ihren Aktivitäten unterstützt. Die Stadt als Arbeitgeberin sieht sich als Vorbild in der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung und entwickelt spezielle Projekte zur Erhöhung ihrer Beschäftigungs- und Ausbildungsquote. Sie fördert die Möglichkeit, die **lebenslange Berufs- und Weiterbildung** auch für Menschen mit Behinderung unter barrierefreien Bedingungen zu etablieren. Alle Führungskräfte und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung sind umfassend sensibilisiert für die Belange von Menschen mit Behinderung.

Bitte kein Kopfsteinpflaster. (Rollstuhlfahrerin, Dialogveranstaltung in Kooperation mit der Lebenshilfe Hannover)

Die Stadt arbeitet mit der **Agentur für Arbeit** zusammen, um Menschen mit Behinderung besser entsprechend ihrer Kompetenzen in Arbeit zu bringen. Der bisherige Automatismus soll aufgebrochen werden, Menschen mit Behinderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung zu vermitteln. Mit weiteren AkteurInnen wird sich die Stadt für die **Abschaffung von befristeten Beschäftigungen für Menschen mit Behinderungen** stark machen. Und die Stadt wird die Forderung nach einer **Erhöhung der Ausgleichsabgabe** und der **gesetzlichen Mindestbeschäftigungsquote** unterstützen.



Gesprächsrunde mit dem Oberbürgermeister; Stadtjugendtag, 26. September 2015

Kultur und Freizeit inklusiv gestalten

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört die Teilhabe an Kultur- und Freizeitaktivitäten. Hier sind weitere Anstrengungen im Hinblick auf Barrierefreiheit und Chancengleichheit erforderlich. Alle **städtischen Kulturangebote** werden barrierefrei gestaltet. In den **Stadtteilen** finden sich **Orte der Begegnung** und der Freizeitgestaltung, die inklusiven Anforderungen genügen [zum Beispiel in Stadtteiltreffs oder beim Sport]. Auch für die Umgestaltung der Einrichtungen privater AnbieterInnen [wie Kinos, Konzerträumen] macht sich die Stadt stark und berät bei Bedarf. Die **Information** über die Angebotspalette [etwa in Sportvereinen] und die Erreichbarkeit der verschiedenen Einrichtungen wird verbessert. Hierzu werden die Materialien in leicht verständlicher Sprache aufbereitet und über die klassischen wie neuen Medien [Zeitung, Radio, Internet, interaktive Medien] verbreitet, neue Wege und Medien werden ausprobiert.

AUF ALTER(N)SGERECHTE QUARTIERSENTWICKLUNG SETZEN

Behalten Sie einen realistischen Blick für das Mögliche, aber wagen Sie auch Experimente. (Dr. Michael Lichtblau, Leibniz Universität Hannover)



Beteiligung im Plenum; Veranstaltung „Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung", 4./5. März 2015

Die Anstrengungen von Heute sind für den Erfolg von Morgen wichtig. (Andrea Hammann, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Landeshauptstadt Hannover)

In den Quartieren „spielt die Musik". Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen, hier wollen sie gut leben und sich engagieren. „Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung" fördert neben der **Infrastrukturentwicklung** vor Ort das **Miteinander** und **Engagement** der BewohnerInnen und AkteurInnen im Quartier. Nachbarschaftsfeste, Quartierspaziergänge, Kulturveranstaltungen oder Schreibwerkstätten zu organisieren gehört dazu. Ebenso verlässliche Nachbarschaften auf- und auszubauen und Begegnung zu ermöglichen. Und zu vorpflegerischen und pflegerischen Fragen sowie Wohnraumanpassungs- und Unterstützungsmaßnahmen zu informieren und zu beraten. Die drei Quartiere Südstadt, Döhren, Kirchrode haben mit den KooperationspartnerInnen vor Ort bereits Strukturen zur Unterstützung, Hinauszögerung von Pflegebedürftigkeit, des Dialogs zwischen den Generationen und verschiedenen Ethnien geschaffen. Dazugekommen sind zum Beispiel Projekte und Informationen zu den Themen „Demenz", „Altersarmut" und „Bewegung". In den kommenden Jahren wird wichtig sein, dass sich die **Quartiere entsprechend der Ideen und Wünsche ihrer BewohnerInnen entwickeln** können. Dabei sind die unterschiedlichen Bedürfnisse junger, alter, behinderter, nicht behinderter, armer, reicher QuartiersbewohnerInnen sowie Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen einzubeziehen. Nicht jeder Wunsch wird umsetzbar sein. Vielmehr wird es darauf ankommen, gemeinsame Ideen zu verwirklichen, die möglichst vielen Menschen zugutekommen. „Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung" hat den Auf- und Ausbau sozialer Infrastrukturen in den Quartieren im Blick, um ein selbstständiges Leben bis ins hohe Alter bei guter Lebensqualität zu unterstützen, Teilhabe zu ermöglichen und die Gesundheit zu fördern. Damit sind alle Menschen angesprochen, nicht nur bestimmte Altersgruppen. Die Aufgaben werden nur zu lösen zu sein, wenn die AkteurInnen [in Versorgung, Mobilität, Gesundheit, im Generationendialog, in Bildung, Kultur, Verwaltung und Politik] gemeinsam agieren, wenn sie integriert denken und handeln. Alle sind gefragt, ihre Beiträge zum Gelingen zu leisten.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… lebt durch die aktiven Quartiere mit guten sozialen, technischen und gesundheitsorientierten Infrastrukturen, die gemeinsam mit den EinwohnerInnen vor Ort entwickelt werden.
… ermöglicht allen Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Gemeinschaft in lebendigen Quartieren.

DREI STRATEGIEN

Ich finde keine barrierefreie Wohnung im Roderbruch, die ich bezahlen kann, möchte aber nicht wegziehen. (Seniorin im Rollstuhl)

Quartiere stärken

Hannovers Quartiere sind das **Rückgrat** der Stadtentwicklung. Sie sind die wichtigen „Keimzellen", in denen die Stadt gestaltet wird. Die sozialen Infrastrukturen, die ein möglichst langes, **selbstständiges Leben** in den eigenen vier Wänden ermöglichen, werden gemeinsam und **vor Ort** entwickelt. Dazu gehören zum Beispiel medizinische Einrichtungen, Dienstleistungen [Pflege, Unterstützung im Haushalt, gemeinsame Aktivitäten], Frei- und Begegnungsräume, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur, Sport, Bildung und barrierefreies, bezahlbares Wohnen. **Gemeinsam** heißt, mit dem Quartiersmanagement, sozialen Einrichtungen, ehrenamtlich Tätigen, der Stadtverwaltung und den Stadtbezirken und vor allem den BewohnerInnen partnerschaftlich und an gemeinsamen Zielen ausgerichtet.



Bürgerbeteiligung vor Ort; „Open-Air-Dialog“ Roderbruchmarkt, 30. Mai 2015

Keine Heime.
Daheim statt Heim.
(Teilnehmerin einer Dialogveranstaltung)

Gute Beispiele fördern

Auch künftig werden die Quartiere in ihrer Entwicklung weiter unterstützt und gefördert. Besondere Aufmerksamkeit sollen die Quartiere erfahren, die mit neuen Ideen neue **Netzwerke** aufbauen oder bestehende fortsetzen und damit mehr Menschen als bisher erreichen. Auch die **Aktivierung** von AkteurInnen, die bisher wenig beteiligt waren, soll gelingen [vergleiche hierzu exemplarisch die Dialog- und Beteiligungsmethoden zum Handlungsfeld „Inklusion, Integration, Teilhabe“, dokumentiert in „Soziales Hannover 2030: Stadtdialog auf neuen Wegen“, Hannover 2015]. Der Gedanke der **partnerschaftlichen** und gemeinsamen Quartiersentwicklung soll besonders zum Ausdruck kommen.

Besondere Anstrengungen erfordern Anerkennung: Die guten Beispiele werden mit einem **Gütesiegel** ausgezeichnet, das beispielhafte und gelungene Entwicklungen würdigt.

Konzept „Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung“ weiter realisieren

Das erfolgreiche – und bei den AkteurInnen vor Ort anerkannte – Konzept der „Alter(n)sgerechten Quartiersentwicklung“ wird fortgesetzt und ausgebaut. Die drei Quartiere in der Südstadt, in Kirchrode und in Döhren haben sich bereits auf den Weg gemacht, für alle Altersgruppen – nicht nur für ältere Menschen – optimale Lebensqualität zu schaffen. Künftig sollen **weitere Quartiere** diesem – oder daran ausgerichteten – Konzepten folgen.

MEHR FAMILIENGERECHTE INFRASTRUKTUR IN DEN QUARTIEREN



Anmerkungen zum Stadtteil; „Open-Air-Dialog“ Roderbruchmarkt, 30. Mai 2015

Der Roderbruch ist manchmal wie ein kleines Dorf.
(Einwohnerin des Stadtteils)

Familien leben gerne in Hannover, dennoch beträgt ihr Anteil nur 17 Prozent. Und immer noch wandern viele Familien aufgrund unerfüllter Wohnwünsche ab. Beruflich und privat sind Väter und Mütter gefordert. 92 Prozent der Väter und 73 Prozent der Mütter in Paarfamilien sind heute erwerbstätig, ebenso wie 75 Prozent der Alleinerziehenden. Viele Familien befinden sich in einer **Zeitklemme** zwischen Kinderversorgung, Sorge für ältere Angehörige, Beruf und ihren sozialen Netzwerken und Verpflichtungen. Und vielfach reicht das **Erwerbseinkommen** nicht zur Deckung der Lebenshaltungskosten einer Familie aus. Ein Viertel der hannoverschen Familien bezieht Transferleistungen, viele davon trotz Erwerbstätigkeit.

Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger **Standortfaktor**. Zahlreiche Unternehmen sind hier bereits aktiv, um dem steigenden Bedarf nach Vereinbarungsmodellen für Männer und Frauen entgegen zu kommen. Junge Familien streben mehrheitlich partnerschaftliche Modelle der Familiensorge und der Berufstätigkeit an. Wunsch und Wirklichkeit klaffen hier aber noch weit auseinander: Viele Paare leben nach der Geburt eines Kindes ein eher traditionelles Familienbild – der Mann ist voll erwerbstätig und die Frau ist mit einer Teilzeitstelle oder gar mit einem Minijob Dazu-Verdienerin.

Die Stadt Hannover will die **guten Rahmenbedingungen** noch verbessern und so optimale Möglichkeiten für Familien bieten [siehe auch auch Abschnitt „Gleichstellung von Frauen und Männern verstärken“]. Dies geht am besten im **Dialog mit den Familien**. Dazu gehört auch, die umfassende Infrastruktur und die große Bandbreite an Angeboten noch besser zu kommunizieren, denn viele Familien kennen diese Angebote nicht. Die Erhebungen und Dialogangebote [Familienmonitoring, Familienforen, Familienkonferenzen on- und offline, Repräsentativbefragung Familie] der vergangenen Jahre haben hier wichtige Erkenntnisse für die



Bilder eines Stadtteils; „Open-Air-Dialog“ Roderbruchmarkt, 30. Mai 2015

Die Nachbarschaft muss gestärkt werden, da Quartiere oft schon zu groß sind. Anlässe für das gemeinsame Kennenlernen und Treffen müssen gegeben werden. (Teilnehmerin einer Dialogveranstaltung)

Neuausrichtung und Weiterentwicklung der hannoverschen Familienpolitik geliefert. Die Erkenntnisse und Handlungsansätze werden mit dem Programm „Weiterentwicklung der Familienpolitik in Hannover“ zeitnah veröffentlicht.

Für die Zukunft soll die **Infrastruktur** noch stärker „am Puls der Zeit“ ausgerichtet werden. Für Familien wird immer wichtiger, dass zum Beispiel **Öffnungszeiten** von Freizeit-, Kultur-, Sport-, Jugend- und Kindereinrichtungen **flexibler** werden, die Personalausstattung von Bildungseinrichtungen mit dem Bedarf Schritt hält. Berufstätige Eltern brauchen heute mehr Planungssicherheiten, daher müssen Bildungsübergänge zukünftig verlässlicher gestaltet werden. Die gute Vorbereitung auf die Grundschule, die Sprachförderung, der Ausbau der Ganztagsschule, Mittagessenangebote, Medienbildung sind Punkte, bei denen sich viele Eltern **Unterstützung** wünschen, ebenso wie eine Sensibilität für **inklusive und interkulturelle Bedarfe**. Aber auch die Gestaltung und Nutzung des **öffentlichen Raumes** oder die Verkehrsplanung müssen insbesondere die Nutzungs-, Bewegungs- und Gestaltungsbedarfe von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen [siehe auch Seite 25 „Hohe Lebens- und Freiraumqualität erhalten“]. Die **Sauberkeit** der Stadt ist für Familien ein Dauerthema. Auch der Bereich **Wohnen** ist für viele Familien ein wichtiger – eine Verknappung von Wohnraum würde sich negativ auf nachfragende Familien mit geringem und mittlerem Einkommen auswirken. Familien suchen bis zu 19 Monate nach bezahlbarem und familiengerechtem Wohnraum [siehe auch Seite 33 „Wohnungen für alle schaffen“].

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt, in der alle Familien ökonomisch gesichert und gesund leben.
… bietet familiengerechte Informationen und Infrastrukturen in den Quartieren, die die Eigenständigkeit und Selbstorganisation von Familien unterstützt.

EINE STRATEGIE

Familien stärken

Ich wünsche mir für Hannover 2030, dass meine gerade geborene Tochter hier richtig gut leben kann, ein tolles Jugendangebot finden kann, dass es hier viel Kultur und viel Jugendkultur gibt. (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

Familien in verschiedenen Lebensphasen, -lagen und -situationen können auf eine umfassende **familienunterstützende Infrastruktur** zurückgreifen. Sie unterstützt den Wunsch von Frauen und Männern nach mehr partnerschaftlicher Arbeitsteilung innerhalb der Familien und einer tatsächlichen Wahlfreit zwischen Beruf und Familie. Hierzu gehören bedarfsgerechte inklusive Bildungs- und Betreuungsangebote, die der Verschiedenheit der Familien Rechnung tragen, zum Beispiel Kindertageseinrichtungen, Spielparks, Horte und Ganztagsschulen, Ferienangebote, die FLUXX-Notfallbetreuung für Kinder und pflegebedürftige Angehörige, die Betreuungsnotfälle abfängt, ebenso wie ein Verbundsystem früher Hilfen für Familien in Krisensituationen. Eine neue Informations- und Kommunikationskultur orientiert sich am Kommunikationsbedarf von spezifischen Zielgruppen, zum Beispiel der jungen Elterngeneration, EinwanderInnen oder Flüchtlingen und sorgt für die Bekanntheit von Angeboten.

Trägerübergreifende Netzwerke in den Quartieren und im Arbeitsmarktbereich fördern unterstützende Nachbarschaften sowie den Zugang beziehungsweise den Wiedereinstieg ins Berufsleben für familiensorgende Frauen und Männer. Sie tragen dazu bei, dass unkoordinierte Zeittakte optimiert werden und Familien ihre Zeitressourcen besser nutzen können. Weitere Gesichtspunkte der



Programm so bunt wie die Szene; Stadtjugendtag, 26. September 2015

familienpolitischen Handlungsfähigkeit finden sich im Programm „Weiterentwicklung der Familienpolitik 2015 – 2020“.

Familien finden vielfältige und vernetzte Bildungslandschaften im Quartier und im Stadtgebiet vor, die die Teilhabe- und Bildungschancen aller Familienangehörigen von der Geburt bis ins hohe Alter ermöglichen. **Schlüsselpersonen** in den Quartieren, die über Vermittlungs- und Lotsenpotenzial verfügen, werden identifiziert und qualifiziert, damit sie vermehrt die Familien und Netzwerke vor Ort unterstützen können.

Der **Dialog im Quartier** zur Verbesserung der familiengerechten Infrastruktur wird fortgesetzt. Dabei kommen auch neue, zielgruppengerechte Dialogformate zum Einsatz. Information und Kommunikation werden barrierefrei, zeitgemäß und interaktiv erfolgen.

MEHR VIELFALT DER GESCHLECHTER – IDENTITÄTEN STÄRKEN

Vielfalt anerkennen und **stärken** sind wichtige Themen in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Bedarfen von Frauen und Männern. Die bewusste Anerkennung und Förderung von **vielfältigen Lebenskonzepten** ist eine wichtige Voraussetzung, um gesellschaftliche Teilhabeprozesse von Mädchen, Frauen, Jungen und Männern zu ermöglichen und die Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins für Geschlechtervielfalt voranzutreiben.

Mein Hannover 2030 ist meine grüne, kinder- und altenfreundliche Fahrradstadt. (Beitrag auf Zitat-Wand)

Es geht einerseits um die Stärkung der **Gleichstellung von Frauen und Männern**, um einen gleichgestellten Zugang zu Bildungs- und Beteiligungsprozessen sowie zu allen Berufsfeldern mit ihren vielfältigen Weiterbildungs-, Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten herzustellen und Benachteiligung aufgrund des Geschlechts abzubauen. Andererseits muss eine vielfältige **Identitätsbildung** ermöglicht, unterstützt und gestärkt werden, um unterschiedlichste **Lebenskonzepte** entwickeln zu können. Heterogeschlechtliche, gleichgeschlechtliche, inter- und transgeschlechtliche Partnerschaften, mit Kindern und ohne Kinder sind hier nur eine kleine Auswahl dieser Möglichkeiten. Es gilt, hier zu sensibilisieren und einen offenen Umgang zu ermöglichen.

Im Stadtdialog wurde das Thema der Geschlechtervielfalt unter dem Aspekt „Mädchen in der Stadt“ diskutiert. Mädchen und junge Frauen wurden hier als Zielgruppe ausgewählt, weil trotz zahlreicher Fortschritte die Chancengleichheit von Mädchen und jungen Frauen immer noch nicht Realität geworden ist, sei es beispielsweise in der Berufswahl oder in den Karrieremöglichkeiten bei gleichzeitigem Kinderwunsch und dem Wunsch nach Familienleben.



Graffiti legal; Stadtjugendtag, 26. September 2015

Mit unterschiedlichen Beteiligungsmethoden, trägerübergreifenden Veranstaltungen an zentralen und dezentralen Orten wurden Mädchen ermutigt, selbstbewusst ihre Ideen für „Mein Hannover 2030“ zu diskutieren und ihre ganz eigenen Lebensvorstellungen darzustellen.

In den nachfolgenden Zielen und Strategien sind alle Aspekte von Mädchen, Frauen, Jungen und Männern im Sinne von Gender und Diversity berücksichtigt.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… ist offen für vielfältige Lebenskonzepte von Mädchen, Frauen, Jungen und Männern.
… bezieht maßgeblich die geschlechterspezifischen Bedarfe in Planungs- und Gestaltungsprozesse ein und lässt viel Raum für Mitgestaltung.

ZWEI STRATEGIEN

Gesellschaft auf aktuelle Themen einstimmen

Zur weiteren Konkretisierung des Themas wird die Verwaltung ein **ressortübergreifendes Gesamtkonzept** [Controlling, Qualitätssicherung, Optimierung] erarbeiten. In der Jugendarbeit beziehungsweise den Bereichen der Jugendhilfe werden **paritätisch besetzte Teams** gefördert und eingesetzt. Die Fachkräfte der Jugendhilfe bilden sich regelmäßig zu Themen Gender und Diversity fort und weiter. So wird auch eine Queer-Perspektive[2] als Querschnittsaufgabe in der Jugendarbeit etabliert.
Mit Blick auf die öffentlichen Räume sollen auch hier Möglichkeiten gesichert und geschaffen werden, die eine vielfältige soziale Platzaneignung und damit gleichermaßen **Teilhabemöglichkeiten** an außerschulischen Bildungsangeboten von Mädchen ermöglichen. Die geschlechterbezogenen Angebote im Kultur-, Bildungs-, Freizeitbereich werden ausgebaut. [Mehr] Zukunftstage, Praxis- und Berufsparcours [in der Verwaltung, in Einrichtungen und Unternehmen] unter Beteiligung von Mädchen werden initiiert und organisiert.



Jugend erforscht Stadt; Familiensonntag, 19. Oktober 2014

Diskurs über Gleichstellung, Gender und Diversity voranbringen

Die Verwaltung wird mit Fachkräften fachbereichs-, bereichs- und trägerübergreifend regelmäßig in den Diskurs zu neuen Theorien und Ansätzen in der Geschlechterforschung gehen und diese gegebenenfalls auch praktisch konkretisieren. Zudem werden **Qualitätsdialoge** zwischen den Fachkräften der Mädchenarbeit, Politik und Fachverwaltung gefördert sowie **Qualitätsmerkmale** für geschlechterdifferenzierte Arbeit entwickelt. Mit Blick auf eine **offene Beteiligungskultur** werden zeitgemäße und geschlechtsbezogene Konzepte für Beteiligung umgesetzt. Dazu gehören zum Beispiel auch Generationsdialoge zwischen den Fachkräften der Mädchen- und Jungenarbeit. Neue und zeitgemäße Formen der Mädchen- und Jungenarbeit werden etabliert und aktuelle mädchen- sowie jungenspezifische Angebote in Planungs- und Gestaltungsprozesse einbezogen.

ANDERE BLICKWINKEL EINNEHMEN: JUGEND LEBT STADT

Hannover ist eine **junge, wachsende Stadt**. Rund 100.000 junge Menschen im Alter von 10 bis 26 Jahren leben in Hannover. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen steigt stetig, infolge von Geburten und Zuwanderung von Familien. Insbesondere die Gruppe der 18- bis unter 26-Jährigen gehört zu der am schnellsten wachsenden Altersgruppe in Hannover.

Das echte Erleben der Arbeit einer Politikerin hat viel Spaß gemacht.
(Mädchen, Mädchendemokratietag)

Jugendpolitik und Jugendbeteiligung hat in Hannover seit jeher einen **hohen Stellenwert**: Junge Menschen reden daher nicht erst seit dem Stadtdialog „Mein Hannover 2030“ mit, sondern zum Beispiel schon bei dem Projekt „Jugend bewegt Stadt“ oder im 2012 ins Leben gerufenen „Beirat zur Förderung der Jugendkulturen“. Dort entscheiden Jugendliche unbürokratisch über Förderanträge von Jugendinitiativen, die im Bereich Sport, Kultur, Musik und ähnlichem aktiv sind und die Jugendszenen in der Stadt repräsentieren.



Bürgermeisterin Regine Kramarek (3.v.li) arbeitet mit jungen „Ratsfrauen"; Mädchendemokratietag, 26. Juni 2015

Warum ist die Stadtbahn grün oder silbern – Ich wünsch mir mehr Farbe, zum Beispiel gelb, grün, rosa. (Mädchen, Mobilitätstag)

Junge Menschen wollen und sollen sich als Gestaltende des eigenen Lebens und ihrer eigenen Zukunft [2030] am Stadtdialog beteiligen. Hierzu benötigten sie die Offenheit im Dialogprozess, sich gezielt auch ihren Fragen zu stellen und **ihre Sichtweisen und kreativen Lösungsansätze** in politische Entscheidungen mit einfließen zu lassen.

Die Vereine und Jugendverbände, freien Jugendinitiativen, kommunalen Einrichtungen und Bildungsinstitutionen repräsentieren dabei die Vielfalt an Szenen und Jugendkulturen, bieten den Raum für Beteiligung und Teilhabe und sie kennen und nutzen die richtigen Instrumente, um Jugendlichen eine **direkte Teilhabe an den Stadtentwicklungsprozessen** zu ermöglichen.

Jugendliche haben sich während der gesamten Dialogphase beteiligt. Der Stadtjugendtag mit dem Motto „Jugend lebt Stadt- Hannover auf dem Weg zu einer jugendgerechten Kommune" war dabei sowohl deren Abschluss, als auch Auftakt für eine **jugendgerechte Entwicklung der Stadt**, für die folgende Ziele entwickelt wurden.

ZWEI ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

Querdenken hilft. (Teilnehmerin einer Dialogveranstaltung)

… verankert systematisch die Interessen und Bedarfe junger Menschen auf der Grundlage eines jugendgerechten Leitbilds.
… bietet Jugendlichen und jungen Menschen vielfältige und wirkungsvolle Bildungs-, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten und arbeitet vernetzt und abgestimmt, fördert die aktive Teilhabe und Selbstorganisation.

DREI STRATEGIEN



BMX-Szene in Aktion; Stadtjugendtag, 26. September 2015

Leitbild für die „jugendgerechte Kommune"

Mittelfristig wird die Erarbeitung eines Leitbildes für die jugendgerechte Kommune unter Einbindung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, aber auch der lokalen AkteurInnen aus Politik und Gesellschaft wie Vereinen, Verbänden, freien Initiativen und anderen angestrebt.

Entwicklung eines Jugend-Checks

Aus kommunalpolitischer Sicht sind die Jugendinteressen in der Stadt zu stärken. Jugend wird zunehmend als ein ökonomischer Faktor für die Zukunft unserer Gesellschaft bewertet [Stichworte wie Fachkräftemangel, Rentensicherung]. Es gilt Wege zu finden, wie die jungen Menschen an allen gesellschaftlich relevanten Fragestellungen und Politikfeldern beteiligt werden können. Ein Jugend-Check soll entwickelt werden, mit dem politische Vorhaben und Maßnahmen auf die Auswirkungen auf junge Menschen hin untersucht werden können. Dabei geht es darum, ob beziehungsweise wie die Jugend bei der Planung und Durchführung öffentlicher Vorhaben beteiligt wird.

Mein Hannover 2030 ist tanzbar, bis die Wolken wieder lila sind! (jugendlicher Wunsch)

Jugendkultur und Jugendarbeit

Jugend braucht neben den Herausforderungen in Schule, Ausbildung und Beruf einen Freiraum, eine Ressource aus Raum und Zeit. Er muss Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung bieten, zum Ausprobieren und Grenzen überschreiten. Eine jugendgerechte Kommune muss Räume überlassen [auch öffentliche] und Prozesse zulassen können, damit sich Jugendkultur in der Stadt entwickeln kann.

TEILHABE TROTZ ARMUT GEWÄHRLEISTEN

Bereits heute ist fast **jede/jeder fünfte EinwohnerIn armutsgefährdet** und mehr als 15 Prozent der EinwohnerInnen beziehen **Transferleistungen**, besonders betroffen sind Kinder, Jugendliche und Familien. Armut kann jeden treffen – sei es durch Arbeitslosigkeit, niedrige Rente, durch Krankheit oder die Übernahme von Pflegeaufgaben in der Familie – die **Gründe** sind **vielfältig**. In Zukunft werden voraussichtlich mehr Menschen von Armut betroffen sein, insbesondere auch im Alter. Die Anstrengungen auf Bundes- und Landesebene, der Armut entgegenzuwirken, sie abzumindern können vielleicht die materielle Not lindern. Ebenso wichtig ist die **Möglichkeit**, am **gesellschaftlichen Leben teilzuhaben,** sich einzubringen, Kontakte und Netzwerke zu pflegen. Daher ist es Aufgabe von Politik, Verwaltung und vor allem der Stadtgesellschaft, Teilhabe trotz Armut zu gewährleisten und hierauf weiterhin ein besonderes Augenmerk in den kommenden Jahren zu richten.

EIN ZIEL – MEIN HANNOVER 2030 …

… sichert die Grundbedürfnisse von Menschen, die von Armut betroffen sind, und fördert den Zugang zu Teilhabeangeboten durch ein breites, verlässliches Netz und LotsInnen im Quartier.

ZWEI STRATEGIEN

Armut erkennen und reduzieren

Durch die bereits heute eingesetzte räumlich ausgerichtete **Sozialberichterstattung** können **Armutsrisiken erkannt** werden. Für die Zukunft gilt es, dieses Instrument fortzuführen, zu verfeinern. Daraus abgeleitet, kann stadtteil- und zielgruppenspezifisch **gegengesteuert** werden, indem die Menschen zum Beispiel gezielt über ihre Möglichkeiten [Zugänge zum Arbeitsmarkt, Inanspruchnahme von Transferleistungen, von sozialen Dienstleistungen, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben] **informiert** werden. Sie werden **aktiv in die Gemeinschaft im Quartier einbezogen**, so dass vorrangig Hemmschwellen abgebaut werden. Je eher Menschen [wieder] ihren eigenen Weg finden können, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, desto größer sind die Chancen, Armut zu überwinden und Armutsrisiken zu vermindern.

Geld alleine spielt keine große Rolle; Glück ist ebenso wichtig. (Teilnehmerin Stadtjugendtag)



Die Zeitreise beginnt; Familiensonntag, 19. Oktober 2014

Teilhabe stärken – Netzwerke nutzen

Gerade vor dem Hintergrund hoher Armutsrisiken sollen die **Menschen frühzeitig erreicht** werden. Sie sollen aufgefangen werden, sobald Armut droht. Dazu bedarf es besonderer, auf die momentanen Bedürfnisse ausgerichteter Ansprache und Beteiligung. Die in Stadt, Region vorhandenen arbeitsmarktbezogenen **Netzwerke** unter Beteiligung der Jobcenter, der Arbeitsagentur, der Handwerks- und Industrie- und Handelskammer, der Bildungsträger und Wirtschaftsförderung, des Familienmanagements und Familienservicebüros zielen auf den Zugang zum Arbeitsmarkt. Beispiele sind die Allianz für Fachkräfte oder Arbeitsgruppen zu Familie und Beruf, Übergang Schule – Beruf, das Netzwerk für Alleinerziehende, die Ansätze der Jugendberufshilfe, die Messen der Jobcenter mit städtischer Beteiligung. Diese sollen mit den vorhandenen Netzwerken in den Quartieren **stärker verzahnt werden.** LotsInnen oder VermittlerInnen können diese Arbeit wirkungsvoll unterstützen. So wird auch der **Zusammenhalt** der Menschen im Quartier gestärkt. Wichtig ist den AkteurInnen vor Ort, dass sie die Beteiligung

selbst organisieren können, dass eine Unterstützung von Politik und Verwaltung dort erfolgt, wo sie gewünscht und sinnvoll ist. Auch die stärkere Ausrichtung der Kommunikation auf „neue Medien“, auf andere Verbreitungswege wird Bestandteil der weiterentwickelten Netzwerkarbeit sein.

REFERENZPROJEKTE

Ich brauche jemanden, der weiß, dass ich da bin. (Teilnehmer einer Dialogveranstaltung)

1| Einwanderungsbüro (Welcome Center)

- zentraler Anlaufpunkt für alle Zu- und Eingewanderten für Hilfestellungen, insbesondere in Anfangsphase
- erforderliche Dienstleistungen aus einer Hand
- Beratung vor der Einreise über das Visumverfahren bis hin zur Erteilung eines Aufenthaltstitels
- umfassende Beratung zu allen Fragestellungen im Rahmen einer Neuansiedlung, zum Beispiel Wohnungssuche, Sprachkurse, Kinderbetreuung, Schulbesuch, Anerkennung ausländischer Qualifikationen und so weiter
- Zielgruppe sind Neueingewanderte, auch ausländische Fachkräfte und arbeitssuchende Personen sowie Studierende und WissenschaftlerInnen aus dem Ausland
- Zusammenarbeit unter anderem mit Existenzgründerberatung, Familienservicebüro, Familienmanagement, Hochschulen, IHK, Handwerkskammer, Migrationsdiensten der Wohlfahrtsverbände, Jobcenter, Arbeitsagentur

2| Ausbildung für junge Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung

In einer Pilotphase werden gezielt junge Menschen mit Behinderung für eine Ausbildung in der Stadtverwaltung geworben, vorbereitet und begleitet. Damit sollen beispielhaft Erfahrungen gesammelt werden. Die Stadtverwaltung zeigt sich als geeigneter inklusiver Ausbildungsbetrieb.

Mein Hannover 2030 sollte so sein, dass sich hier jeder willkommen fühlen und sagen kann: Das ist meine Stadt! (mündlicher Beitrag einer Dialogveranstaltung)

3| Familien-App als Modul zur Entwicklung der digitalen Kommunikationsstrategie für Familien in Hannover

Weiterentwicklung und Vermarktung der Seiten www.hannover.de/familie einschließlich Kinderbetreuungs- und Ferienbörse sowie FLUXX-Notfallbetreuung, www.hannover.de/kinder, www.hannover.de/jugendliche und www.hannover.de/vereinbarkeit über einen App Store, RSS-Dienst für Familienthemen und Arbeitgeberinformationen zur Vereinbarkeit auf hannover.de als Abonnementsystem für aktuelle Meldungen

4| Jugendgerechte Kommune

Die Landeshauptstadt Hannover hat sich erfolgreich beim Bundesprojekt „Jugendgerechte Kommune“ beworben und ist als Referenz-Kommune ausgewählt worden. Die Ziele des Bundesprojektes und die oben formulierten Grundsatzziele einer jugendgerechten Stadtentwicklung sind nahezu deckungsgleich. Ziel der jugendgerechten Stadtentwicklung ist eine qualitative Fortentwicklung der örtlichen Beteiligungsstrukturen. Die Stadt Hannover orientiert sich dabei an den Leitsätzen der eigenständigen Jugendpolitik und vertritt ihre Grundsätze.



Sicher mit Bus und Bahn; Mädchen-Mobiltätstag, 24. April 2015

5| Informations- und Teilhabe-Kampagne

Hintergrund: Die hohe Dunkelziffer verdeckter Armut, insbesondere in der Generation 60plus aus Gründen der Scham, Unwissenheit, Überforderung. Gleichzeitig stetig steigende Altersarmut:

- Kampagnen(woche): Grundsicherung, Wohngeld und anderes – Arbeitstitel „Mein gutes Recht“

- offensives Thematisieren, Informieren, Ansprechen. Konzertiert über diverse Medien, Akteure, in allen Einrichtungen, Quartieren, mehrsprachig, über unterschiedliche Kanäle, Ansprache auch der Kinder und Enkel und anderer
- Botschaft: „Wussten Sie schon, dass .... Sie sind nicht allein! Wir sind für Sie da – Ihr Wohngeld / Ihre Grundsicherung“

Integration ist keine einseitige Forderung an die Eingewanderten, auch die Aufnahmegesellschaft muss ihren Beitrag leisten.
(Teilnehmer Dialogveranstaltung)

6| Soziale und inklusive Quartiersentwicklung

- Querschnittsprojekt „Wohnen und Leben“ im Quartier: Inklusive Stadt, alter(n)s- und jugend- und familiengerechtes Quartier, Willkommenskultur, Teilhabeförderung, die Querschnittsorientierung erfordert ein breites AkteurInnenspektrum
- Die Projektidee: Exemplarisch wird in einem Quartier eine integrierte, soziale Quartiersentwicklung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zielgruppen von Alt und Jung, Familien, MigrantInnen, behinderten Menschen und anderen erprobt. Die Dezernate und Fachbereiche der Stadtverwaltung arbeiten zum Thema „Quartiersentwicklung“ kooperativ zusammen und fördern Strukturen der Bürgerbeteiligung, zum Beispiel durch unterschiedlich benannte Koordinierungskreise in den Stadtteilen und Quartieren, wie Stadtteilrunden, -foren, -konferenzen, Quartiersforen oder regelmäßig tagende Runden zu fachübergreifenden Themen.

Mein Hannover 2030 ist ein Ort, an dem ich hoffentlich alt werde.
(Beitrag auf Zitat-Wand)

- Ziele: bezahlbare, barrierefreie, zielgruppengerechte Nahversorgung, soziale Betreuung, Bildungsberatung, Wissensmanagement, interdisziplinäres Arbeiten in lernender Organisation und ähnliches
- Teilprojekt A: Technikunterstützung für Wohnen und Leben mit Fokus Zielgruppe demenziell Veränderte. Ziele: Sicherheitsgewinn für alle, insbesondere [demente] ältere Menschen, Technik unterstützte Musterwohnung, Erprobung alltagstauglicher Hilfen und Verbesserungen mit vertretbaren Zusatzkosten
- Teilprojekt B: Willkommensspaziergänge [Schnittstelle zwischen Willkommenskultur, Quartiersentwicklung, Teilhabe, Information und Kommunikation]

1 DS: Drucksache, unter https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/Suche.xsp recherchierbar
2 Queer wird als Sammelbegriff für alle Personen verwendet, die nicht der heterosexuellen Geschlechternorm entsprechen. Der Begriff umfasst eine individuelle Geschlechterrolle, Geschlechtsidentität beziehungsweise Lebensweise, die vielfältige Bedeutungen und identitätsstiftende Merkmale bezeichnet.

5 FINANZEN

Was wollen und was können wir uns leisten?



Stadtkämmerer Dr. Marc Hansmann im Dialog; 7. Januar 2015

Hannover hat es in den vergangenen Jahren geschafft, einen guten Teil der seit vielen Jahren gewachsenen **Schulden abzubauen**. Ursache dieser positiven Entwicklung waren vor allem die **gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen**. Zudem konnte Hannover vom bundesweiten Anstieg der **Einkommensteuer** profitieren. Auf der **Ausgabenseite** hat die konsequente **Haushaltskonsolidierung** bewirkt, dass die Zuwachsraten bei Personal- und Sachkosten „gedeckelt" werden konnten, also nicht weiter anstiegen.

In den 1970er Jahren hat die Stadt viel investiert. Hierzu wurden Eigenmittel verwendet, aber auch Kredite. Durch dieses hohe Investitionsniveau wuchs die **Verschuldung** rasch auf rund 900 Millionen Euro – der deutlich spürbare Schuldenberg war entstanden. Diesen gilt es noch heute – und in der Zukunft – abzubauen, zumal die „Schuldenbremse" Bund, Ländern und Kommunen verbindliche Vorgaben zur Reduzierung des Haushaltsdefizits macht.

Die Kommunen sollten rasch handeln, wenn sie investieren wollen.
(Prof. Dr. Gisela Färber, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer)

Hinzu kommen **schwankende, nicht langfristig planbare Steuereinnahmen** [Gewerbesteuer, Einkommensteuer] und **zusätzliche Ausgaben**. So wirken sich hohe Tarifabschlüsse unmittelbar auf den städtischen Haushalt aus, indem die Personalkosten steigen. Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz konnte nur konsequent umgesetzt werden, weil die Stadt mehr ErzieherInnen eingestellt hat. Auch die steigenden Kinderzahlen, die mehr Platz in Kitas und Schulen und mehr Personal erforderlich machen, der Ausbau zu Ganztagsschulen und aktuell die Unterbringung von Flüchtlingen sind Rahmenbedingungen, die zu Mehrausgaben führen. Da sämtliche Städte und Gemeinden die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen und eine vollständige Erstattung der Aufwendungen erwarten, werden diese in einem neuen Konsolidierungsprogramm „vor die Klammer gezogen" und nicht durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen erwirtschaftet. Letzteres wäre im Übrigen auch angesichts der Dimensionen nur unter unbilligen, kaum zu vermittelnden Härten zu realisieren. Aber auch ohne diese Zusatzkosten wird prognostiziert, dass der konsolidierte Haushalt bereits 2015 wieder in die roten Zahlen rutscht – weitere **Konsolidierungsanstrengungen** sind deshalb erforderlich.

In den vergangenen Jahren hat die Stadt mehrere hundert Millionen Euro in die **Schul- und Kitasanierung** investiert. Dieser **Investitionsschwerpunkt** wird aktuell um ein fünfjähriges **Straßensanierungsprogramm** in Höhe von rund 50 Millionen Euro erweitert. Damit werden wichtige Investitionsprioritäten – Sanierung und Instandhaltung der Infrastrukturen, Ausbau der

Bildungsinfrastrukturen – umgesetzt. Der tatsächliche Bedarf ist jedoch etwa doppelt so hoch. Dies sind die Folgen einer jahrzehntelangen minimierten Infrastrukturerhaltung.

Die kommunalen Finanzen bilden den Rahmen für die Stadtentwicklung. Aufgrund der bereits heute bestehenden **Investitionserfordernisse**, zum Beispiel in den Erhalt und die Sanierung von Infrastrukturen, und der langfristig erforderlichen **Investitionsschwerpunkte** [Schulsanierung und -neubau, Kitaausbau] sowie der **Konsolidierungserfordernisse** sind die Handlungsspielräume für Neues und Zusätzliches nicht allzu üppig bemessen. Dies heißt, dass auch künftig **Prioritäten** gesetzt werden müssen und nicht alle Wünsche und Ideen gleichzeitig umgesetzt werden können. Manche Projekte und Ideen müssen warten, andere können vielleicht auch über neue Fördermöglichkeiten oder ähnliches umgesetzt werden.



Wenn ich mir eine lebenswerte Stadt im Jahr 2030 wünschen würde, dann wäre sie sicherlich ökologisch, ökonomisch, sozial nachhaltig, Aber ich würde ergänzen: auch finanziell. (Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Technische Universität Kaiserslautern)

Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, weder auf Kosten zukünftiger Generationen noch von der aufgebauten Substanz vergangener Generationen zu leben. Genauso geschieht es in der Forstwirtschaft: Dort darf nur so viel abgeholzt werden wie nachgepflanzt wird. Das bedeutet, dass

- strukturell ausgeglichene oder positive Jahresergebnisse erwirtschaftet werden,
- eine strukturell ausgeglichene Mittelfristplanung erstellt wird,
- Eigenkapital und Vermögenssubstanz erhalten werden,
- ein effektiver Schuldenabbau erfolgt und
- eine Überschussrücklage erwirtschaftet wird.

Neben der Umsetzung dieser Ziele gilt es, insbesondere die **wachsende Stadt zu finanzieren**. Als besondere Herausforderung ist hierbei anzusehen, dass das **Investitionsniveau** von rund 100 Millionen Euro im Jahr hierfür viel zu gering ist. Durch die Dialogphase zum Stadtentwicklungskonzept wurde besonders deutlich, dass in Hannover ein überproportional **hoher Investitionsbedarf** im Bildungsbereich besteht.

Da es sich bei der Unterfinanzierung der Kommunen durchaus um ein bundesweites Problem handelt, das in anderen Kommunen zum Teil sogar noch stärker ausgeprägt ist, wird zwar auf allen Ebenen durch die Stadt Hannover eine **Unterstützung von Bund und Land** gefordert und erwartet, jedoch ist nicht von einer allumfassenden Problemlösung auszugehen. Es sind **stadteigene Strategien** zur Vorfinanzierung der wachsenden Stadt zu entwickeln, die

- eine Offenheit gegenüber Fremdfinanzierung durch entsprechende Kredite zulassen und ermöglichen und
- ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm mit eindeutigen Schwerpunkten, straffer Steuerung und wirklicher Tilgung enthalten.

Zum Weiterlesen: Für mehr städtische Investitionen. Memorandum der Landeshauptstadt Hannover 2015

FÜNF ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… pflegt eine nachhaltige Finanzpolitik, um die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten.
… verfügt über eine gut instandgesetzte und erhaltene Infrastruktur.
… verfügt über mehr Eigenkapital als 2015.
… bewältigt ein hohes Investitionsniveau durch den Einsatz von Eigenmitteln.
… nutzt Fremdfinanzierungen gezielt für notwendige Investitionen in die wachsende Stadt.

DREI STRATEGIEN

Konsolidierung fortsetzen

Die Stadt Hannover hat gute Erfahrungen damit gemacht, den **Haushalt** stetig und mit einer längerfristigen Perspektive zu **konsolidieren**. Dies soll auch zukünftig fortgesetzt werden. In schlechten Jahren werden keine drakonischen Ad-hoc-Maßnahmen beschlossen, dafür wird aber in guten Jahren weiter konsolidiert. Auf der Aufwandsseite sollen **Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung** als effektive und dauerhafte Instrumente implementiert werden. Auf der **Ertragsseite** gilt es auch in Zukunft, sämtliche Potenziale zu analysieren und zu nutzen.

Mein Hannover 2030 räumt seine Finanzen auf. (pragmatischer Wunsch)

Die Stadt Hannover wird sich auch in Zukunft **für eine grundlegende Gemeindefinanzreform** einsetzen. Dabei geht es vor allem um den Ausbau der **Gewerbesteuer**, die Modernisierung der **Grundsteuer** und die **Entlastung von Sozialleistungen**. Das Übertragen von immer weiteren Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen muss mit einer gerechten Finanzierung dieser Aufgaben einhergehen.

Wirtschaftlichkeit kontinuierlich erhöhen

Mit der technischen Umstellung des Rechnungswesens infolge der Einführung des neuen Kommunalen Rechnungswesens soll unter anderem eine **höhere Wirtschaftlichkeit im Verwaltungshandeln** erreicht werden.

Die **strategische Steuerung über Ziele und Kennzahlen,** ein stringentes Finanzcontrolling, standardisierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie ein nachhaltiges Investitionscontrolling sind wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen Finanzpolitik. Mit diesen Instrumenten erfolgt eine zielgerichtete Steuerung der Haushaltskonsolidierung und des Investitionsprogrammes. Ziele und Strategien von „Mein Hannover 2030“ werden in die Ziele und Kennzahlen des kommunalen Haushalts integriert.

Ein Lächeln im Quartier kostet nichts. (Teilnehmerin Dialogveranstaltung)

Investitionen steigern

In den kommenden zehn Jahren steht ein Investitionsbedarf von rund zwei Milliarden Euro an. Knapp 40 Prozent hiervon werden in den Bereich Schule und Bildung fließen und rund 14 Prozent in den Straßenbau.

Während der Dialogphase von „Mein Hannover 2030“ wurde ein **Investitionsmemorandum** erarbeitet und der Kommunalaufsicht vorgelegt. Viele Anregungen aus den Dialogveranstaltungen wurden aufgegriffen, wie zum

Beispiel der Gedanke der Vorfinanzierung der wachsenden Stadt, die Offenheit gegenüber Fremdfinanzierung, wenn die Schulden auch wirklich zeitnah getilgt werden und die schwerpunktsetzende und stringente Steuerung des Investitionsprogramms.

Die Stadt Hannover beabsichtigt in den nächsten zehn Jahren, ihre **Investitionen um rund 50 Prozent** zu steigern. Das niedrige Zinsniveau soll ausgenutzt werden, um die wachsende Stadt zu finanzieren. Wir legen damit den Grundstein für den Erfolg für „Mein Hannover“ im Jahre 2030.

REFERENZPROJEKTE

1| Investitionsmemorandum
Deutschland lebt von seiner Substanz und investiert nicht so viel wie nötig wäre. Auch die strategische Investitionsplanung der Stadt weist einen Investitionsbedarf von mindestens zwei Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre aus. Der jährliche Investitionsetat von rund 100 Millionen Euro kann gut die Hälfte davon finanzieren. Das Investitionsmemorandum der Stadt zeigt auf, wie diese Investitionslücke entstehen konnte und bietet Lösungswege an, wie sie reduziert werden kann, wenn sie auch nicht vollständig zu schließen sein wird.

2| Haushaltskonsolidierung
Mit dem Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2016 wird dem Rat die Erweiterung des neunten Haushaltssicherungskonzeptes vorgelegt. In den Jahren 2015 bis 2018 sollen insgesamt rund 93 Millionen Euro eingespart werden. In dem Programm spielen Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung eine wichtige Rolle; die Durchführung wesentlicher Aufgaben der Stadt soll neu ausgerichtet werden.

6 STADTVERWALTUNG 2030

Wie wollen wir in Zukunft in der Stadtverwaltung arbeiten?

„Mein Hannover 2030“, das ist auch die Stadtverwaltung Hannover. Diese ist mit rund **12.000 MitarbeiterInnen eine der größten ArbeitgeberInnen im Stadtgebiet.** Mit ihren vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen arbeiten die MitarbeiterInnen dafür, dass die Stadt Hannover lebens- und liebenswert bleibt. **Vielfältige Berufsbilder** prägen das Bild der Stadt als Arbeitgeberin. Dazu gehören unter anderem soziale Berufe wie ErzieherInnen in Kindertagesstätten, **technische Berufe** wie IngenieurInnen im Straßenbau, aber auch **gewerbliche Berufe** wie GärtnerInnen in den Herrenhäuser Gärten, **kaufmännische Berufe** wie Verwaltungsfachwirte oder InformatikerInnen im EDV-Bereich, KulturpädagogInnen in den Museen und nicht zu vergessen die **Feuerwehr**. Sie leisten tagtäglich motiviert und engagiert einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der EinwohnerInnen.



Personaldezernent Harald Härke moderiert Diskussion mit MitarbeiterInnen; 23. Juni 2015

Alle fünf Jahre legte die Verwaltungsführung bisher ein **Verwaltungsentwicklungsprogramm** vor. Darin wurden Maßnahmen festgelegt, wie Leistungen kundenorientierter erbracht werden können, wo Einsparmöglichkeiten liegen, wie sich das Personal weiter qualifizieren muss und wie die Organisation sich weiter optimieren kann. Das nächste Verwaltungsentwicklungsprogramm soll sich von den Anforderungen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes leiten lassen und mit diesem verknüpft werden.

Deshalb fand neben den vielen Beteiligungsmöglichkeiten für die EinwohnerInnen in der Stadtgesellschaft auch ein **interner Diskussionsprozess** statt. Es standen die Leitfragen im Raum: Wie muss die Verwaltung aussehen, wenn wir „Mein Hannover 2030“ realisieren wollen? Wie müssen die einzelnen Ressorts zusammenarbeiten, wie wollen wir Prioritäten setzen und wie soll die Kommunikation und die Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft aussehen? Wie müssen die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen gestaltet sein, damit ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erfolgreich umgesetzt werden kann? Und nicht zuletzt die Fragestellung: Wie kann die Stadtverwaltung auch im Rahmen zukünftiger Herausforderungen eine attraktive Arbeitgeberin sein, die Vielfalt auch in ihren eigenen Reihen lebt, die gesunde und moderne Arbeitsbedingungen zur Verfügung stellt und die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben in allen Lebensphasen umsetzt?

Über diese Fragen haben die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung gemeinsam mit der Personalvertretung in unterschiedlichen Veranstaltungsformaten diskutiert und sind zu folgenden Leitzielen gekommen:

VIER ZIELE – MEIN HANNOVER 2030 …

… hat eine moderne, leistungsfähige, vielfältige und innovative Verwaltung.
… zeichnet sich durch eine Verwaltung aus, die querschnittsorientiert und integriert arbeitet und als Dienstleisterin von der Stadtgesellschaft wertgeschätzt wird.

… pflegt den Stadtdialog, eine nachhaltige Beteiligungs-, Kommunikations- und Dialogkultur nach außen und innen.
… hat eine Verwaltung, die eine moderne Arbeitgeberin ist – mit attraktiven Arbeitsbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten.

VIER STRATEGIEN

Die **wachsende Stadt** steht vor vielen gesellschaftlichen Herausforderungen. Neue Aufgaben erfordern eine **leistungsbereite und flexible Verwaltung** mit einer angemessenen Personalausstattung. Insbesondere bei der Personalgewinnung und -bindung von Fachpersonal etabliert sich die Stadtverwaltung Hannover als attraktive Arbeitgeberin.

Beteiligung nach außen und innen stärken

Der Stadtdialog hat gezeigt: **Gemeinsam lassen sich bessere Antworten auf die Fragen nach den Herausforderungen der Zukunft finden**. Die Stadtverwaltung ist von diesem Dialog überzeugt und wird ihn **fortführen**. Anlassbezogen werden die unterschiedlichsten Dialogformate eingesetzt, fortentwickelt und Neues ausprobiert. Auch die gängigen und „eingespielten" formalen Beteiligungsverfahren, zum Beispiel im Rahmen der Bauleitplanung, finden ihren Platz im Stadtdialog.

Der Mensch muss im Vordergrund stehen. Die Technik soll unterstützen, uns aber nicht dominieren!
(Beitrag einer Dialogveranstaltung der Stadtverwaltung)

Um mehr Menschen zu Engagement und Beteiligung zu motivieren, pflegt die Verwaltung eine **transparente Informationskultur**. Über unterschiedliche Medien können die verschiedensten Informationen bezogen werden. Eine leicht verständliche Sprache ist dabei Voraussetzung.

Die **Kommunikation mit den EinwohnerInnen** soll effektiver und besser werden. So können zum Beispiel Anfragen gebündelt, weitergeleitet und in den Fachressorts beantwortet werden. Bereits vorhandene Schnittstellen zwischen Verwaltung und lokalen Erfordernissen wie das Stadtbezirksmanagement und die JugendbildungskoordinatorInnen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Um Information, Beteiligung und vor allem die klassischen Verwaltungsabläufe zukunftsgerecht auszugestalten, ist das **E-Government** als elektronische Informations- und Kommunikationsform **die** zentrale Schnittstelle zwischen EinwohnerInnen und Verwaltung. Neue Herausforderungen, die im Rahmen der Digitalisierung von Arbeitsabläufen und der Veränderung von Kommunikationsprozessen hinzukommen, sind zu bewältigen. Mit einem zukunftsweisenden Wissensmanagement wird interdisziplinäres Denken und Handeln innerhalb der Verwaltung unterstützt und damit die Dienstleistungsqualität der Verwaltung erhöht.

Meine Kinder sind erwachsen. Ich möchte jetzt durchstarten! Wo sind die Förderprogramme für ältere MitarbeiterInnen?
(Beitrag einer Dialogveranstaltung der Stadtverwaltung)

Wer gut nach außen informieren und kommunizieren will, muss auch gut **nach innen informieren und kommunizieren**.

Der interne Dialog mit den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung hat gezeigt, dass trotz der unterschiedlichen Fachlichkeiten und Aufgabengebiete viele Gemeinsamkeiten bestehen. Beteiligung, gerade im überfachlichen und dezernatsübergreifenden Dialog, schafft bessere Ergebnisse bei den Dienstleistungen der Stadtverwaltung, fördert intern eine größere Akzeptanz bei Entscheidungen und stärkt die Wertschätzung untereinander. Bei der Etablierung einer Dialog- und Beteiligungskultur ist es unausweichlich, dass die Verwaltung unter Einbeziehung

der betroffenen AkteurInnen der Öffentlichkeit ein einheitliches Verständnis von Beteiligung mit gemeinsamen Spielregeln und Rahmenbedingungen erarbeitet. Eine gut gelebte Beteiligungs- und Dialogkultur schafft Vertrauen, hilft bei der Umsetzung einer veränderten Führungs- und Zusammenarbeitskultur und verbessert die Dienstleistungsqualität.

Führungs- und Zusammenarbeitskultur anpassen
Die Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030" erfordert eine gute Zusammenarbeit über Dezernats- und Ressortgrenzen hinweg. Anstehende Fragestellungen und komplexe Problemstellungen können nur unter Hinzuziehung aller notwendigen Fachkompetenzen gelöst werden.

Die Besetzung von **aufgabenbezogenen Funktionsteams** erfolgt nach den jeweiligen fachlichen Hintergründen und Kompetenzen. So werden stärker horizontale Strukturen und flachere Hierarchien entstehen. Dazu gehört auch, dass mehr Verantwortung von „oben nach unten" delegiert und die Entscheidungsspielräume der MitarbeiterInnen vergrößert werden.

Ich möchte mit meinen Erfahrungen und Fähigkeiten gesehen und anerkannt werden!
(Beitrag einer Dialogveranstaltung der Stadtverwaltung)

Entscheidend wird die **gemeinsame Lösung von Fragen und Aufgaben** sein, nicht die Frage nach Zuständigkeiten. Eine wichtige Querschnittsaufgabe ist die regelmäßige ressortübergreifende Diskussion und Festlegung von **Prioritäten**. So werden Arbeitsprogramme und Projekte formuliert, inhaltliche, finanzielle Prioritäten und die ressortübergreifende Zusammenarbeit festgelegt.

Aufgabenbezogene Kooperationen – wie zum Beispiel zwischen Stadt- und Quartiersentwicklung, Sozial- und Bildungsplanung, Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung und in Fragen der Planung des öffentlichen Raums – sind notwendig, um mögliche Zielkonflikte frühzeitig zu erkennen und integriert zu bearbeiten.

Führung und Zusammenarbeit wird in Zukunft einen anderen Stellenwert einnehmen. MitarbeiterInnen stellen schon heute andere Anforderungen an ihre Arbeitswelt und damit auch an ihre Führung. Sie nutzen andere Informations- und Kommunikationsmittel, so dass in Zukunft weniger top-down informiert und kommuniziert wird.

Die **Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit** werden daher **fortgeschrieben**. Hierbei wird insbesondere der Fokus auf eine beteiligungsorientierte Zusammenarbeit und Kommunikation gelegt, die trotz teils unterschiedlicher Interessenslagen von gegenseitiger Akzeptanz und Wertschätzung geprägt ist. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, dass Expertenwissen anerkannt wird und MitarbeiterInnen sich auch gegenseitig eine hohe Anerkennung der Fachkompetenzen entgegenbringen.



Interner Dialog der Stadtverwaltung; Plenum 29. Januar 2015

Diese **Haltung und Anerkennungskultur** wird von den Führungskräften vorgelebt. Hierzu gehört, dass neue strukturelle Kommunikationsformen wie Führungskreise [Führungs- und Fachkräfte gemeinsam] eingeführt werden. Führungskräfte und MitarbeiterInnen sollen die Möglichkeit erhalten, sich auf ihre jeweiligen Aufgaben konzentrieren zu können, so dass Führungskräften mehr Zeit für Führungsaufgaben bleibt. Fachkarrieren sollen ausgebaut werden. Arbeitsplatzbeschreibungen und Anforderungsprofile werden um Kompetenzprofile ergänzt, die nicht nur die formellen Abschlüsse enthalten, sondern auch das sonstige Können und Wissen der MitarbeiterInnen. Diese können unter anderem Grundlage für die Zusammenstellung der aufgabenbezogenen Funktionsteams sein.

Moderne Arbeitsbedingungen schaffen und Innovation fördern
Die Stadt Hannover bietet als moderne Arbeitsgeberin eine optimale technische Unterstützung und gute Rahmenbedingungen für **mobiles und flexibles Arbeiten**, die sowohl Möglichkeiten eröffnen, jedoch auch Schutzregelungen beinhalten, um beispielsweise Entgrenzung vorzubeugen.

Das **Dokumenten Management System** [DMS] für transparente Arbeits- und Entscheidungsprozesse wird etabliert.

Führungskräfte brauchen auch Zeit, sich qualifizieren zu können!
(Beitrag einer Dialogveranstaltung der Stadtverwaltung)

Neue Anforderungen an die Verwaltung unter anderem durch sich verändernde Anforderungen der Stadtgesellschaft und den demographischen Wandel erfordern schnelles, effektives und integriertes Handeln der Verwaltung. Bestehende Arbeitsabläufe müssen und sollen kontinuierlich hinterfragt werden. Eine moderne, sich wandelnde Stadtgesellschaft braucht daher eine Verwaltung, die auch **neue Wege** geht und **innovative Lösungen** fördert.

Auch außerhalb von bestehenden Strukturen müssen Räume und Zeit geschaffen werden, um eine **Innovationskultur zu fördern**. Innovationsprojekte dürfen sich in einem geschützten Rahmen mit Dienstleistungen und Verwaltungsabläufen auseinandersetzen, neue Wege gehen, Prototypen entwickeln, ausprobieren und diese in bestehende Verwaltungsabläufe integrieren.

Integriertes Personal-, Organisations- und Gesundheitsmanagement etablieren
Der Begriff „Work-Life-Learn-Planning“ beschreibt die Aufgabe, Beruf, Privatleben und lebensbegleitende Qualifikation miteinander zu vereinbaren. In diesem Sinne wird ein integriertes Personal-, Organisations- und Gesundheitsmanagement ausgebaut. Für die Arbeitgeberin Stadtverwaltung besteht die Herausforderung darin, ein Arbeitsumfeld sowie strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, in dem alle MitarbeiterInnen bei zunehmender Flexibilisierung zusammenarbeiten, sich gleichzeitig entsprechend ihrer individuellen Ansprüche qualifizieren und ihre Gesundheit erhalten können.



Helga Diers, Leiterin Fachbereich Personal und Organisation, eröffnet das Plenum; 23. Januar 2015

Insbesondere fachliche Qualifizierungen und die Stärkung von Kompetenzen im Netzwerkmanagement, in Beteiligungsprozessen, zur Selbststeuerung und Motivation sind im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen erforderlich.

Der Mensch mit seinen Kompetenzen und Wünschen **steht im Mittelpunkt**. Wechsel- und Hospitationskonzepte – auch außerhalb der Stadtverwaltung mit anderen ArbeitgeberInnen in der Stadt – ermöglichen eine höhere Durchlässigkeit.

Instrumente der Personalentwicklung wie das MitarbeiterInnengespräch sind zentrale Elemente, um die MitarbeiterInnen in ihrer aktuellen Lebens- und Arbeitssituation wahrzunehmen und die individuelle berufliche Weiterentwicklung zu planen. Dabei unterstützt ein integriertes Gesundheitsmanagement, die Ausgestaltung des Arbeitsplatzes ebenso wie die Orientierung an der jeweiligen Lebenssituation und -phase die MitarbeiterInnen bei der Bewältigung des Arbeitsalltages.

Die sich **wandelnde Stadtgesellschaft** soll auch in der Verwaltung „abgebildet“ werden. So sollen zum Beispiel mehr Menschen mit Handicap in der Verwaltung arbeiten und mehr Menschen mit Migrationshintergrund ihre Kompetenzen einbringen. Dies soll auf allen Ebenen und in allen Funktionen erfolgen. Gender

Mainstreaming ist bereits heute etabliert und bleibt weiterhin erklärtes Ziel der Verwaltung. Diversity und heterogene Teams fördern die Vielfalt an Ideen und Impulsen und werden als Bereicherung gezielt gefördert.

Das Verwaltungsentwicklungsprogramm wird auf der Grundlage dieser Ziele und Strategien fortgeschrieben.

REFERENZPROJEKTE

1| Ausbau einer integrierten Information und Kommunikation und einer interdisziplinären Zusammenarbeit und Kooperation

Ziel einer integrierten Information und Kommunikation und von interdisziplinärem Arbeiten ist es langfristig, einen „Paradigmenwechsel" in Bezug auf die internen Abstimmungs- und Bearbeitungsprozesse der Stadtverwaltung herbeizuführen. Dieser würde sich durch eine zielgerichtete und lösungsorientierte anstelle einer zuständigkeitsstarren Bearbeitung auszeichnen. Hierbei werden Formen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Kooperation benötigt.

Wir brauchen flexiblere Arbeitszeitmodelle und mobile Endgeräte. Warum nicht mal von zu Hause oder im Park arbeiten?
(Beitrag einer Dialogveranstaltung der Stadtverwaltung)

Baustein I Entwicklung eines Modells für Führungskreise: Als erster Baustein soll ein Modell für die Einführung von Führungskreisen entwickelt werden. Hierfür sollen Reflexionsformate und Kommunikationswege innerhalb der sinnvoll zu bildenden Führungskreise sowohl in Bezug auf die bestehende Hierarchiestrukturen unter Einbezug von ExpertInnen als auch in Bezug auf temporär bestehende Projektstrukturen ebenfalls mit ExpertInnen erarbeitet werden.

Baustein II Verstetigte Führungskräfteentwicklung: Ein zweiter Baustein wäre die Implementierung einer verstetigten Führungskräfteentwicklung mittels der Einführung von permanenten Reflexionsformaten für AbsolventInnen des [bisherigen] FKE-Programms, beziehungsweise aufbauenden Qualifizierungselementen. Hierbei könnten gegebenenfalls Synergien zu zukünftigen Führungskreisen entstehen.



MitarbeiterInnen diskutieren die Zukunft der Stadtverwaltung; 23. Januar 2015

Baustein III Entwicklung von Leitlinien für interdisziplinäres und ressortübergreifendes Arbeiten: Der dritte Baustein präzisiert durch die Entwicklung von Leitlinien für interdisziplinäres und ressortübergreifendes Arbeiten die Haltung und Werte der Zusammenarbeit in der gesamten Stadtverwaltung.

Darüber hinaus können sich weitere Bausteine für eine langfristige interne integrierte Kommunikation ergeben [themenbezogene Dialogformate oder ähnliches].

2| Durchlässigere Personalentwicklung durch die Einführung von Kompetenzprofilen

Ziel des Projektes ist es, ein Konzept zu erstellen, nach dem für jede/n MitarbeiterIn der Stadtverwaltung ein Kompetenzprofil erarbeitet und permanent gepflegt wird. Dabei soll in einem ersten Schritt festgelegt werden, was der Begriff Kompetenzprofil in der Stadtverwaltung bedeutet und was ein Kompetenzprofil beinhalten soll. Kompetenzprofile können hierbei als dauerhaftes Instrument zur Personalentwicklung [Bildungsvita, Entwicklungsfelder und ähnliches] genutzt werden. Hierbei wären unterschiedliche Szenarien für die Nutzbarkeit – gegebenenfalls auch im gesamtstädtischen Zusammenhang – aufzuzeigen. Ergänzend dazu sollen Möglichkeiten von neuen IT-Lösungen geprüft werden, die

Wie wäre es mit Gesundheitsgutscheinen als Anreizsystem?
(Beitrag einer Dialogveranstaltung der Stadtverwaltung)

beispielsweise MitarbeiterInnengespräche, Wissensmanagement und andere Instrumente der Personalentwicklung miteinander vernetzen. Langfristig könnten Kompetenzprofile Grundlage für eine höhere Aufgabendurchlässigkeit sein. Es wäre beispielsweise eine Portallösung denkbar. Die MitarbeiterInnen könnten dabei ihre Fähigkeiten auf einer zentralen Plattform erfassen und aktualisieren. Hierbei sind jedoch Grenzen des Eingruppierungsrechts und andere rechtliche Bestimmung zu prüfen beziehungsweise zu berücksichtigen.

Dialog und Beteiligung muss fachbereichs- und hierarchieübergreifend sein! (Beitrag einer Dialogveranstaltung der Stadtverwaltung)

3| Werteorientierte Kommunikation in der Führung und Zusammenarbeit
Ziel ist es, die Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit zu überarbeiten und dabei die bisherigen Ergebnisse der MitarbeiterInnenbeteiligung zu berücksichtigen. Dabei ist der Fokus auf eine wertschätzende Haltung und Kommunikationskultur zu legen. Die überarbeiteten Leitlinien sind in Dialogveranstaltungen oder anderen zielgruppenorientierten Formaten breit zu kommunizieren und in das neue Leitbild sowie das Führungskräfteentwicklungsprogramm zu integrieren.

IV Das Konzept wird Realität

Jedes Konzept ist so gut wie seine Umsetzung. Deshalb muss klar sein, wie die Kernpunkte des Konzepts verwirklicht und die beschriebenen Ziele erreicht werden sollen. Die Realisierung des Stadtentwicklungskonzepts Hannover 2030 stellt sehr besondere Anforderungen an die Arbeit der Stadtverwaltung, für die deshalb drei Prämissen gelten:

Integrierte Stadtentwicklung fordert ein Höchstmaß an bereichsübergreifender Zusammenarbeit

Die praktische Konzeptumsetzung braucht größtmögliche Transparenz

Eine intensive Beteiligung der Stadtgesellschaft wird weiterhin garantiert

Von vornherein war die Vorbereitung der praktischen Umsetzung ein wesentlicher Teil der Arbeit am Stadtentwicklungskonzept. Die Stadtverwaltung hat hierzu intern intensiv diskutiert und als Ergebnis viele im vorstehenden Kapitel beschriebene Neuerungen für ihre Arbeit entwickelt. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um die Stadtentwicklung in den einzelnen Projekten und verstärkt in übergreifender Zusammenarbeit voranbringen zu können.

Ausführliche und konkrete Jahresarbeitsprogramme

Schwerpunkte der Stadtentwicklung werden zukünftig in einem Jahresarbeitsprogramm zusammengefasst. Das Stadtentwicklungskonzept bildet die Grundlage und den Rahmen für die von der Ratspolitik mit der Verwaltung noch festzulegenden Schwerpunkte und Prioritäten der Konzeptumsetzung. Diesen politischen Vorgaben entsprechend wird die Verwaltung künftig in Bezug auf die nachfolgenden Grundlagen und Schritte der Konzeptumsetzung Schwerpunkte für das jeweilige **Jahresarbeitsprogramm** entwickeln:

- Festgelegt werden Zuständigkeiten und notwendige Kooperationen.
- Laufende und neue Maßnahmen werden sinnvoll verknüpft.
- Maßnahmen und Projekte werden priorisiert und in einen zeitlichen Horizont gestellt.
- Die Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit wird beschrieben.
- Art, Umfang und Zeitpunkte der öffentlichen Beteiligung werden festgelegt.

Berichte zur Stadtentwicklung

Um die gesamte Verwaltung sowie Politik und Öffentlichkeit umfassend über den Fortgang der Konzeptumsetzung zu informieren, wird es künftig alle drei Jahre einen **Stadtentwicklungsbericht** geben. Darin werden aktuelle Statistiken und Daten zur Stadtentwicklung dokumentiert. Vor allem aber sollen hier die erreichten Arbeitsstände dokumentiert und mit den gesteckten Zielen abgeglichen werden. Und nicht zuletzt kann mit den Dreijahresberichten geklärt werden, ob aufgrund neuer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Entwicklungen die verfolgten Ziele und Prioritäten anzupassen sind.

Alle drei Jahre Zwischenbilanz in Form eines Stadtentwicklungsberichts

In ihrer neuen Form werden die jeweiligen Jahresarbeitsprogramme schon für die verwaltungsinterne Planung künftig konkreter, umfassender und ressortübergreifender angelegt. Mit diesen wird ein regelmäßiger Austausch zwischen Verwaltung, Politik und schließlich Öffentlichkeit sichergestellt. Die Jahresarbeitsprogramme werden von der Verwaltung künftig in den **Fachausschüssen** des Stadtrates vorgestellt.

In den Haushaltberatungen werden die Vorhaben der Jahresplanungen künftig konkret mit Daten zur Finanzierung unterlegt, womit für alle Punkte Handlungsfähigkeit und Verbindlichkeit gewährleistet sein wird. Auf diese Weise wird insbesondere auch die Bürgerbeteiligung während der Konzeptumsetzung zum gesicherten Bestandteil der Verwaltungsarbeit. Die Jahresarbeitsprogramme werden im Sinne größtmöglicher Transparenz regelmäßig veröffentlicht und unterliegen wie alle Verwaltungsarbeiten einem regelmäßigen **Controlling**.

Gute Kultur des Dialogs

Die hier skizzierte, in vielerlei Hinsicht neue Arbeitsweise der Verwaltung mit deutlich aufgewerteten Jahresarbeitsprogrammen und Stadtentwicklungsberichten im Dreijahresrhythmus wird die Arbeit der Verwaltung noch effektiver, effizienter und transparenter machen. Gesichert und ausgebaut werden kann damit auch, was in Hannover schon gute Tradition ist:

Die Kultur des Dialogs und des aktiven Miteinanders von Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung.

DIE ERGEBNISSE AUS DEM STADTDIALOG

Im Rahmen des Stadtdialoges wurde in zahlreichen Veranstaltungen diskutiert, Ideen, Ziele und Strategien wurden für das Stadtentwicklungskonzept skizziert. Wie in den „Spielregeln für die Beteiligung“ festgelegt wurden Veranstaltungen protokolliert. Aus den vorhandenen Veranstaltungsprotokollen konnten insgesamt 1.413 Beiträge in eine Auswertungsmatrix [Tabelle] einfließen.

Wofür die Matrix? Die Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Stadtdialog in der Matrix zeigt den Teilnehmenden am Stadtdialog, was mit ihren Impulsen geschieht. Wurden die Beiträge beim Entwurf der Ziele und Strategien für das integrierte Stadtentwicklungskonzept berücksichtigt? Oder eventuell nicht? Wenn nein, aus welchen Gründen? Über all diese Fragen gibt die Matrix Auskunft. Denn: Für den Stadtdialog und den Entwurf des Konzeptes „Mein Hannover 2030“ ist der Stadt ein großes Maß an Transparenz wichtig.

Die Matrix erfüllt zudem noch eine zweite Aufgabe: Sie diente der verwaltungsinternen, dezernatsübergreifenden Projektgruppe im Prozess „Mein Hannover 2030“ als Arbeitsinstrument, um den Konzeptentwurf zu erstellen. Mit Hilfe dieser Matrix konnte die Fülle und Vielfältigkeit der eingegangenen Beiträge „verarbeitbar“ gemacht werden. Alle Beiträge aus den Veranstaltungen und dem online-Dialog wurden den Handlungsfeldern und Querschnittsthemen zugeordnet. Zudem erfolgte eine Einordnung, ob es sich um Ziele, Strategien oder konkrete Maßnahmen/Projekte handelt und ob der Beitrag bereits im Status quo-Bericht [2014] enthalten ist.

Die vollständige Auswertungsmatrix wird der interessierten Öffentlichkeit auf der Internetseite www.meinhannover2030.de zur Verfügung gestellt.

Die folgende Seite zeigt einen beispielhaften Einblick in die Matrix.

Nr.	Infobox		Beiträge	Handlungsfeld					Querschnittsthema					Bezugsebenen				Prüfung		Kommentar	Konflikt		Abwägung	
														Status Quo-B.	Konzept									
Nr.	VNR	E		Wirtschaft, Arbeit, Wiss. u. Umwelt	Wohnen, Vers., Mobilität u. Baukultur	Bildung und Kultur	Inklusion, Integration und Teilhabe	Finanzen	Demogr. Wandel/Gender u. Diversity	Gesellschaftlicher Wandel	Innovation	Nachhaltigkeit	Neue Kooperationsformen	im Status Quo-Bericht enthalten	Ziel	Strategie	Maßnahmen/Projekte/Räume				nein	ja	ja	nein
649	37	03	Neben Stromproduktion und -verkauf müssen neue Geschäftsmodelle erdacht werden.	x							x	x				x		2	Beitrag wird berücksichtigt	Klimaallianz 2030, Akteure sind die Stadtwerke, die Landeshauptstadt unterstützt	x		x	
650	38	03	Positive Stimmung in der Bevölkerung aufrechterhalten durch offensive, ehrliche Kommunikation, finanzierte Sprachkurse, Förderung sozialer Kontakte.			x	x		x	x						x	x	2	Beitrag wird berücksichtigt	vermutete Intention: Integration	x		x	
651	38	03	Engagement breiter streuen, auch auf andere Gruppen ausdehnen und positive Hilfe noch besser kanalisieren, damit "zu viel Hilfe" nicht kontraproduktiv wirkt.				x		x	x			x			x		2	Beitrag wird berücksichtigt	die LHH kann motivieren, das Engagement muss aus der Stadtgesellschaft kommen	x		x	
652	38	03	Ausbau der nachbarschaftlichen Hilfe.				x		x	x		x	x			x		2	Beitrag wird berücksichtigt	Adressat ist hier die Stadtgesellschaft	x		x	
653	38	03	Begegnungsräume für Flüchtlinge schaffen.				x		x	x		x	x			x		2	Beitrag wird berücksichtigt		x		x	
654	39	03	Themenbereich Wohnen: größere barrierefreie Wohnungen, betreute und inklusive Wohngemeinschaften, sicheres Wohnumfeld, barrierefreie Verkehrsanbindung.		x		x			x							x	2	Beitrag wird berücksichtigt		x		x	
655	39	03	Themenbereich Mobilität: barrierefreie Taxis, mehr Behindertentoiletten und Hochbahnsteige, Fahrgastbegleitservice ausbauen, Busse müssen Rampen haben etc.		x		x			x							x	2	Beitrag wird berücksichtigt		x		x	
656	39	03	Themenbereich Freizeit/Kultur: Hannover-Aktiv-Pass – Ermäßigung ist zu gering und nicht für alle Einrichtungen, mehr Angebote für Menschen mit Behinderung schaffen, Öffnungszeiten der öffentlichen Toiletten verlängern.			x			x	x							x	5e	Beitrag wird nicht berücksichtigt, weil der Beitrag nicht von der LH Hannover beeinflusst werden kann		x			x
657	39	03	Themenbereich Bildung: bessere Finanzierung dringend erforderlich, mehr Lehrer und Ausbildung für Inklusion bereitstellen, Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei sein.			x	x	x	x	x						x		1a	Beitrag ist bereits Ziel bzw. Strategie der LH Hannover Beitrag wird berücksichtigt	die Einstellung von Lehrer/innen ist hierbei ausgenommen, weil dies vom Land Niedersachsen vorgenommen wird	x		x	
658	39	03	Themenbereich Arbeit: mehr Praktikumsplätze schaffen, Ausbildung für Menschen mit Handicap, flexible Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen für blinde Menschen schaffen.	x			x		x	x						x		5a	Beitrag wird nicht berücksichtigt, weil rechtliche Erwägungen gegen eine Berücksichtigung sprechen		x			x
659	40	03	Auf die Frage "Wie wollen wir morgen lernen?" wurden folgende Antworten entwickelt.	x		x					x							4	Beitrag ohne Empfehlungscharakter					
660	40	03	Die Pädagogik von morgen kombiniert Frontalunterricht mit Kleingruppenarbeit und Selbstlernphase. Dafür werden in den Schulen die räumlichen Voraussetzungen benötigt.			x			x		x					x	x	2	Beitrag wird berücksichtigt	soll im Rahmen der vorhandenen Mittel umgesetzt werden	x		x	
661	40	03	SchülerInnen wie LehrerInnen haben einen Anspruch auf gute Arbeits- aber auch Erholungsräume.			x					x						x	2	Beitrag wird berücksichtigt	soll im Rahmen der vorhandenen Mittel umgesetzt werden	x		x	
662	40	03	Der Rohbau von Schulen sollte rund 100 Jahre nutzbar sein, was nicht ausschließt, dass er in dieser Zeit im Inneren mehrmals den aktuellen Wünschen angepasst wird.		x	x						x				x		5c	Beitrag wird nicht berücksichtigt, weil finanzielle Rahmenbedingungen gegen eine Berücksichtigung sprechen	derzeit ist nicht absehbar, welche Mittel (Raumausstattung, Technik) benötigt werden, um ein Schulgebäude 100 Jahre zu nutzen		x		x

Landeshauptstadt Hannover

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER
DER OBERBÜRGERMEISTER

GESCHÄFTSBEREICH DES OBERBÜRGERMEISTERS

Trammplatz 2
30159 Hannover

Redaktion:
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Inhalt und Bearbeitung:
Dezernatsübergreifend besetzte Projektgruppe „Mein Hannover 2030“ der Landeshauptstadt Hannover

Koordination:
Baudezernat und Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Unterstützt durch:
IMORDE Projekt- & Kulturberatung GmbH [Berlin] (Dialogphase)
Ernst Basler + Partner GmbH [Potsdam] (Konzept)

Abbildungen:
Landeshauptstadt Hannover; Windrich & Sörgel (14/15); Thomas Langender (21, 22, 26, 27, 28); elo-images (44, 66, 67); Hannoverliebe! (61); Politik zum Anfassen e.V. (56, 62); üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG (64)

Gestaltung:
Windrich & Sörgel
Agentur für Markenkommunikation GmbH & Co. KG

Druck:
Druckhaus Pinkvoss GmbH

Stand:
Februar 2016

„Die Ergebnisse des Stadtdialogs“ basieren auf den zahlreichen Beiträgen von Menschen in Hannover, die sich in Veranstaltungen und im Internet Gedanken um die Zukunft der Stadt gemacht haben.

www.meinhannover2030.de